

**Ursula Hoffmann-Lange
Helga Neumann
Bärbel Steinkemper**

**Konsens und Konflikt
zwischen Führungsgruppen in
der Bundesrepublik Deutschland**
Eine empirische Analyse



PETER D. LANG
Frankfurt am Main • Bern • Cirencester/U.K.

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
I. Die Rolle von Eliten in pluralistischen Demokratien	4
II. Zur Definition der Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland	14
III. Die Rekrutierung der Führungsgruppen	22
1. Das Sozialprofil	22
2. Die berufliche Rekrutierung	38
IV. Die politischen Überzeugungen der Führungsgruppen	47
1. Parteipräferenz und Parteimitgliedschaft	48
2. Einstellungen zu demokratischen Spielregeln	52
3. Die Bewertung politischer Issues	55
4. Einschätzung und Bewertung der Einflußstruktur	58
5. Die relative Bedeutung von Parteipräferenz und Funktionsbereich	66
6. Konsens und Konflikt in den politischen Überzeugungen	69
V. Die Kommunikationsmuster der Führungsgruppen	71
1. Ämter und Mitgliedschaften	71
2. Direkte Kommunikation	79
Fragebogenauszug	93
Literaturverzeichnis	109

Abkürzungsverzeichnis der Zeitschriften

AJS	American Journal of Sociology
APSR	American Political Science Review
ASR	American Sociological Review
B. J. Pol. S.	British Journal of Political Science
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
POQ	Public Opinion Quarterly
PSQ	Political Science Quarterly
PVS	Politische Vierteljahresschrift
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

Vorwort

Die folgende Analyse basiert auf einer Befragung der Inhaber von Führungspositionen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahre 1972 durchgeführt wurde. An diesem Forschungsprojekt, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Werner Kaltefleiter, Universität Kiel und zum damaligen Zeitpunkt auch Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁾, und Professor Dr. Rudolf Wildermann, Universität Mannheim, stand, waren die Autorinnen maßgeblich beteiligt.

Zu den zentralen Anliegen dieser Studie gehört neben der Sammlung bzw. Fortschreibung von Daten über die soziale und berufliche Rekrutierung von Führungspersönlichkeiten und deren Gruppenzugehörigkeit vor allem die Sammlung von Informationen über die Kommunikationskanäle und Interaktionsmuster der Führungsgruppen. Dieser Problembereich wurde bislang auf nationaler Ebene - im Gegensatz etwa zur Community-Power-Forschung - vernachlässigt, zum Teil aufgrund rein technischer Schwierigkeiten im Prozeß der Datenverarbeitung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Erforschung der politischen Einstellungen der Inhaber von Führungspositionen und deren Haltung zu aktuellen politischen Fragen sowie ihre Perzeption des politischen Systems, seiner Institutionen und seiner Spielregeln.

Die Forschungskomplexe wie auch die Auswahl der Spitzenpositionsinhaber wurde mit den Projekten der Studiengruppe "International Study of Opinion-Makers (ISOM)", einer Arbeitsgruppe der International Political Science Association und der International Sociological Association, koordiniert, um einen international vergleichbaren Untersuchungsansatz sicherzustellen. Zu dieser Studiengruppe, in der die Autorinnen Mitglieder sind, gehören u. a. Forschungsteams aus Australien, den Vereinigten

¹⁾Die Studie wurde in diesem Institut durchgeführt.

Staaten, Jugoslawien, Norwegen, den Niederlanden, Kolumbien, Kanada, Frankreich und Italien.¹⁾

In der Bundesrepublik wurden 1825 Inhaber von Führungspositionen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Massenmedien, Wissenschaft, Militär und Kirche befragt, von denen 1560 in die folgenden Auswertungen einbezogen wurden.²⁾ Die Interviews wurden anhand von weitgehend standardisierten Fragebögen durchgeführt. Die Realisierungsquote der Interviews lag bei durchschnittlich 60 %, wobei die Spitzenpositionsinhaber aus Großunternehmen, Banken und Versicherungen mit rund 40 % erheblich unter, die der Rundfunk- und Fernsehanstalten und des Wissenschaftsbereichs mit knapp 80 % erheblich über dem Durchschnitt lagen.

Das ausführliche Datenmaterial aus dieser Studie ist der Öffentlichkeit in Form eines Tabellenbandes zugänglich³⁾, darüber hinaus wurden bisher eine Reihe von Auswertungen einzelner Aspekte⁴⁾ und Untersuchungen

1) Bisherige Veröffentlichungen u. a.: Allen H. BARTON, Bogdan DENITCH, Charles KADUSHIN (Hrsg.), *Opinion-Making Elites in Yugoslavia*, New York: Praeger 1973; Charles KADUSHIN, *The American Intellectual Elite*, New York: Little, Brown & Co. 1974; Allen H. BARTON, *Consensus and Conflict among American Leaders*, POQ 38 (1974/75); John HIGLEY, G. Lowell FIELD, Knut GRØHOLT, *Elite Structure and Ideology. A Theory with Applications to Norway*, New York: Columbia Univ. Press 1976; John HIGLEY, Robert G. CUSHING, *Consensus and Conflict among Australia's Leaders*, *Politics* 12 (1977); John HIGLEY, Desley DEACON, Don SMART, *Elites in Australia*, Boston: Routledge & Kegan Paul 1979.

2) Siehe dazu weiter unten S. 18 ff.

3) Ursula LANGE-HOFFMANN, Helga NEUMANN, Helmut PALME, Bärbel STEINKEMPER: *Westdeutsche Führungsschicht. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Inhaber von Führungspositionen*, Tabellenband, hrsg. von Werner Kaltefleiter, Rudolf Wildenmann, Kiel-Mannheim 1973.

4) Helmut PALME, *Empirische Erforschung von Eliten in repräsentativen Demokratien*, Diplomarbeit, Köln 1974; Werner KALTEFLEITER, *The Recruitment Market of the German Political Elite*, in: Heinz Eulau, Moshe Czudnowski (Hrsg.), *Elite Recruitment in Democratic Polities. Comparative Studies across Nations*, New York: Wiley & Sons 1976; Ursula HOFFMANN-LANGE, *Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht*, Diss., Mannheim 1977; Helga NEUMANN, *Zur Machtstruktur in der Bundesrepublik Deutschland - Eine empirische Untersuchung über Artikulationschancen gesellschaftlicher Interessen im politischen Entscheidungsprozeß*, Diss., Kiel 1978.

einzelner Gruppen¹⁾ veröffentlicht.

Die folgende Analyse versucht dagegen, die verschiedene Aspekte der empirischen Eliteforschung, nämlich die Rekrutierung der Elitemitglieder, die Kommunikation der Gruppen bzw. ihrer Spitzenpositionsinhaber und die politischen Attitüden des Führungspersonals, in einem Forschungsansatz zu integrieren und die Daten unter einer gemeinsamen Fragestellung, der Frage nach dem Konsens- und Konfliktpotential zwischen den gesellschaftlichen Gruppen bzw. ihren Vertretern auszuwerten. Der Komplex der sozialen und beruflichen Rekrutierung wurde dabei von Bärbel Steinkemper bearbeitet; Ursula Hoffmann-Lange untersuchte die politischen Einstellungen und Helga Neumann die Kommunikationsmuster.

Aufgrund des allgemeinen Forschungsstandes auf dem Gebiet der empirischen Eliteforschung sowohl in der Bundesrepublik als auch im internationalen Bereich, der den überwiegend deskriptiven Charakter der Studie bestimmt (Pilotstudie), und der analytischen Grenzen, die sich daher aus dem Datenbestand ergeben, kann die Analyse naturgemäß nicht zu abschließenden Ergebnissen führen. Sie hat eher richtungsweisenden Charakter.

St. Augustin,
im November 1979

Bärbel Steinkemper

¹⁾ Bärbel STEINKEMPER, *Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Heymanns 1974; Hans Günter STEINKEMPER, *Amtsträger im Grenzbereich zwischen Regierung und Verwaltung. Ein Beitrag zur Problematik der Institution des politischen Beamten*, Frankfurt/M.: Lang 1980.

I. Die Rolle von Eliten in pluralistischen Demokratien

Im Selbstverständnis westlicher Demokratien gilt als Erklärungsmodell für den gesamtgesellschaftlichen Konfliktregulierungsprozeß die Pluralismustheorie, die in der Vielfalt und Konkurrenz sozialer Gruppen die Basis für die Konfliktaustragung und -lösung sieht. Diese war in ihrer ursprünglichen Version als partizipatorisches Modell konzipiert, dessen zentrale Variablen Mehrfachmitgliedschaften und das cross-pressure-Konzept waren.¹⁾

Die Ergebnisse empirischer Forschung²⁾ haben jedoch die Annahmen der ursprünglichen Pluralismustheorie hinsichtlich der Zahl und der Bedeutung von Mitgliedschaften, der aktiven politischen Partizipation und des breiten Konsenses über Grundwerte und Spielregeln der pluralistischen Demokratie in der Bevölkerung in Frage gestellt und das partizipatorische Modell als "utopisch" erscheinen lassen.

In der "realistischen" Neuinterpretation des Pluralismuskonzeptes sind Funktionsfähigkeit und Effizienz sowohl von Organisationen und Verbänden

¹⁾Zu den wichtigsten Vertretern dieses gruppenpluralistischen Demokratie-modells zählen: Arthur F. BENTLEY, *The Process of Government*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1967; David B. TRUMAN, *The Governmental Process*, New York: Knopf 1951; Earl LATHAM, *The Group Basis of Politics*, Ithaca: Ithaca University Press 1952.

Zur Kritik am Gruppenpluralismus vgl.: Mancur OLSON, *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen: Mohr 1968, S. 115 ff.; Wolf-Dieter NARR, Frieder NASCHOLD, *Theorie der Demokratie*, Stuttgart: Kohlhammer 1971, S. 215 ff.; Fritz SCHARPF, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz: Universitätsverlag GmbH 1970, S. 29 ff.

²⁾Vgl. hierzu vor allem die Arbeiten von: Gabriel A. ALMOND, Sidney VERBA, *The Civic Culture*, Boston: Little, Brown & Co. 1963; Seymour M. LIPSET, Martin A. TROW, James S. COLEMAN, *Union Democracy*, New York: The Free Press 1956; Robert A. DAHL, *Who Governs? Democracy and Power in an American City*, New Haven: Yale University Press 1969; Stein ROKKAN, *Approaches to the Study of Political Participation*, Bergen: Chr. Michelsen Institute 1962; Samuel ELDERSVELD, *Political Parties. A Behavioral Analysis*, Chicago: Rand McNally 1964; Lester W. MILBRATH, *Political Participation*, Chicago: Rand McNally 1969; Seymour M. LIPSET, *Soziologie der Demokratie*, Neuwied: Luchterhand 1962, S. 95 ff.; Robert E. LANE, *Political Ideology*, New York: The Free Press 1962; Herbert McCLOSKEY, *Consensus and Ideology in American Politics*, APSR 1964, S. 361 ff.; James W. PROTHRO, Charles M. GRIGG, *Fundamental Principles of Democracy. Bases of Agreement and Disagreement*, in: Charles F. Cnudde, Deane E. Neubauer (Hrsg.), *Empirical Democratic Theory*, Chicago: Markham 1969, S. 242 ff.

als auch des Gesamtsystems wesentliche Bezugspunkte.¹⁾

Ebenso wie Pareto, Mosca, Ostrogorski und Michels, deren theoretischer Bezugsrahmen die plebiszitäre Demokratie war, die aber - konfrontiert mit der Wirklichkeit - im Gegensatz zu Rousseau Herrschaft von Eliten als "unabänderliches Naturgesetz" konstatierten,²⁾ hat auch die Pluralismustheorie die Differenzierung von Elite und Masse vollzogen.

An die Stelle der sozialen Gruppen als Agenten in den Prozessen der Konfliktaustragung und Konsensbildung treten die Eliten dieser Gruppen. Deren Vielfalt und Konkurrenz sollen in Verbindung mit ihrem Konsens über demokratische Grundwerte und die Spielregeln des pluralistischen Systems sowohl die Stabilität als auch die Funktionsfähigkeit und Effizienz des demokratischen Systems garantieren.³⁾

1) Vgl. hierzu z. B. Harry ECKSTEIN: "For our own world we need a more pessimistic approach to democratic government, one not based upon the blind assumption that men are natural democrats, but one which directs attention to those calamitously improbable combinations of circumstances with actually make democracy work" (A Theory of Stable Democracy, Princeton, N. J.: Princeton University Press 1961, S. 47). Robert T. MCKENZIE: "...in the case of political parties oligarchical control by the party leaders of their party organization is indispensable for the well-being of a democratic polity...intraparty democracy, strictly interpreted, is incompatible with democratic government" (Oligarchy and Intra-Party Democracy, hektogr. Manuskript 1965, S. 1). Als wichtigste Vertreter der revidierten Pluralismustheorie - jedoch mit unterschiedlichen Varianten - sind anzusehen: David RIESMAN, Die einsame Masse, Neuwied: Luchterhand 1956, S. 337 ff.; William KORNHAUSER, The Politics of Mass Society, London: Routledge & Kegan Paul 1959; Nelson W. POLSBY, Community Power and Political Theory, New Haven: Yale University Press 1963; Arnold M. ROSE, The Power Structure, New York: Oxford University Press 1967; Robert A. DAHL, Pluralist Democracy in the United States, Chicago: Rand McNally 1967; Ernst FRAENKEL, Strukturanalyse der modernen Demokratie, Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament") 49/1969, S. 2 ff.

2) Vgl. die zusammenfassende Darstellung der Elitentheorien der Klassiker bei Helmut KÖSER, Demokratie und Elitenherrschaft, in: Dieter Oberndörfer, Wolfgang Jäger (Hrsg.), Die neue Elite, Freiburg: Rombach 1975, S. 151 ff. und die dort angegebene Literatur.

3) Zur Begründung der Elitenherrschaft und des Elitenkonsenses als Garant demokratischer Systeme siehe u. a.: David B. TRUMAN, The American System in Crisis, PSQ 1959, S. 489; William KORNHAUSER, op. cit., S. 36; Robert A. DAHL, Who Governs? op. cit., S. 319 f.

Somit stimmen die Pluralisten mit den Elite- bzw. Schichtungstheoretikern darin überein, "daß Führungsgruppen und ihre Beziehungen untereinander der theoretische Schlüssel zur Erklärung politischen Handelns seien"¹⁾, obwohl über²⁾ Art und Zusammensetzung der Eliten eine heftige Kontroverse geführt wurde, vor allem in der amerikanischen Community-Power-Forschung. Im Gegensatz zu den Pluralisten findet für die Elite- bzw. Schichtungstheoretiker jedoch - ähnlich wie für die klassischen Elitetheoretiker - die gesamtgesellschaftliche Konfliktregulierung in einer "erheblich eingeschränkteren zentralisierten und stabilen 'Arena'"³⁾ statt: Eine bestimmte Anzahl von Akteuren, zwischen denen es nur begrenzte Zielkonflikte gibt, dominiert die wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen. Beide Schulen unterscheiden sich damit grundsätzlich von der marxistischen Klassenanalyse, in der Eliten lediglich "Epiphänomene"⁴⁾ der Gesellschaft sind.

Hier ist nicht der Ort für eine ausführliche Kritik an diesen Theorien, noch an der Pluralismustheorie⁵⁾ selbst. Ein zentraler Kritikpunkt an der Community-

1) Isaac BALBUS, Elitentheorie oder marxistische Klassenanalyse? Eine Kritik, in: Wolf-Dieter Narr, Klaus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975, S. 237.

2) Eine zusammenfassende Darstellung dieser Kontroverse ist zu finden bei: Ralf ZOLL, Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München: Juventa 1972.

3) Theodore J. LOWI: Ein neuer Bezugsrahmen für die Analyse von Machtstrukturen, in: Narr/Offe, op. cit., S. 135.

4) Otto STAMMER, Peter WEINGART, Politische Soziologie, München: Juventa 1972, S. 133.

5) Zur Kritik an dieser siehe: Peter BACHRACH, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M.: Deutsche Verlagsanstalt 1970, S. 62 ff.; Jack L. WALKER, A Critique of the Elitist Theory of Democracy, APSR 1966, S. 285 ff.; Hans KREMENDAHL, Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen: Heggen 1977. Neuere Ansätze zur Vereinbarkeit von partizipatorischer Demokratie und Elitenherrschaft sind unter dem normativen Aspekt zu finden bei: Fritz SCHARPF, op. cit., S. 66 ff.; unter organisationssoziologischem Aspekt bei: Frieder NASCHOLD, Organisation und Demokratie, Stuttgart: Kohlhammer 1969, S. 62 ff.

Power Forschung soll jedoch hier aufgezeigt werden, nämlich der Personalismus in der Elitendiskussion. Hier "wirkt sich immer noch die in der Totalitarismusforschung verbreitete Ansicht aus, daß für Eliten - auch in westlichen Demokratien - prinzipiell alles machbar ist."¹⁾ Das Eliteproblem wurde zuwenig in den allgemeinen Kontext der Politik eingebunden.²⁾ Während die Elitisten von bestimmten gesellschaftlichen Strukturen ausgingen, jedoch ein simplifiziertes Kausalverhältnis von ökonomischem Status und Macht annahmen, vernachlässigten die Pluralisten lange Zeit die Bedeutung der politischen und ökonomischen Struktur, in der sich der Gruppenprozeß vollzieht.³⁾ Das Herrschaftsproblem kann aber nicht ausschließlich auf die Macht von Individuen und Gruppen reduziert werden, sondern Eliten müssen stets als Teil des Gesamtsystems gesehen werden.⁴⁾

Zu den Faktoren, die das Elitenhandeln determinieren und darüber hinaus gleichzeitig anzeigen, wer in einer bestimmten Gesellschaft zu den Eliten zu rechnen ist, gehören die ökonomisch-technologische Gesamtsituation, der Entwicklungs- und Problemstand, sowie das jeweilige Wertesystem einer Gesellschaft, ihre Verfassung und die Verfassungswirklichkeit.⁵⁾ Von Bedeutung ist auch die politische Kultur eines Landes, hier insbesondere der Grad, in dem die Bevölkerung von den in der jeweiligen Verfassung festgelegten Grundrechten, wie individuelle Freiheits- und kollektive Betätigungsrechte, Gebrauch macht.

1) KÜSER, op. cit., S. 179.

2) Ebenda.

3) Vgl. LOWI, op. cit., S. 134.

4) Vgl. KÜSER, op. cit., S. 179.

5) Ähnlich bei STAMMER/WEINGART, op. cit., S. 134. NEUMANN, op. cit., S. 29 und die dort angegebene Literatur.

Kennzeichen moderner Industriegesellschaften ist, daß die Konfliktregulierung quantitativ und qualitativ neue Dimensionen angenommen hat. Dies ergibt sich u. a. aus den Strukturbedingungen einer arbeitsteiligen, hochdifferenzierten Gesellschaft und aus zunehmenden Bedürfnissen und Ansprüchen an das Gesamtsystem. Dies hat zur Folge, daß in der Verfassungswirklichkeit westlicher Demokratien das politische System nicht nur Ordnungsfunktion hat, sondern zum zentralen Träger von Steuerungsfunktionen in diesen Gesellschaften geworden ist - wenn auch nicht in allen Staaten so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik.¹⁾ Der Staat beteiligt sich an der Gewinnung und Verteilung von Rohstoffen und Energie, er baut Verkehrswege, betreibt Bildungs-, Familien-, Gesundheits- und Freizeitpolitik, beeinflusst das Nachfragevolumen, subventioniert industrielle Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie private Investitionen: "Der Leistungsstaat kennt keine prinzipiellen Grenzen."²⁾ In der Bundesrepublik sind dem Staat zudem besondere Verpflichtungen aufgrund des Sozialstaatsgebotes³⁾ des Grundgesetzes aufgetragen.⁴⁾ Sichtbaren Ausdruck findet die zunehmende Anzahl der für die Gesamtgesellschaft verbindlichen Allokation von Werten durch den Staat vor allem im Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt.⁵⁾

1) Charakteristisch ist z. B. die häufige Berufung von Politikern als Schlichter in Tarifkonflikten - trotz gesetzlich garantierter und von den Tarifparteien immer wieder betonter Tarifautonomie. Jüngstes Beispiel: der Tarifkonflikt der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen Ende 1978/Anfang 1979.

2) Bernd und Ingeborg GUGGENBERGER, Die Legitimitätskrise des modernen Staates - ist die Massengesellschaft noch freiheitlich regierbar?, in: Material zum Problem der Legitimität im modernen Staat, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische Akademie Eichholz, Heft 31, Bonn 1975, S. 42.

3) Zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes siehe: Ernst FORSTHOFF (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt: Luchterhand 1968.

4) Vgl. NEUMANN, op. cit., S. 5 f.

5) Der Anteil der Staatsausgaben (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) betrug 1960 in der Bundesrepublik Deutschland 41,2 % und stieg bis 1977 auf 52,7 % an. Vgl. Willi ALBERS, Ursachen, Wirkungen und Begrenzungsmöglichkeiten einer wachsenden Staatsquote - Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Rühle, Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Wachsende Staatshaushalte, Stuttgart: Bonn Aktuell 1979, S. 22.

Staatliche Politik, definiert als "Handlung oder Unterlassung eines politischen Institutionensystems in Reaktion auf Forderungen, mit denen es konfrontiert wird"¹⁾, wird um so schwieriger, je mehr sie von distributiven und regulativen zu redistributiven Maßnahmen übergeht. Soll die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Gesamtsystems gewährleistet sein, muß das politische System in der Lage sein, die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Interessen zu integrieren, was aber auch erhöhte Anforderungen an die Kooperationsfähigkeit der Führungsgruppen der verschiedenen Sektoren stellt.

Die Form, in der Konflikte in einer Gesellschaft durch Eliten ausgetragen werden, ist variabel und wird durch konkretes Elitehandeln geprägt. Die Strategien der Konfliktaustragung beinhalten dabei in einem pluralistischen System, das von Interessengegensätzen ausgeht, nicht den Versuch der "Beseitigung von Gegensätzen von der Wurzel her"²⁾, sondern eine Verhaltenskontrolle, die es ermöglicht, Konflikte "kontrollierbar und in eine produktive Richtung lenkbar"³⁾ zu machen, sei es beispielsweise durch Versuche, die ursprüngliche Intention des Konfliktpartners zu ändern⁴⁾, oder durch Versuche der Kompromiß-

1) Stuart H. RAKOFF, Günter F. SCHAEFER: Das politische System und seine Umwelt: Alternativen in der Strategie der Politikforschung, in: Narr/Offe, op. cit., S. 156.

2) Ralf DAHRENDORF, *Konflikt und Freiheit*, München: Piper 1972, S. 41. Vgl. auch den Begriff des "consensus" bei Irving L. HOROWITZ, *Consensus, Conflict, and Cooperation*, in: N. J. Demerath III, Richard A. Peterson (Hrsg.), *System, Change, and Conflict*, New York: The Free Press 1967, S. 279.

3) Walter L. BOHL, *Entwicklungslinien der Konfliktsoziologie*, in: ders. (Hrsg.), *Konflikt und Konfliktstrategie*, München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung 1971, S. 23. Vgl. auch DAHRENDORF, *Konflikt und Freiheit*, op. cit., S. 41; HOFFMANN-LANGE, op. cit., S. 62; Henry W. MORTON, Karl W. DEUTSCH, *Conflicts: Productive and Destructive*, *Journal of Social Issues* 1969, S. 7 ff.; Lewis A. COSER, *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied: Luchterhand 1972, S. 149 ff.

4) Vgl. auch BOHL, op. cit., S. 32 f.

findung¹⁾. Die Bedingungen für eine solche "konsensuell geeinte Elite" - der Begriff wurde von Higley, Field und Grøholt geprägt - sind in bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsphasen besonders günstig, aber dieser Elitenkonsens entsteht durchaus nicht zwangsläufig, wie diese Autoren betonen.²⁾

Voraussetzung für eine friedliche Konfliktregelung - Beeinflussung, Änderung der Perzeption, Kompromiß - ist die Kommunikation zwischen den Akteuren; der gesamte Prozeß der Interessenvertretung, der Konfliktaustragung und der Konsensbildung, kurz der politische Willenbildungs- und Entscheidungsprozeß, ist daher als ein komplexer Kommunikations- und Interaktionsprozeß zu beschreiben.³⁾

Die Bestimmung der Kommunikationschancen und damit des Kooperations- und Konfliktpotentials zwischen den Führungsgruppen in der Bundesrepublik ist Schwerpunkt der folgenden Analyse. Dabei ist zunächst von den strukturellen Gegebenheiten der Bundesrepublik, die die einer modernen Industriegesellschaft sind, auszugehen: Voraussetzung für Fortschritt und Entwicklung ist die Entstehung einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Bei gleichzeitiger Zunahme und Differenzierung der Bedürfnisse und Ansprüche - bedingt durch steigenden Lebensstandard -, die von den Interessengruppen vertreten werden müssen, folgt der Arbeitsteilung eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft in immer spezifischere Subsysteme. Arbeitsteilung resp. Ausdifferenzierung erfordern wiederum Spezialisierung des Wissens und der Fähigkeiten und führen so zwangsläufig zu spezifischen Rekrutierungsmustern und intensiver rollen- bzw. bereicherspezifischer Sozialisation in den einzelnen Berufsbereichen

1) Vgl. z. B. Kenneth PREWITT, Alan STONE, *The Ruling Elites - Elite Theory, Power, and American Democracy*, New York: Harper & Row 1973, S. 151; BOHL, op. cit., S. 33, 38 f.

2) HIGLEY/FIELD/GRØHOLT, op. cit., S. 54 f.

3) Vgl. auch Hartmann TYRELL, *Konflikt als Interaktion*, KZfSS 1976, S. 255 f., 263 f.; Lester W. MILBRATH, *The Washington Lobbyists*, Chicago: Rand McNally 1963, S. 185; NARR/NASCHOLD, op. cit., S. 228; COSER, op. cit., S. 41; NEUMANN, op. cit., S. 23 f.

bzw. Funktionsgruppen.¹⁾ Interne Homogenität, Autonomie und Unabhängigkeit auf der einen, berufliche und soziale Isolation auf der anderen Seite charakterisieren dementsprechend die Führungsgruppen der einzelnen funktionalen Bereiche.²⁾ Je homogener und autonomer eine Gruppe jedoch ist, je isolierter sie von anderen konkurrierenden und konfligierenden Parteien ist, desto partikularer wird ihre Sicht sein, desto geringer ihre Verständigungsmöglichkeiten mit diesen anderen Gruppen; in gleichem Maße wachsen auch die Schwierigkeiten der Konfliktregulierung und damit das Konfliktpotential zwischen diesen Gruppen.³⁾

Im ersten Teil der Analyse stellt sich also die Frage, welche Kommunikationsbarrieren zwischen den Führungsgruppen in der Bundesrepublik aufgrund sozialer Distanzen und/oder beruflicher Differenzierung und Segmentierung bestehen, oder, anders formuliert, ob die Voraussetzungen für eine konsensuell geeinte Elite günstig sind.

Vor dem Hintergrund dieser Daten werden die politischen Überzeugungen der Führungsgruppen, insbesondere Parteipräferenz und Parteimitgliedschaft sowie die Bewertung verschiedener politischer Ziele (political issues) analysiert, um aufzuzeigen, welches die hauptsächlichen Konfliktlinien (cleavage lines) zwischen diesen Gruppen sind und wo sie verlaufen. In einer plurali-

¹⁾Vgl. Suzanne KELLER, *Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society*, New York: Random House 1968, S. 67 ff., 212 f.; Geraint PARRY, *Political Elites*, London: Allen & Unwin 1971, S. 93; Donald D. SEARING, *Two Theories of Elite Consensus. Tests with West German Data*, Paper for the 66. Conference of the American Political Science Association, Los Angeles 1970, S. 9; Allen H. BARTON, *Determinants of Leadership Attitudes in a Socialist Society*, in: Allen H. Barton, Bogdan Denitch, Charles Kadushin (Hrsg.), *Opinion-Making Elites in Yugoslavia*, op. cit., S. 229 f.

²⁾Vgl. KELLER, op. cit., S. 70; HIGLEY/FIELD/GRÖHOLT, op. cit., S. 228; S. N. EISENSTADT, *Social Change, Differentiation and Evolution*, in: Demerath/Peterson, op. cit., S. 215; SEARING, *Two Theories of Elite Consensus*, op. cit., S. 3, 8 f.

³⁾Siehe auch Edo ENKE, *Oberschicht und politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M.: Lang 1974, S. 128; Rainer M. LEPSIUS, *Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die 2. Republik*, Stuttgart: Seewald 1974, S. 286; EISENSTADT, op. cit., S. 215; Erwin K. SCHEUCH, *Führungsgruppen und Demokratie in Deutschland*, in: *Die Neue Gesellschaft* 1966, S. 365 ff.; KELLER, op. cit., S. 211 ff., 320 ff.

stischen Gesellschaftsverfassung müssen solche Konflikte zwischen den politischen Zielsetzungen bzw. Interessen als normal angesehen werden. Eine nicht-gewaltsame, rationale Austragung dieser Konflikte ist jedoch nur möglich, wenn gleichzeitig die institutionellen Regelungen dieser Konfliktaustragung von den beteiligten Konfliktparteien akzeptiert werden. Zu diesen Regelungen gehören sowohl die Akzeptierung der politischen Institutionen - denen damit das Recht, gesamtgesellschaftlich bindende Entscheidungen zu fällen, auch de facto zugestanden wird - als auch die Bereitschaft zur Anerkennung des pluralistischen Kräftespiels. Es stellt sich damit die Frage, ob und in welchem Umfang zwischen den Führungsgruppen in der Bundesrepublik ein Konsens über die Natur des existierenden Systems und seine Wünschbarkeit - auch "Fundamental-Konsens"¹⁾ genannt - besteht.

Daß der geforderte Konsens auch zum Tragen kommt und die Spielregeln im Konfliktfall auch wirklich eingehalten werden, setzt wiederum Vertrauen voraus, Vertrauen darauf, daß alle an der Auseinandersetzung Beteiligten sich ebenfalls daran halten,²⁾ daß also für den einzelnen bzw. die einzelne soziale Einheit keine (persönliche) Gefahr aus der Konkurrenz bzw. dem Konflikt erwächst.³⁾ Wesentlicher Bestandteil dieser Sicherheit ist neben dem Glauben an den eigenen Zugang zur Macht und damit auch zur Kontrolle die Information über den "Gegner", die Kenntnis der Vorstellungen, Bindungen und Beziehungen der Führungspersonen anderer am politischen Entscheidungsprozeß beteiligter Gruppen. Da die früher relevanten Kanäle der Informationsvermittlung wie familiäre, verwandtschaftliche oder auch freundschaftliche Bindungen, basierend auf der Gemeinsamkeit von sozialer Herkunft und Bildung, Reichtum und Prestige,⁴⁾ in einem System funktional segmentierter und autonomer Teil-Eliten, als deren

1) Gerhard LEHBRUCH, Strukturen ideologischer Konflikte bei Parteienwettbewerb, PVS 1969, S. 291. Vgl. auch HIGLEY/FIELD/GRØHOLT, op. cit., S. 20; TRUMAN, The American System in Crisis, op. cit., S. 489; PREWITT/STONE, op. cit., S. 151.

2) Vgl. Geraint PARRY, Trust, Distrust and Consensus, B. J. Pol. S. 1976, S. 129; HIGLEY/FIELD/GRØHOLT, op. cit., S. 20; Robert A. DAHL, Polyarchy, New Haven: Yale University Press 1971, S. 150 ff.

3) Vgl. HIGLEY/FIELD/GRØHOLT, op. cit., S. 32.

4) Vgl. Wright C. MILLS, The Power Elite, New York: Oxford University Press 1959, S. 280 f.; Keller, op. cit., S. 147, 192, 260 f.; John PORTER, The Vertical Mosaic. Social Class and Power in Canada, Toronto: University of Toronto Press 1966, S. 265.

Selektionskriterium gemeinhin "Leistung"¹⁾ gilt, nicht mehr adäquat sind, müssen neue Kommunikationswege geschaffen bzw. institutionalisiert werden. Dort, wo aufgrund sozialer und beruflicher bzw. rollenspezifischer Distanz der individuell persönliche Kontakt behindert ist, wo keine "gemeinsame Sprache"²⁾ gesprochen wird, können eher formalisierte Interaktionspotentiale wie Mehrfachmitgliedschaften und Ämterkumulation, die Einbeziehung in Kommissionen und Beratergremien oder auch die direkte fach- und bereichsbezogene institutionelle Kommunikation die Artikulationschancen vergrößern.³⁾ Strukturell bedingte Konfliktpotentiale können überwunden werden und in der weiteren Folge könnte aus diesen Interaktionen ein Zusammengehörigkeitsgefühl, ein "esprit de corps" erwachsen, der für die Kooperation zwischen den Teil-Eliten und die Funktionsfähigkeit des Systems notwendig ist.⁴⁾ Daher sollen im letzten Teil der Analyse die Interaktions- und Kommunikationspotentiale, die das System den Eliten für die gesamtgesellschaftliche Konfliktregulierung zur Verfügung stellt, sowie die tatsächlichen Kommunikationsmuster zwischen den Führungsgruppen in der Bundesrepublik aufgezeigt werden.

1) Vgl. PORTER, op. cit., S. 264; KELLER, op. cit., S. 220; Helmut PALME, Empirische Erforschung von Eliten in repräsentativen Demokratien, Diplomarbeit, Köln 1974, S. 27 ff.

2) Ralf DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München: Piper 1968, S. 258.

3) Vgl. Lester G. SELIGMAN, Elite Recruitment and Political Development, The Journal of Politics 1964, S. 624; PORTER op. cit., S. 216 ff., 305. Siehe auch die ausführliche Behandlung in NEUMANN, op. cit., S. 57 ff., 103 ff., 121 ff.

4) Vgl. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, op. cit., S. 302, 307; SCHEUCH, op. cit., S. 365; KELLER, op. cit., S. 146, 192; Dankwart A. RUSTOW, The Study of Elites. Who's Who, When, and How, World Politics 1966, S. 711.

II. Zur Definition der Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Die neueren Überlegungen zu einer Theorie der Eliten haben durch die postulierte Vereinbarkeit von Herrschaftsverhältnissen mit Demokratie den traditionellen Begriff der Wertelite überwunden und Macht als zentrales Charakteristikum von Eliten in den Vordergrund der Betrachtung gerückt.¹⁾ Dies entspricht auch dem Prozeß der Interessenaggregation und Konfliktregulierung in arbeitsteiligen, hochdifferenzierten Gesellschaften. Allerdings sind die Versuche, die Konzeption multipler Führungsgruppen vom Machtansatz - und damit von einem allgemeineren Theorieansatz - abzuleiten, bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Das bekannteste Modell dieser Art ist das AGIL-Schema von Parsons.²⁾ Die Anwendung dieses Schemas im Rahmen der empirischen Eliteforschung³⁾ zeigt jedoch, daß eine eindeutige Zuordnung der von ihm als gesellschaftlich relevant definierten Funktionen zu einem Subsystem nicht möglich ist;⁴⁾ darüber hinaus vernachlässigt Parsons die interne Ausdifferenzierung der einzelnen Subsysteme und deren Institutionalisierungsgrad.

Die bisher in der Bundesrepublik durchgeführten empirischen gesamtgesellschaftlichen Eliteuntersuchungen⁵⁾ gehen ebenfalls alle von Funktionsbe-

1) Vgl. Heinz SAHNER, Führungsgruppen und technischer Fortschritt, Meisenheim: Anton Hain 1975, S. 25.

2) Talcott PARSONS, Das System moderner Gesellschaften, München: Juventa 1972, S. 12 ff.

3) Vgl. z. B. Amitai ETZIONI, The Functional Differentiation of Elites in the Kibbutz, AJS 1959, S. 476 ff.; KELLER, op. cit., S. 96 ff.

4) Vgl. KELLER, op. cit., S. 93 f.

5) Lewis J. EDINGER, Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, APSR 1960, S. 58 ff.; Karl W. DEUTSCH, Lewis J. EDINGER, Germany Rejoins the Powers, Stanford: University Press 1959; Wolfgang ZAPF, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961, München: Piper 1966; Rudolf WILDENMANN, Eliten in der Bundesrepublik. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung über Einstellungen führender Positionsträger zur Politik und Demokratie, Tabellenband, Mannheim 1968; Uwe SCHLETH, Once again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München: Olzog 1971, S. 99 ff.; ENKE, op. cit.; Dieter ROTH, Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.: Lang 1976.

reichen bzw. Funktionsgruppen aus und implizieren damit, daß Macht in der Bundesrepublik arbeitsteilig organisiert ist.

Die Problematik der Bestimmung von Funktionsbereichen und -gruppen wird insbesondere in den Arbeiten von Schleth und Zapf hervorgehoben: "...one has to rely on what overall knowledge of the system under investigation one has. There is no question that an ample portion of arbitrary judgement is involved as long as sound theories of the system's structure and behavior are lacking."¹⁾ Zapf ist der Ansicht, daß sich alle Versuche, diese Fragestellung systematisch ("funktionalistisch") zu lösen, als unzureichend erwiesen haben und sich am besten Kataloge von Gruppen und Positionen bewährt haben, "die von informierten Sozialwissenschaftlern durch überlegte 'Bestimmung' aufgestellt worden sind".²⁾

Die bisherige Eliteforschung in der Bundesrepublik zeigt jedoch, daß den Untersuchungen jeweils eine andere Einschätzung der Machtstruktur in der Bundesrepublik zugrunde liegt, wobei leider in den meisten Untersuchungen die Kriterien, nach denen die Bestimmung der "Mächtigen" erfolgte, nicht dargelegt werden.³⁾

In der folgenden Untersuchung werden als Indikatoren für gesellschaftliche Machtpositionen die Organisationsfähigkeit bzw. Institutionalisierung und die Konfliktfähigkeit von Funktionsgruppen und ihren Interessen herangezogen.

"Organisationsfähig sind gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen dann, wenn sie in ausreichendem Umfang diejenigen motivationalen und materiellen Ressourcen mobilisieren können, die zur Etablierung eines Verbandes oder eines ähnlichen Instrumentes der Interessenvertretung erforderlich sind."⁴⁾ Dies gilt, wie insbesondere der Ökonom Mancur Olson gezeigt hat, für die primären Lebensbedürfnisse und Sonderinteressen relativ homogener Gruppen.⁵⁾

1) SCHLETH, op. cit., S. 103.

2) ZAPF, op. cit., S. 68.

3) Zur ausführlichen Kritik an diesen Studien vgl. NEUMANN, op. cit., S. 40 ff.

4) Claus OFFE, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spät-kapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Gisela Kress, Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch 1972, S. 145.

5) Vgl. OLSON, op. cit., S. 53 ff., 165 ff.; ähnlich: Heinrich POPITZ, Prozesse der Machtbildung, Tübingen: Mohr 1968, S. 9 ff.

Diejenigen Bedürfnisse, die nicht klar abgrenzbaren Funktionsgruppen zuzuordnen sind, sondern der Gesamtheit der Individuen - Gesundheit, Umweltschutz, Konsum, Bildung, Freizeit etc. - sind schwer oder nicht unmittelbar zu organisieren. Träger solcher Bedürfnisse können juristische Personen sein (Westdeutsche Rektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz, Krankenkassenverbände) oder Organisationen, die nur durch partikulare berufsständische oder wirtschaftliche Interessen an einen Sektor allgemeiner Bedürfnisse gebunden sind - Ärztekammer, Lehrgewerkschaften.¹⁾ Organisationsfähigkeit stellt jedoch nur im Zusammenhang mit Konfliktfähigkeit eine Machtbasis dar. "Konfliktfähigkeit beruht auf der Fähigkeit einer Organisation bzw. der ihr entsprechenden Funktionsgruppe, kollektiv die Leistung zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen."²⁾ Dies beinhaltet die Frage nach den Sanktionspotentialen gesellschaftlicher Funktionsgruppen. Entsprechend den Mitteln der sozialen Bedürfnisbefriedigung sind dies ökonomische Mittel wie Sachkapital, Finanzkapital, Konsumgüter, Arbeitsplätze, Arbeitskraft etc. und normative Mittel in Form von religiösen und moralischen Werten, wissenschaftlichen Kenntnissen etc.³⁾

Was in einer bestimmten Gesellschaft ein Sanktionspotential darstellt, hängt - wie oben hingewiesen - sowohl von dem jeweiligen Entwicklungs- und Problemstand als auch dem jeweiligen Wertsystem einer Gesellschaft ab. Dies gilt auch für die Gewichtung der jeweiligen Potentiale.

Aufgrund der hier eingeführten Indikatoren für Macht kann in der Bundesrepublik im ökonomischen System neben den Verbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften auch die Funktionsgruppe der gewerblichen Produzenten, soweit sie als Großunternehmen institutionalisiert ist, als "mächtig" angesehen werden. Denn diese besitzen auch als einzelne - wie sich 1975 bei Masseneinstellungen im Volkswagenwerk gezeigt hat -, im Gegensatz z. B. zu Unternehmen in der Landwirtschaft oder im Handwerk, Konfliktfähigkeit gegenüber dem Gesamtsystem, nämlich die Möglichkeit des Entzugs von Arbeitsplätzen in größerem Ausmaß.

1) Vgl. OFFE, op. cit., S. 145.

2) Ebenda, S. 146.

3) Vgl. Karl O. HONDRICH, Theorie der Herrschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1973, S. 45.

Den im Sozialbereich angesiedelten Bedürfnissen (Interessen von Mietern, Hausfrauen, Rentnern, Arbeitslosen etc.) hingegen fehlt in der Regel entweder die Organisations- oder/und die Konfliktfähigkeit.¹⁾ Das gilt inzwischen auch für die Vertriebenenverbände, was seinen sichtbaren Ausdruck in der Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums gefunden hat.

Im gesamtgesellschaftlichen Willenbildungsprozeß kommt den Massenmedien eine zentrale Informationsvermittlungsfunktion zu. In der Bundesrepublik weisen die Institutionen des Massenkommunikationssystems unterschiedliche Organisationsformen auf. Das Pressewesen ist privatwirtschaftlich organisiert; die Bestimmung relevanter Positionen orientiert sich daher an Kriterien analog denen des gesellschaftlichen Bereichs, in diesem Falle Auflagenhöhe und Verbreitungsgebiet. Hörfunk und Fernsehen (Rundfunk) sind dagegen als "Körperschaften des öffentlichen Rechts" organisiert; Machtpositionen ergeben sich hier aus der formalen Organisationsstruktur.

Im staatlichen Bereich ergeben sich Machtpositionen nicht nur aus den formalen Regelungen des Grundgesetzes, sondern auch aus der konkreten Ausgestaltung der politischen Realität.

Es muß neben den politischen Subsystemen Bundesregierung, Bundestag, Landesregierungen/Bundesrat und Parteien auch der Ministerialverwaltung eine Machtposition im politischen Entscheidungsprozeß zugeschrieben werden. In der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik zeigt sich diese politische Macht der Verwaltung nicht nur in der Gesetzesvorbereitung und im Gesetzesvollzug, sondern auch in der mittel- und langfristigen Planung sowie insbesondere bei dem Ordnungswesen. Dieses war wegen seiner formal schnelleren Anpassungsfähigkeit ursprünglich nur als Ergänzung der Gesetzgebung gedacht.²⁾ Es hat jedoch in der modernen Staatspraxis sowohl

1) Zur ausführlichen Darstellung der Operationalisierung von Macht in dieser Untersuchung vgl.: NEUMANN, op. cit., S. 26 ff., 45 ff.

2) Vgl. Brigitte CONRADI, Die Mitwirkung außerstaatlicher Stellen bei Erlaß von Rechtsverordnungen, in: Heinz J. Varain (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973, S. 297 f.

inhaltlich als auch seinem Umfang¹⁾ nach unverhältnismäßig zugenommen und so den Ermessens- und Handlungsspielraum der Verwaltung ständig erweitert und schwer kontrollierbar gemacht.

Als eine Funktionsgruppe des politisch-administrativen Systems ist außerdem das Militär zu berücksichtigen. Aufgrund seiner spezifischen und begrenzten Aufgabenstellung wurde es jedoch in den folgenden Analysen diesem System nicht direkt zugeordnet.

Wenn - wie in dieser Untersuchung - von einem strukturellen Machtansatz ausgegangen wird, liegt es nahe, die Elite in der Bundesrepublik anhand des Positionsansatzes zu identifizieren. Als Elite bzw. Führungsgruppen sind dann die formal höchsten Positionsinhaber in den aufgrund der oben genannten Kriterien relevanten Funktionsbereichen und deren Subsystemen anzusehen.²⁾

Dies sind:

Bundesregierung (n=9):

Bundesminister, parlamentarische Staatssekretäre und, wegen der Nähe zur Bundesregierung, der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und sein Stellvertreter.

Bundestag (=91):

Präsident und Vizepräsidenten des Bundestages, Ausschußvorsitzende und ihre Stellvertreter, die Mitglieder der Fraktionsvorstände, die Arbeitskreisvorsitzenden und ihre Stellvertreter, die Vorsitzenden und Stellvertreter der Landesgruppe der CSU und deren Arbeitsgruppenvorsitzende sowie die Obleute der Fraktionen in den Bundestagsausschüssen.³⁾

1)	RechtsVO	Gesetze
4. Bundestag	1368	427
5. Bundestag	1537	453
6. Bundestag	1343	333

Statistisches Jahrbuch 1976, S. 146.

2) Vgl. dazu ausführlich: NEUMANN, op. cit., S. 45 ff., 197 ff.

Zur Auseinandersetzung mit dem Positionsansatz sowie zur Darstellung der Probleme seiner empirischen Umsetzung (Positionsmäßige Abgrenzung, Amterkumulation etc.) siehe die im Rahmen dieses Projekts erstellte Arbeit von: PALME, op. cit., S. 28 ff.

3) Da im Bereich der Bundesregierung nur neun Interviews realisiert werden konnten, werden in der folgenden Analyse Bundesregierung und Bundestag als eine Einheit behandelt.

Landesregierungen (n=82):

Ministerpräsidenten und Minister bzw. Bürgermeister und Senatoren bei den Stadtstaaten sowie die Bevollmächtigten der Länder beim Bund. In Bayern außerdem die Staatssekretäre, da diese Mitglieder der Landesregierung sind.

Parteien (n=68):

Die Mitglieder der Parteivorstände von CDU, SPD und FDP sowie die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer dieser Parteien.¹⁾

Bundesministerien/Politische Beamte (n=78):

Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, sonstige Beamte des höheren Dienstes im Auswärtigen Dienst von der Besoldungsgruppe A 16 an aufwärts sowie der Direktor beim Bundestag und der Direktor des Bundesrates.²⁾

Bundesministerien/Nicht-politische Beamte (n=138):

Ministerialdirigenten, in der Regel Unterabteilungsleiter.

Landesministerien/Politische Beamte (n=53):

Staatssekretäre bzw. Ministerialdirektoren.³⁾

Landesministerien/Nicht-politische Beamte (n=209):

Ministerialdirigenten, Ministerialräte, in der Regel Abteilungsleiter, in Hamburg und Bayern auch Senatsdirektoren und Ministerialdirektoren.

Massenmedien (n=224):

Intendanten, Programmdirektoren, Chefredakteure sowie die Leiter politisch-relevanter Abteilungen der Rundfunk- und Fernsehanstalten (n=94);

die Chefredakteure sowie die Ressortleiter von Politik und Wirtschaft der Tages- und Wochenzeitungen (Auflagenhöhe: mindestens 100 000 Exemplare) sowie der führenden Zeitschriften (n=130).

¹⁾Die CSU wurde über ihre Landesgruppe im Bundestag erfaßt.

²⁾Diese Kategorien entsprechen der Definition der politischen Beamten im Bundesbeamtengesetz (§ 36, Abs. 1 und § 176, Abs. 2).

³⁾In den einzelnen Bundesländern ist die Institution des politischen Beamten sehr unterschiedlich definiert, Hamburg und Bayern haben bisher den politischen Beamten nicht eingeführt. Siehe dazu die Übersicht bei Carl H. ULE, Beamtenrecht, Köln: Heymanns 1970, S. 4, 118.

Herausgeber/Verleger (n=38):

Herausgeber und Verlagsleiter der unter der obigen Kategorie erfaßten Zeitungen und Zeitschriften.

Industrieunternehmen (n=173):

Vorstandsvorsitzende und ihre Stellvertreter sowie weitere Mitglieder des Vorstandes der in ihrer Branche jeweils umsatzstärksten Unternehmen des produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs.

Banken/Versicherungen (n=74):

Vorstandsvorsitzende und ihre Stellvertreter sowie weitere Mitglieder des Vorstandes der größten Privatbanken (nach Bilanzsumme bzw. Geschäftsvolumen) sowie der größten privaten Versicherungsunternehmen (nach dem Bestand der selbständig abgeschlossenen Versicherungsverträge).

Wirtschaftsverbände (n=101):

Vorsitzende bzw. Präsidenten und ihre Stellvertreter sowie Geschäftsführer der auf Bundesebene organisierten Interessenvertretungen des produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs sowie der Banken/Versicherungen¹⁾.

Gewerblicher Mittelstand (n=20):

Präsidenten und Vizepräsidenten sowie Geschäftsführer bzw. Verbandsdirektoren der auf Bundesebene organisierten Interessenvertretungen von mittelständischen Unternehmen wie Handwerk und Einzelhandel.

Landwirtschaft (n=53):

Präsidenten/Vorsitzende und Stellvertreter sowie Geschäftsführer bzw. Direktoren der auf Bundes- und Landesebene²⁾ organisierten Interessenvertretung der Landwirtschaft.

Gewerkschaften (n=62):

Vorsitzende/Präsidenten und Stellvertreter sowie Geschäftsführer der auf Bundesebene organisierten Vertretung der Arbeitnehmer; beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) als mitgliederstärksten Organisationen zusätzlich die führenden Positionsinhaber in den Einzelgewerkschaften bzw. Bundesberufsgruppen.

1) Letztere konnten aufgrund der geringen Zahl der realisierten Interviews (n=7) nicht getrennt ausgewiesen werden.

2) Hier wurde der auch in der Verfassungswirklichkeit sehr stark zum Tragen kommenden föderalistischen Struktur der organisierten Vertretung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Rechnung getragen.

Wissenschaft (n=46):

Rektoren/Präsidenten der Universitäten und Technischen Hochschulen sowie Vorsitzende und Generalsekretäre der bundesweiten Organisationen von Wissenschaft und Forschung incl. der Fördererverbände.

Militär (n=41):

Der Generalinspekteur der Bundeswehr sowie sein Stellvertreter, die Inspektoren von Heer, Luftwaffe und Marine sowie deren Stellvertreter, die Leiter des Führungsstabes der Streitkräfte, des Truppen-, des Luftwaffen- und des Marineamtes sowie die Befehlshaber der Wehrbereiche; Kommandierende Generale und Divisionskommandeure in Heer und Luftwaffe sowie die Befehlshaber und ihre Stellvertreter in den Flotteneinheiten.

Die relevanten Einheiten und Positionen in den Religionsgemeinschaften wurden ebenfalls erfaßt, die geringe Fallzahl der realisierten Interviews (n=17) läßt jedoch die Einbeziehung dieser Gruppe in die Analyse nicht zu, zumal nur eine Trennung dieser Gruppe in Katholische Kirche und Evangelische Religionsgemeinschaften eine sinnvolle Interpretation zuließe.

Auf die Einbeziehung von Einheiten und Positionen der Judikative wurde verzichtet, da im Zeitraum der Erhebung dieser Studie gleichzeitig eine umfassende Befragung der Obersten Richter in der Bundesrepublik durchgeführt wurde.¹⁾

¹⁾Raymund WERLE, Justizorganisation und Selbstverständnis der Richter. Eine empirische Untersuchung, Kronberg: Athenäum 1978.

III. Die Rekrutierung der Führungsgruppen

Die Ausdifferenzierung moderner Industriegesellschaften und die daraus resultierende Autonomie entsprechender Funktionsbereiche erschweren zwangsläufig die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppenvertretern. Die Überwindung dieser Barrieren wird durch soziale Homogenität des gesellschaftlichen Führungspersonals erleichtert.¹⁾ Homogenität, im Sinne eines gemeinsamen Lebensstiles, einer Gemeinsamkeit vieler Erfahrungen, bildet ein Band des inneren Zusammenhaltes zwischen funktional segmentierten Gruppen und begünstigt so die Kommunikation zwischen diesen Gruppen durch eine "gemeinsame Sprache"²⁾. Diese soziale Homogenität kann sowohl durch gemeinsame Herkunft im engeren Sinne als auch durch ähnliche Sozialisationsprozesse während des beruflichen Werdegangs erzeugt werden.

1. Das Sozialprofil

Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben sich die Charakteristika der deutschen Führungsschicht auffallend geändert.³⁾ Verursacht wurde dieser Wandel zum einen durch die beiden Weltkriege - vor allem durch den Zweiten - und deren Folgen wie Auflösung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, Flüchtlingsströme und Bevölkerungsvermischung, die die traditionellen und konfliktbeladenen Merkmale der Sozialstruktur verwischten⁴⁾, abgesehen von der Eliminierung von Führungspersonal (Adel, Großgrundbesitzer); zum anderen trug die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer modernen Industriegesellschaft mit

1) Vgl. DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, op. cit., S. 302; PORTER, op. cit., S. 230; KELLER, op. cit., S. 191 f.

2) DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, op. cit., S. 258.

Vgl. auch: Lewis J. EDINGER, Donald D. SEARING, Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry, APSR 1967, S. 430; RUSTOW, op. cit., S. 711; MILLS, op. cit., S. 281.

3) Vgl. ZAPF, op. cit., S. 168 ff.

4) Vgl. dazu LEPSIUS, Sozialstruktur und Soziale Schichtung, op. cit., S. 264

seinen sich ändernden Anforderungen hinsichtlich der Quantität von Führungskräften als auch deren fachlicher Qualifikation wesentlich dazu bei, indem sie Leistungsmomente gegenüber familiären Bindungen, Mitgliedschaften etc. stärker betonte.

Trotz Auflösung der traditionellen Klassenstrukturen ist unter dem Aspekt einer gemeinsamen bzw. trennenden Sozialisation die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht immer noch von Bedeutung.

Eine Analyse der Schichtzugehörigkeit der Inhaber von Spitzenpositionen dokumentiert eine gewisse Verschiebung der Rekrutierungsbasis von einer überwiegenden Oberschichtrekrutierung zu einer stärkeren Vertretung der Mittelschicht¹⁾: Fast zwei Drittel der Befragten stammen aus der Mittleren und Unteren Mittelschicht (vgl. Tabelle 1, S. 24).

Innerhalb der einzelnen Teileliten zeichnen sich gewisse Schwerpunkte ab: So weisen die Funktionsgruppen Wissenschaft und Militär sowie die Wirtschaftsverbände eine überdurchschnittliche Oberschichtrekrutierung (zwischen 40 % und 49 %) auf. Der Anteil der aus den Unterschichten Rekrutierten ist erwartungsgemäß unter den Gewerkschaftsführern überproportional hoch (16,7 %); aber auch von den Führungskräften des Bundestages stammt ein erheblicher Teil aus den unteren Schichten. Dieser geht überwiegend auf das Konto der SPD-Parlamentarier: Während die CDU/CSU und die FDP-Fraktion ihren Schwerpunkt in der Unteren Mittelschicht (50,0 % bzw. 55,6 %) haben und über keinen Rückhalt in den Unterschichten verfügen (2,3 % bzw. 0 %), rekrutiert sich die SPD-Fraktion zu 25,7 % aus der Unterschicht und nur zu 34,3 % aus der Unteren Mittelschicht. Ähnliches gilt für die Länderregierungen und die Parteien.

Im großen und ganzen ist also die soziale Distanz zwischen der Mehrzahl

¹⁾Für die Jahre 1925-1955 vgl. ZAPF, op. cit., S. 180.

Allerdings ist zu bemerken, daß in den absoluten Spitzenpositionen der Anteil der aus den Oberschichten Stammenden größer ist als in den nachfolgenden Führungspositionen. Dies gilt insbesondere für die hierarchisch gegliederten Funktionsbereiche Wirtschaft und Politik - im letzteren zeichnet sich zusätzlich ein Bund-Land-Gefälle ab. Vgl. dazu auch: Helge PROSS, Karl W. BOETTICHER, Manager des Kapitalismus, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1971, S. 43 f.; Max KRUK, Die großen Unternehmer, Frankfurt/M.: Societäts-Verlag 1972, S. 60 f.

Für die Verwaltung scheint dies nicht zu gelten, zumindest geben die Daten keinen derartigen Hinweis. Auch Wolfgang PIPPKE (Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden: Nomos 1975, S. 110 f.) stellt fest, daß nach Eintritt in den höheren Dienst keine statusbedingten Unterschiede zwischen Spitzenpositionsinhabern und anderen Positionsinhabern nachzuweisen sind.

Tabelle 1: Schichtzugehörigkeit^{a)} (in %)

	Ober- schichten	Mittlere Mittelschicht	Untere Mittelschicht	Unter- schichten	n = zuordnen- bare Nennungen
Bundesregierung/Bundestag	19.3	25.0	44.3	11.4	88
Landesregierungen	26.1	21.7	42.0	10.1	69
Parteien	23.7	22.0	45.8	8.5	59
Politische Beamte Bund	29.9	38.8	28.4	3.0	67
Nicht-politische Beamte Bund	36.0	32.4	29.7	1.8	111
Politische Beamte Land	34.1	34.1	27.3	4.5	44
Nicht-politische Beamte Land	33.0	35.1	28.2	3.7	188
<hr/>					
Massenmedien	30.9	23.4	38.9	6.9	175
Herausgeber/Verleger	32.3	35.5	29.0	3.2	31
<hr/>					
Industrieunternehmen	32.7	28.7	34.7	4.0	150
Banken/Versicherungen	34.4	26.6	35.9	3.1	64
Wirtschaftsverbände	48.9	25.6	23.3	2.2	90
Gewerblicher Mittelstand	-	62.5	31.3	6.3	16
Landwirtschaft	14.0	20.9	60.5	4.7	43
Gewerkschaften	3.7	11.1	68.5	16.7	54
Wissenschaft	46.2	33.3	20.5	-	39
Militär	48.6	28.6	20.0	2.9	35

a) Die Einteilung basiert auf der Kleinung-Moore-Skala (KzfSS 12 (1960) S. 86 ff. und 20 (1968) S. 502 ff.); diese wurde modifiziert durch die Variable Ausbildungsniveau des Vaters. b) Prozentulierung auf der Basis der zuordnenbaren Nennungen. Der Anteil der zuordnenbaren Angaben liegt bei durchschnittlich 85 %.

der Mitglieder der Führungsschicht geschrumpft; das wird verstärkt durch die Tatsache, daß die einzelnen Teileliten in ihrer Rekrutierung relativ heterogen sind. Allerdings bleibt der Zugang zu Führungspositionen für Unterschichtangehörige weitgehend beschränkt auf die Gewerkschaften und die SPD.

Dies ist nur zum Teil auf diskriminierende Selektionsmechanismen zurückzuführen; als wesentliche Aufstiegshemmnisse sind bestimmte soziale Verhaltens-tendenzen in den unteren Schichten, wie z. B. eine mit "Apathie und Unsicherheit einhergehende gesellschaftliche Distanzierung" oder der "Mangel an öffentlichen Kontakten" bei relativ starker Bindung an kleine Primärgruppen¹⁾, anzusehen. Typisch für diese Verhaltensdispositionen ist die Interdependenz zwischen sozialer Herkunft und Bildungsqualifikation²⁾: Mitglieder der oberen Schichten ermöglichen ihren Kindern in der Regel eine qualifiziertere Ausbildung.³⁾

Selbst wenn man als richtig unterstellt, daß in modernen Industriegesellschaften erworbene Bildungsqualifikation die Schichtzugehörigkeit als Auslesekriterium substituiert hat, so muß man doch angesichts dieser Tatsache die Vorstellung von einer "Leistungselite" in der Weise modifizieren, daß nur "für durch das Elternhaus vergleichbar privilegierte Individuen... Leistung einziges Kriterium für den weiteren sozialen Aufstieg in die Spitzenposition sein (kann)."⁴⁾

1) Friedhelm NEIDHARDT, Schichtspezifische Elterneinflüsse im Sozialisationsprozeß, in: Gerhard Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart: Enke 1968, S. 176. Vgl. auch Karl M. BOLTE, Dieter KAPPE, Friedhelm NEIDHARDT, Soziale Schichtung, Opladen: Leske 1966, S. 84 ff.

2) Der Zusammenhang ist auch für die hier beschriebene Führungsschicht signifikant.

3) Vgl. PORTER, op. cit., S. 165 ff.; Reinhard BENDIX, Seymour M. LIPSET, Theodore F. MALM, Social Origins and Occupational Career Patterns, Industrial and Labor Relations Review 1954, S. 255 ff.; Bruce K. ECKLAND, Academic Ability, Higher Education, and Occupational Mobility, ASR 1965, S. 736, 741 ff.; Hansgert PEISERT, Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München: Piper 1967, S. 66 ff.

4) Heinz SAHNER, op. cit., S. 108.

Generell steigen in hochindustrialisierten Gesellschaften die Ansprüche an die formale Bildung. Immer mehr hochspezialisierte Berufe erfordern Fähigkeiten und Kenntnisse, die nur auf dem Weg einer langen Ausbildung und eines langen Trainings erworben werden können. Außerdem steigt der Bedarf an Personen, die flexibel genug sind, um mit und in den ständig komplizierter werdenden Bürokratien, die charakteristisch für hochentwickelte und differenzierte Gesellschaften sind, zu arbeiten.¹⁾

Schule und Hochschule werden so zu Selektionsmechanismen für die Zuweisung von Führungsaufgaben. Die Frage, ob sie in der Praxis diese Funktion adäquat erfüllen, ist dabei solange zweitrangig, als den Rekrutierungsvorgängen die Vermutung zugrunde liegt, daß die Bildungsinstitutionen diese Selektionsfunktion wahrnehmen²⁾, und die Führungsgruppen selber die qualifizierte Ausbildung als wichtigste Bedingung des Erfolges ansehen³⁾.

Konsequenterweise ist heute eine formal hohe Ausbildung Voraussetzung für den Zugang zu Führungspositionen⁴⁾. Da dies gleichermaßen für alle Funktionsbereiche gilt, war hinsichtlich der Ausbildung kein allzu großer Unterschied zwischen den einzelnen Teileliten zu erwarten, wie Tabelle 2 bestätigt.

Das Bildungsniveau ist insgesamt sehr hoch: Rund zwei Drittel der Mitglieder der Führungsschicht können ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen, während es von der Bevölkerung nur knapp 3 % sind. Das bedeutet, daß der größte Teil des Führungspersonals ähnliche Bildungsinstitutionen durchlaufen hat und dort gleiche oder ähnliche Normen internalisiert hat. Dieser Prozeß hat Einfluß auf die individuelle Kommunikationsmuster: Solange ein formal hohes Bildungsniveau als Selektionsmechanismus allgemein anerkannt ist, wird dieser Maßstab auch an die Partner bzw. Gegner in politischen Interaktionsprozessen gelegt werden. Ein gleichmäßig hohes Bildungsniveau über die Funktionsgruppen hinweg, kann so - unabhängig von der Studienrichtung - herkunftsbedingte Kommunikationsbarrieren abbauen.

1) HIGLEY/FIELD/GRØHOLT, op. cit., S. 184.

2) Vgl. ECKLAND, op. cit., S. 745.

3) Vgl. PROSS/BOETTICHER, op. cit., S. 68; WILDENMANN, op. cit., S. 27.

4) Vgl. KELLER, op. cit., S. 210 f.; SAHNER, op. cit., S. 100, 107; ZÄPF, op. cit., S. 176.

Tabelle 2: Ausbildungsniveau (Anteile in %)

	Hochschul- abschluß	Abitur	Volks- und Mittelschule
Bundesregierung/Bundestag	55.6	17.2	27.3
Landesregierungen	70.6	11.0	18.3
Parteien	52.2	22.4	25.3
Politische Beamte Bund	96.2	2.6	1.3
Nicht-politische Beamte Bund	97.1	2.2	0.7
Politische Beamte Land	94.3	1.9	3.8
Nicht-politische Beamte Land	98.1	1.0	1.0

Massenmedien	32.6	55.7	11.8
Herausgeber/Verleger	65.8	23.7	10.6
Industrieunternehmen	73.4	17.3	9.2
Banken/Versicherungen	75.7	12.2	12.2
Wirtschaftsverbände	82.2	9.9	8.0
Gewerblicher Mittelstand	80.0	5.0	15.0
Landwirtschaft	64.2	9.4	26.4
Gewerkschaften	23.7	8.5	77.8
Wissenschaft	95.6	2.2	2.2
Militär	22.5	75.0	2.5

Charakteristisch war dieser hohe Ausbildungsstandard immer schon für die Spitzenpositionen in der Verwaltung aufgrund der gesetzlich geregelten formalen Eintrittsanforderungen¹⁾; selbstverständlich ist er für die Vertreter der Funktionsgruppe Wissenschaft - fast ausschließlich Professoren -. Diese Gruppen sind dementsprechend homogen. Darüber hinaus werden auch in den Funktionsgruppen des Wirtschaftsbereiches die bisher den Unternehmer charakterisierenden Kriterien wie Initiative, Risikobereitschaft, unter-

¹⁾Siehe § 13 Ziff. 3 Beamtenrechtsrahmengesetz; § 19 Bundesbeamtengesetz; § 28 Bundeslaufbahnverordnung.
Vgl. auch die Ausführungen bei H. G. STEINKEMPER, op. cit., S. 77 ff.

nehmerische Fähigkeit durch wissenschaftliche Schulung überlagert.¹⁾ Von der hohen Ausbildungsnorm weichen vor allem drei Gruppen auffallend ab: die Gewerkschaften, die Journalisten und das Militär. Bei den letzten beiden Gruppen ist dies wohl auf den Mangel an berufsspezifischen Studienabschlüssen zurückzuführen, wie sich auch aus dem großen Anteil der Hochschulabgänger ohne Abschluß (Journalisten: 56.3 %, Militär: 60.9 %, durchschnittlicher Anteil in der Führungsschicht: 17.9 %) ablesen läßt. Bei den Gewerkschaften dagegen macht sich sowohl ein schichtspezifischer Einfluß bemerkbar als auch der Zusammenhang zwischen (früher) ausgeübtem Beruf und Bildungsniveau.

Aber auch bei diesen drei Gruppen ist in den letzten Jahrzehnten ein Anstieg des Bildungsniveaus festzustellen²⁾. Das gilt auch für Politiker, deren Ausbildungsniveau etwas unter dem Durchschnitt liegt. Eine Aufgliederung nach Parteien spiegelt die für die soziale Herkunft gefundenen Ergebnisse wider: Gegenüber 73.5 % Hochschulabsolventen bei CDU/CSU und 57.5 % bei der FDP haben von den SPD-Politikern nur 46.2 % einen entsprechenden Abschluß; 24.2 % Volksschülern in der SPD stehen nur 9.8 % in der CDU/CSU und 2.5 % in der FDP gegenüber.

Gerade bei der politischen Elite ist dies weiteren nachweisbar, daß sich die Bedeutung des Studiums mit steigendem Rang der Position erhöht, wobei in der Regel Ämter auf Bundesebene höher bewertet werden als entsprechende Positionen auf Landesebene.³⁾ Diese Differenzierung wird an anderer Stelle für die Wirtschaft⁴⁾ anhand der Zahl der Hochschulabsolventen und für die Verwaltung⁵⁾ anhand des Anteils der Promovierten und Habilitierten bestätigt.

1) Vgl. auch KRUK, op. cit., S. 73.

2) Vgl. ZAPF, op. cit., S. 178.

3) Von den Spitzenpositionsinhabern im Bundestag haben 63.6 % ein abgeschlossenes Hochschulstudium, von den nachfolgenden Positionsinhabern 55.6 %. Hochschulabsolventen in Parteien: Bundesebene: 70 %; Spitzenpositionen auf Landesebene: 54.5 %; andere Positionen im Land: 37.5 %.

4) Siehe KRUK, op. cit., S. 75; PROSS/BOETTICHER, op. cit. S. 61 ff.

5) Siehe B. STEINKEMPER, op. cit., S. 119, Tabelle 3a.

Im Gegensatz zum Ausbildungsniveau ist der Einfluß der Schichtzugehörigkeit auf die Wahl des Studienfaches von untergeordneter Bedeutung. Zwar lassen sich einige Schwerpunkte aufzeigen - der Anteil der Oberschichtangehörigen ist unter den Medizinern überproportional hoch; die Zahl der Juristen steigt in den höheren Herkunftsschichten, während umgekehrt die der Wirtschaft- und Sozialwissenschaftler eher aus den unteren Schichten kommen; Mittlere und Untere Mittelschicht haben einen zusätzlichen Schwerpunkt im Bereich der Naturwissenschaften und der technischen Fächer -, doch sind diese Zusammenhänge relativ schwach. Eher noch scheint die Studienrichtung von einer mehr oder weniger deutlichen Vorstellung vom angestrebten Beruf bzw. Berufsbereich beeinflußt zu werden. Allerdings würde es zu weit führen, die Studienrichtung als einen gezielten berufsspezifischen Bildungsschritt zu sehen. Dafür spricht auch der Anteil der Juristen, der fast die Hälfte der Befragten, die eine Hochschule besuchten, umfaßt. Das juristische Studium zeichnet sich nämlich gerade dadurch aus, daß es relativ vielfältig einsetzbare Qualifikationen, jedoch - außer für Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte - keine berufsspezifischen Kenntnisse vermittelt.

Der Anteil der Juristen erscheint aber auf der anderen Seite nicht hoch genug, um Dahrendorfs sogenannte "Juristenthese" zu stützen: daß nämlich der Jurist als "Experte für das Allgemeine" gerade wegen seiner fehlenden fachspezifischen Qualifikation über allgemeine Führungsqualitäten verfügt und deshalb für die Übernahme einer Spitzenposition prädestiniert ist.¹⁾ Die Juristen konzentrieren sich zudem in den Verwaltungsspitzen²⁾, wo das Juristenmonopol Tradition hat, in den politischen Teileliten³⁾ sowie in den Verbänden, deren Führungspositionen eher rechtlich-gesetzgeberische und allgemein-organisatorische denn fachspezifische Qualifikationen erfordern.

Bei den übrigen Funktionsgruppen stehen die spezifischen Ausbildungsrich-

1) DAHRENDORF, Gesellschaft und Demokratie, op. cit., S. 262 ff.
Vgl. auch die Widerlegung dieser These bei SAHNER, op. cit., S. 104, 154 ff.;
PIPPKE, op. cit., S. 75 ff., 135 f.

2) Vgl. PIPPKE, op. cit., S. 135 ff.; H. G. STEINKEMPER, op. cit., S. 104 f.

3) Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Politiker zu einem erheblichen Anteil aus der Verwaltung rekrutieren. Vgl. dazu Tabelle 8.

Tabelle 3: Studienrichtungen (alle Hochschulbesucher, unabhängig vom Abschluß)

	Jura	Wirtschafts- u. Sozialwissensch.	Philosoph. Fakultät	Naturwissenschaften/Technik	Sonstige Studienrichtungen
Bundesregierung/Bundestag	48.4	20.3	12.5	7.8	10.9
Landesregierungen	55.6	15.9	14.3	4.8	9.6
Parteien	59.0	10.3	17.9	12.8	-
Politische Beamte Bund	66.7	21.3	4.0	4.0	4.0
Nicht-politische Beamte Bund	66.4	17.6	3.8	9.2	3.1
Politische Beamte Land	73.5	4.1	8.2	2.0	12.2
Nicht-politische Beamte Land	76.6	6.5	3.0	8.0	6.0
Massenmedien	12.0	18.1	54.8	5.4	9.6
Herausgeber/Verleger	22.6	41.9	29.0	3.2	3.2
Industrieunternehmen	27.1	35.7	2.3	32.5	2.3
Banken/Versicherungen	56.6	28.3	-	13.2	1.9
Wirtschaftsverbände	48.8	33.7	2.3	10.4	4.7
Gewerblicher Mittelstand	50.0	27.8	5.6	16.7	-
Landwirtschaft	18.9	37.8	-	-	43.2 ^{a)}
Gewerkschaften	23.5	23.5	35.3	5.9	11.8
Wissenschaft	15.9	4.5	15.9	36.4	27.3
Militär	30.4	17.4	8.7	21.7	21.7

a) 40.5 % Land- und Forstwissenschaften

tungen stärker im Vordergrund: bei den Unternehmen z. B. überwiegt der Anteil an Wirtschaftswissenschaftlern und Naturwissenschaftlern/Technikern, bei den Landwirtschaftsorganisationen der der Land- und Forstwissenschaftler, während von den Journalisten über die Hälfte an der Philosophischen Fakultät studierte. Allerdings kann man auch bei diesen Gruppen nur begrenzt von einer berufs- bzw. fachspezifischen Ausbildung sprechen, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß z. B. Fächer wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften heute einen Abstraktheitsgrad erreicht haben, der dem des Jurastudiums nahekommt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die westdeutsche Führungsschicht zumindest im Hinblick auf Herkunft und Ausbildung nicht das Bild einer homogenen Elite reflektiert. Zwar lassen die gewählten Indikatoren einige Schwerpunkte in den Teileliten erkennen, doch sind im allgemeinen die Funktionsgruppen zu heterogen, als daß man von einer spezifischen und autonomen sozialen Rekrutierung sprechen könnte. Der social background der Spitzenpositionsinhaber ist somit gegenüber der Interaktion der Führungsgruppen relativ indifferent, d. h. er verstärkt kaum die aufgrund der Arbeitsteilung vorhandenen Kommunikationsbarrieren, er trägt allerdings eben wegen der mangelnden sozialen Homogenität auch nicht zum Abbau bestehender Hindernisse bei.

Traditionell gehört zur Analyse des sozialen Backgrounds von Führungsgruppen auch deren religiöse Bindungen, die durch die ihnen inhärenten Normen in Fragen, die das Wertesystem der Gesellschaft betreffen, Konfliktpotential beinhalten können. Religiöse Werte dienen dann als Beurteilungsmaßstab für eigenes und fremdes Verhalten und sind ein Mittel sozialer Kontrolle.

Die konfessionelle Spaltung war lange Zeit ein Charakteristikum der Sozialstruktur in Deutschland und hat zu sozialen und politischen Spannungen geführt.¹⁾ Diese Situation spiegelte sich in einer Unterrepräsentation der Katholiken in der politischen, administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Führung des Landes seit dem Kaiserreich wider²⁾, die auch heute

¹⁾Vgl. LEPSIUS, Sozialstruktur und Soziale Schichtung, op. cit., S. 263 f.

²⁾Vgl. dazu LEPSIUS, Sozialstruktur und Soziale Schichtung, op. cit., S. 264; ZAPF, op. cit., S. 173 ff.; PEISERT, op. cit., S. 81 ff.

Tabelle 4: Religionszugehörigkeit^{a)}

	Protestanten	Katholiken	Keine Konfessions- zugehörigkeit
Bundesregierung/Bundestag	49.0	41.0	9.0
Landesregierungen	52.4	26.8	18.3
Parteien	57.4	22.1	20.6
Politische Beamte Bund	56.4	39.7	3.8
Nicht-politische Beamte Bund	57.2	34.1	8.7
Politische Beamte Land	73.6	17.0	9.4
Nicht-politische Beamte Land	65.9	29.3	4.3
Massenmedien	47.8	30.4	21.4
Herausgeber/Verleger	47.4	34.2	18.4
Industrieunternehmen	57.2	26.0	16.2
Banken/Versicherungen	50.0	29.7	18.9
Wirtschaftsverbände	76.2	16.8	5.9
Gewerblicher Mittelstand	65.0	25.0	10.0
Landwirtschaft	66.0	32.1	1.9
Gewerkschaften	40.3	32.3	27.4
Wissenschaft	67.4	19.6	13.0
Militär	68.3	24.4	4.9

a) Andere Glaubensgemeinschaften wurden nur von 9 Befragten (0.6%) angegeben.

noch - mit gewissen Einschränkungen - fortbesteht. Von der gesamten Führungsschicht gehören 56,0 % der protestantischen Kirche (Bevölkerung: 49,0 %) und 28,5 % der katholischen Kirche (Bevölkerung: 44,6 %) an.

Es fällt jedoch schwer, dieses Phänomen letztlich nur auf die calvinistische Leistungsethik zurückzuführen, wie dies Max Webers These von der "Protestantischen Ethik" unterstellt.¹⁾ Regionale und soziale Ursachen sind mindestens ebenso von Bedeutung, wie z. B. die Überrepräsentation katholischer Bevölkerungsteile in agrarisch-strukturierten Gebieten, was gleichbedeutend mit geringeren Bildungschancen und damit geringerer Aufstiegsmobilität ist.²⁾

Ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken findet sich nur im Deutschen Bundestag (47,3 % : 44,0 %), was in erster Linie auf die Überrepräsentation der Katholiken in der CDU/CSU (56,1 %) zurückzuführen ist. In der Bundesverwaltung - und zwar sowohl unter den politischen wie auch unter den nicht-politischen Beamten - gewannen die Katholiken an Boden, was sicher zum Teil auch auf frühere CDU/CSU-Regierungen und deren Proporzdenken bei der Stellenbesetzung zurückgeht; bei der Gruppe der Gewerkschaften kommen die besonderen Organisationen katholischer Arbeitnehmer zum Tragen.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist jedoch zu berücksichtigen, daß es heute in der Bevölkerung kaum noch religiöse cleavages gibt, die auf die Führungsschicht übertragen werden könnten. Zum anderen hat die Kirche als wertsetzende Institution an Bedeutung verloren.

Dafür spricht die Tatsache, daß auf Bundesebene eine Regierung gewählt wurde, die nicht als Vertreterin religiöser Interessen angesehen wird.³⁾

Die wachsende Zahl der Konfessionslosen unter den Spitzenpositionsinhabern, die mit ungefähr 13 % doppelt so hoch wie in der Bevölkerung (ca. 6 %) ist, unterstützt ebenfalls diese Aussage.

¹⁾ Vgl. Otis D. DUNCAN, David L. FEATHERMAN, Psychological and Cultural Factors in the Process of Occupational Achievement, Social Science Research 1972, S. 141; SAHNER, op. cit., S. 89 ff.

²⁾ Vgl. dazu PEISERT, op. cit., S. 81 ff.

³⁾ Vgl. die Daten bei Werner KALTEFLEITER, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln: Heymanns 1973, S. 95.

Hinzu kommt, daß Konfessionszugehörigkeit allein noch keine Informationen darüber vermittelt, ob und wie sehr der einzelne das damit unterstellte religiöse Wertesystem internalisiert hat, d. h. es zum Maßstab für eigenes und fremdes Verhalten macht. Dazu muß der gesamte religiöse Kontext analysiert werden.¹⁾ Zu diesem Zweck wurden die Variablen Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (ja-nein), Kirchgangshäufigkeit und Ausmaß religiöser Erziehung zu einem Index religiöser Bindungen zusammengefaßt.²⁾ Die Daten verdeutlichen, daß die religiösen Bindungen der Funktionsgruppen durchweg nicht allzu stark sind. Lediglich das Militär, die Landwirtschaftsorganisationen und die Bundestagsabgeordneten verfügen über ein beachtenswertes religiöses Potential. Das geringste Ausmaß religiöser Bindungen findet sich in den Teileliten, in denen der Anteil an Konfessionslosen am höchsten ist. Das sind Gewerkschafter und SPD-Politiker, aber auch die Funktionsgruppen des Medienbereiches.

Der hohe Anteil an Personen mit schwachen religiösen Bindungen in jeder Gruppe, die ähnliche Verteilung in allen Gruppen sowie deren große Heterogenität bestätigen die bereits geäußerte Vermutung: Selbst wenn durch die religiösen Bindungen eine grundsätzliche konservative oder progressiv-"linke" Grundhaltung begünstigt wird³⁾ sind die beobachteten Unterschiede für sich allein gesehen nicht stark genug, um funktionsgefährdende Konflikte hervorzurufen oder die Interaktion zwischen den Funktionsgruppen ernsthaft zu verhindern.

Ähnlich wie die Vermittlung religiöser Werte wird auch die Aufgeschlossenheit für politische Fragen bereits zum größten Teil im Familienverband vor-

1) Vgl. SCHLETH, op. cit., S. 111; SAHNER, op. cit., S. 139.

2) Der Zusammenhang zwischen diesen drei Variablen ist statistisch signifikant.

3) Vgl. z. B. SCHLETH, op. cit., S. 113.

Tabelle 5: Religiöse Bindungen

	Starke religiöse Bindungen	Mittlere religiöse Bindungen	Schwache/keine religiöse Bindungen
Bundesregierung/Bundestag	44.0	32.0	24.0
Landesregierungen	41.3	35.0	23.8
Parteien	25.0	44.1	30.9
Politische Beamte Bund	30.8	52.6	16.6
Nicht-politische Beamte Bund	37.2	41.6	21.1
Politische Beamte Land	28.3	51.0	20.8
Nicht-politische Beamte Land	34.6	50.0	15.4
<hr/>			
Massenmedien	17.0	50.0	33.0
Herausgeber/Verleger	18.4	39.5	42.1
Industrieunternehmen	22.5	56.1	21.4
Banken/Versicherungen	25.7	47.3	27.0
Wirtschaftsverbände	24.8	59.4	15.8
Gewerblicher Mittelstand	30.0	50.0	20.0
Landwirtschaft	50.9	32.1	17.0
Gewerkschaften	21.3	37.7	41.0
Wissenschaft	26.7	44.4	28.9
Militär	46.3	43.9	9.8

bereitet.¹⁾ Dabei interessiert im Zusammenhang mit der Rekrutierung nicht die Vermittlung problembezogener handlungsrelevanter Einstellungen - diese werden in der Regel durch Sekundärgruppen (Partei, Berufsgruppe etc.) vermittelt und gefiltert - sondern die Frage, ob und inwieweit die Hinwendung zum öffentlich-politischen Raum der jetzigen Spitzenpositionsinhaber gewissermaßen durch das Elternhaus vorprogrammiert wurde und ob Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Um diesen Aspekt der politischen Sozialisation zu messen, wurden Antworten auf die Fragen nach politischen Gesprächen im Elternhaus (ja/nein) und nach der politischen Bindung der Eltern (ja/nein) als Ausdruck des im Elternhaus vorherrschenden politischen Engagements zu einem Index kombiniert: (Siehe Tabelle 6, S. 37).

Die überdurchschnittlich häufige Herkunft aus stark politisch engagierten Elternhäusern bestätigt die These, daß die Intensität früher politischer Sozialisation die Bereitschaft zur Artikulation in der Öffentlichkeit bzw. zum Einschlagen öffentlicher Karrieren fördert.²⁾

Das Engagement des Elternhauses fördert darüber hinaus die Bereitschaft zum Eintritt in eine Partei; über 60 % der Parteimitglieder kommen aus stark politisch engagierten Familien.

Der Faktor politische Sozialisation macht jedoch auch erneut deutlich, daß trotz der Unterschiede zwischen einzelnen Teileliten im Hinblick auf ihre soziale Rekrutierung, die im Vorangegangenen aufgezeigt wurden, im großen und ganzen keine sektorspezifische bzw. sektorhomogene Rekrutierung vorliegt. Andererseits kann angesichts der bestehenden vielfältigen Divergenzen nicht von einer insgesamt homogenen Führungsschicht gesprochen werden.

Bevor jedoch aus diesen Daten weitere Rückschlüsse im Hinblick auf das Kommunikationsverhalten der Eliten gezogen werden, sollte die Frage

1) Vgl. Herbert H. HYMAN, Political Socialization, New York: The Free Press 1959, S. 51 ff.; Gerhard WURZBACHER, Hilde KIPP, Das Verhältnis von Familie und öffentlichem Raum unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, in: Gerhard Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart: Enke 1968, S. 41 ff.; EDINGER, Politics in Germany, op. cit., S. 123 ff.; KALTEFLEITER, The Recruitment Market... op. cit., S. 248.

2) Vgl. EDINGER, Politics in Germany, op. cit., S. 127 f.; WURZBACHER/KIPP, op. cit., S. 44; MILBRATH, Political Participation, op. cit., S. 45.

Tabelle 6: Politisches Engagement im Elternhaus

	Starkes politisches Engagement	mittleres politisches Engagement	geringes/kein politisches Engagement
Bundesregierung/Bundestag	74.0	18.0	8.0
Landesregierungen	63.0	19.8	17.3
Parteien	54.4	26.5	19.1
Politische Beamte Bund	57.1	28.6	14.3
Nicht-politische Beamte Bund	45.5	37.1	17.4
Politische Beamte Land	60.8	27.4	11.8
Nicht-politische Beamte Land	53.4	26.9	19.6
<hr/>			
Massenmedien	48.8	36.7	14.4
Herausgeber/Verleger	69.7	24.3	6.1
Industrieunternehmen	46.1	31.5	22.4
Banken/Versicherungen	51.4	25.0	23.6
Wirtschaftsverbände	54.2	30.3	15.6
Gewerblicher Mittelstand	36.8	36.8	26.3
Landwirtschaft	50.0	32.7	17.3
Gewerkschaften	66.1	19.4	14.5
Wissenschaft	46.7	28.9	24.4
Militär	46.2	35.9	17.9

untersucht werden, ob sich im Verlauf der beruflichen Rekrutierung und Sozialisierung Änderungen bzw. Verstärkungen der dargestellten Beziehungen zwischen den Funktionsgruppen ergeben.

2. Die berufliche Rekrutierung

Die folgenden Überlegungen basieren auf der Annahme, daß das Verhaltenspotential des Individuums im wesentlichen durch die Internalisierung der mit dem Beruf verbundenen Normen bzw. Rollenerwartungen bestimmt wird, eine These, die durch neuere empirische Untersuchungen über Führungsgruppen untermauert wird.¹⁾ Dominierender Faktor dieser beruflichen Erfahrungen ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Funktionsgruppe. Die Intensität dieses Sozialisationsprozesses hängt dabei entscheidend von der Dauer dieses Prozesses und der Ausschließlichkeit der dabei gemachten Erfahrungen ab.

Für die einzelnen Funktionsgruppen bedeutet dies, daß ihr Verhaltenspotential abhängig ist vom Grad der Professionalisierung, d. h. dem Maß, in dem die Karrieren ihrer Mitglieder bzw. Führungskräfte ausschließlich bereichsintern verlaufen. Je spezifischer die Karrieren und je autonomer die Rekrutierung der Funktionsbereiche ist, desto isolierter werden diese sein, desto schwieriger wird die Kommunikation zwischen ihnen, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit inter-elitärer Konflikte.²⁾ Ob sich dieses Problem in der westdeutschen Führungsschicht stellt und wenn ja, in welchem Ausmaß, wird im folgenden anhand der Indikatoren bereichsinterne Anfangsposition, ausschließlich bereichsinterne Karriere, Häufigkeit des Bereichswechsels und Elitenzirkulation untersucht (vgl. Tabelle 7, S. 39).

Zwar beginnt der eigentliche Prozeß der beruflichen Sozialisation erst mit dem Eintritt in die erste Berufsposition. Zum Teil werden jedoch bereits durch die Wahl einer bestimmten Ausbildungs- bzw. Studienrichtung die Weichen für den Beginn in einem bestimmten Berufsbereich gestellt (antizipatorische Sozialisation); auf diesen Zusammenhang wurde bereits weiter oben bei der Analyse der Studienrichtungen (vgl. Tabelle 3) hingewiesen.

1) Vgl. BARTON, op. cit., S. 229; SCHLETH, op. cit., S. 112; Donald D. SEARING, *The Comparative Study of Elite Socialization, Comparative Political Studies* 1968/69, S. 474 ff.

2) Vgl. KELLER, op. cit., S. 142 ff., 211 ff.; ENKE, op. cit., S. 136 ff.; EISENSTADT, op. cit., S. 215.

Tabelle 7: Faktoren beruflicher Sozialisation (in %)

	Bereichsinterne Anfangsposition	Ausschließlich bereichsinterne Karriere	Tätigkeit in mehr als 2 Sektoren	Spitzenposition in anderen Sektoren
Bundesregierung/Bundestag	14.0	5.1	44.9	8.0
Landesregierungen	6.4	4.9	62.2	24.4
Parteien	21.0	9.0	43.3	8.8
Politische Beamte Bund	49.4	32.1	25.6	10.3
Nicht-politische Beamte Bund	42.3	29.7	23.2	2.2
Politische Beamte Land	43.4	18.9	41.5	18.9
Nicht-politische Beamte Land	51.5	34.9	16.3	3.3
<hr/>				
Massenmedien	79.1	61.9	7.1	1.8
Herausgeber/Verleger	45.7	32.4	21.6	15.8
Industrieunternehmen	67.5	60.1	10.4	1.2
Banken/Versicherungen	61.5	54.1	19.0	6.8
Wirtschaftsverbände	24.5	42.6	22.8	27.7
Gewerblicher Mittelstand	50.0	50.0	15.0	15.0
Landwirtschaft	28.6	32.1	13.2	9.4
Gewerkschaften	15.8	4.8	40.3	1.6
Wissenschaft	67.4	39.1	17.4	2.2
Militär	85.4	2.4	21.9	-

Dabei erweist sich der Zusammenhang zwischen Studienrichtung und Berufsanfangsposition stärker als der zwischen Studienrichtung und Sektorzugehörigkeit. Dies deutet bereits darauf hin, daß die Entscheidung für eine bestimmte Anfangsposition nicht gleichbedeutend mit einer dauerhaften Bindung an einen Sektor ist.

Bei keiner Funktionsgruppe kann man von Professionalisierung - in dem Sinne, daß alle Stationen des Berufsweges innerhalb des entsprechenden Funktionsbereiches liegen - sprechen. Betrachtet man jedoch die bereichsinternen Anfangspositionen, so scheinen diesbezüglich noch das Militär und die Journalisten die homogensten Gruppen zu sein. Überraschend gering ist angesichts der traditionellen Vorstellungen vom Laufbahnsystem und vom Laufbahnbeamten die Selbstrekrutierung der Verwaltung, obwohl Tätigkeiten auf allen Verwaltungsebenen als sektorinterner Beginn zugelassen wurden.¹⁾ Allerdings haben weitere 11 % der politischen bzw. 23 % der nicht-politischen Beamten ihre Karriere als Justizbeamter begonnen, also in einem der Verwaltung im Hinblick auf die Sozialisierungsinhalte nahestehenden Bereich.

Die niedrige bereichsinterne Rekrutierung der Verbände ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß zunächst eine Tätigkeit in einem Berufszweig bzw. Unternehmen aufgenommen und dann in den korrespondierenden Verband übergewechselt wird. Zählt man diese Personen hinzu, so gleicht sich der Anteil mit gut 60 % dem der Unternehmen an; dieser ist jedoch ebenfalls geringer als nach bisher vorliegenden Untersuchungen zu vermuten war.²⁾ Bei den Gewerkschaften macht sich die vergleichsweise geringe Zahl von hauptberuflichen Funktionen auf den unteren Organisationsebenen bemerkbar, die meisten Aufgaben werden nebenberuflich erledigt.³⁾ Aus diesem

¹⁾Für eine ausführliche Diskussion der Implikationen vgl.: B. STEINKEMPER, op. cit., S. 24 f.

²⁾Vgl. KRUK, op. cit., S. 130 ff.; PROSS/BOETTICHER, op. cit., S. 72 ff. Bei Banken/Versicherungen umfaßt der angegebene Prozentsatz auch die Anfangsposition in einem Wirtschaftsunternehmen; die echte bank- bzw. versicherungsinterne Rekrutierung ist also etwas niedriger anzusetzen.

³⁾Siehe dazu auch Werner KOHLER, Wie macht man in der Gewerkschaft Karriere? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1978, S. 12.

Grunde beginnen Gewerkschafter ihre Karriere normalerweise als Arbeiter oder Angestellte in der Wirtschaft (43,9 %) oder im öffentlichen Dienst (31,6 %).

Das geringste Ausmaß an Professionalisierung findet sich im politischen Bereich. Das liegt zum einen an dem Mangel an hauptberuflichen Anfangs- bzw. "Lern"-Positionen in dem politischen Subsystem. Zum anderen gilt nach wie vor, daß Qualifikationen in einem Beruf außerhalb der Politik eine wesentliche Voraussetzung zur Übernahme politischer Funktionen bzw. Mandate ist.¹⁾

Dieser aufgrund der Anfangspositionen vermittelte Eindruck relativer Heterogenität der Karriereverläufe wird durch eine Analyse des Bereichswechsels während des gesamten beruflichen Werdegangs bestätigt (vgl. Tabelle 7, S. 39). Nur gut ein Drittel aller Spitzenpositionsinhaber hat während der gesamten Karriere ausschließlich Berufspositionen in nur einem Sektor innegehabt, dagegen war rund ein Viertel von ihnen sogar in mindestens drei Sektoren tätig.

Besonders hoch ist die Zahl der Wechsler im politischen Bereich: nur 5 % aller Mitglieder der gesamten politischen Elite wurden ausschließlich bereichsintern - also aus politischen Funktionen jeglicher Art - rekrutiert, rund die Hälfte (49,8 %) weist berufliche Erfahrungen in mindestens drei Bereichen auf. Zwischen den Parteien bestehen geringfügige Unterschiede, vor allem die FDP-Mitglieder weichen durch eine höhere bereichsinterne Rekrutierung ab, während umgekehrt die Austauschrate in SPD und CSU etwas über dem Durchschnitt liegt.

Die Journalisten demonstrieren die vergleichsweise größte Homogenität, gefolgt von den wirtschaftlichen Führungsgruppen. In diesen Bereichen findet ein Austausch hauptsächlich mit nur jeweils einem anderen Sektor statt, darüber hinaus wird selten gewechselt, seltener noch als in der Verwaltungsspitze.

Die Vertreter der militärischen Elite fallen durch ihre hohe bereichs-externe Rekrutierung auf, die im Gegensatz zu dem hohen Anteil bereichs-

¹⁾ Vgl. Klaus v. BEYME, Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München: Piper 1971, S. 46 ff., 79.

interner Anfangspositionen steht, auf: nur gut 2 % können auf eine ausschließlich militärische Karriere zurückblicken, ca. 75 % dagegen waren zumindest in einem zusätzlichen Berufsbereich tätig. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich bei diesen Berufstätigkeiten vielfach um Übergangspositionen zur Überbrückung der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Aufbau der Bundeswehr handelt.

Als ein weiterer Indikator für die Homogenität/Heterogenität von Karrieren wird vielfach die Elitenzirkulation, d. h. der Austausch von Spitzenpositionsinhabern unter den verschiedenen Sektoren, angesehen (vgl. Tabelle 7).¹⁾ Zwar hatten rund ein Drittel der Mitglieder der Führungsschicht bereits vor ihrer jetzigen eine andere Spitzenposition inne, doch nur 8 % hatten eine solche in einer anderen Funktionsgruppe. Man kann also kaum von einem Austausch von Führungskräften sprechen.

Eine Ausnahme bilden die Mitglieder der Landesregierungen, die zu einem erheblichen Teil aus der Verwaltungsspitze, also einem Nachbarbereich, rekrutiert werden. Demgegenüber vollzieht sich die Übernahme von Mandaten im Bundestag fast ausschließlich im vorelitären Karriereverlauf. Aufgrund der mit einem politischen Mandat verbundenen Risiken sind potentielle Führungskräfte auf einer bestimmten Karrieresprosse für die Politik in der Regel verloren.²⁾ Darüber hinaus hat das Parlament für Spitzenkräfte vor allem aus dem Unternehmensbereich seit Beginn seines Bestehens sukzessive an Attraktivität verloren, zumal heute andere und effektivere Wege der Interessenartikulation offenstehen.³⁾

Auch die Führungskräfte der Wirtschaftsverbände weisen eine über dem Durchschnitt liegende Zirkulation auf. Der überwiegende Teil dieser vorherigen Spitzenpositionen entfällt jedoch auf den Unternehmensbereich, auch hier also der Austausch nur zwischen benachbarten Funktionsbereichen.

¹⁾ Vgl. dazu MILLS, op. cit., S. 287; ENKE, op. cit., S. 140 ff.; PORTER, op. cit., S. 531.

²⁾ Vgl. BEYME, op. cit., S. 52 ff.

³⁾ Vgl. die Ausführungen bei NEUMANN, op. cit., S. 85.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß zwar während der Phase des beruflichen Aufstiegs Erfahrungen in unterschiedlichen Sektoren gesammelt werden, wobei das Ausmaß des Austausches zwischen den Funktionsgruppen erheblich differiert, daß jedoch nach Erreichen einer Spitzenposition praktisch kein Wechsel mehr stattfindet, allenfalls noch zwischen benachbarten Funktionsbereichen.

Ergänzt man diese vorwiegend formale Betrachtung der Karrierestrukturen durch eine bereichsspezifische Aufgliederung der während des Berufsweges durchlaufenen Sektoren (Tabelle 8, S. 44), so lassen sich Affinitäten zwischen bestimmten Funktionsbereichen aufzeigen, die die bisher gefundenen Ergebnisse sozialer und beruflicher Rekrutierung relativieren können.

Zunächst ist festzustellen, daß der größte Teil jeder Gruppe, nämlich zwischen 70 % und fast 100 %, bereits vor ihrer augenblicklichen Funktion mindestens eine Position in ihrem jetzigen Sektor innehatte. Die letzte bzw. die letzten Stufen der Karriereleiter werden also in der Regel bereichsintern erkömmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht vorher erheblich divergierende Tätigkeiten ausgeübt und damit unterschiedliche Sozialisationsinhalte vermittelt wurden.

Auf breitester Basis rekrutierten sich die politischen Eliten; sie nehmen, zum Teil in beträchtlichem Umfang, Personal aus allen anderen Gruppen auf, was den bisher gewonnenen Eindruck heterogener Karrieren bestätigt. Für fast 30 % der Politiker ist die jetzige Position außerdem das erste politische Amt, sie waren vorher ausschließlich in anderen Sektoren tätig.

Bei einer Unterscheidung der politischen Führungskräfte nach Parteien lassen sich einige schwerpunktmäßige Unterschiede feststellen¹⁾: Während der Anteil der früheren Verwaltungsangehörigen in der Führung der CDU/CSU überdurchschnittlich hoch ist, weist die SPD die meisten Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen auf; in der FDP dominieren die mittelständischen Berufe. Für die Ministerialbürokratie bestätigt sich erneut, daß eine große Zahl von "Außenseitern" in führende Positionen aufstieg, eine ganze Reihe von ihnen, ohne vorher schon einmal in der Verwaltung tätig gewesen zu sein.²⁾ Dieser

1) Ausführlicher: NEUMANN, op. cit., S. 75 ff.

2) Vgl. dazu ausführlich H. G. STEINKEMPER, op. cit., S. 106 ff., 130 ff. und B. STEINKEMPER, op. cit., S. 38 ff.

Tabelle 8: Rekrutierung aus verschiedenen Bereichen a)

Politik	Verwaltung		Massen- medien		Wirtschafts- unternehmen		Banken/Ver- sicherungen		Wirtschafts- verbände		Mittelstand Freiberufl. Tätige		Landwirt- schaft		Arbeitsnehmer- organisation		Wissen- schaft		Bildungs- wesen		Justiz (ohne RA)		
	71.0 ^{b)}	16.0	21.0	14.0	2.0	4.0	16.0	10.0	8.0	11.0	8.0	11.0	8.0	14.0	18.3	13.4	18.3	8.8	11.0	8.0	14.0	18.3	13.4
Bundesregierung/Bundestag	4.0	3.6	98.2	5.8	-	0.9	1.3	0.4	4.0	7.6	5.4	1.8											
Landesregierungen	10.5	5.3	84.2	18.4	-	2.6	15.8	2.6	-	5.3	7.9	5.3											
Parteien	1.7	11.6	1.7	88.4	1.7	6.4	16.8	1.1	1.1	15.0	2.3	9.2											
Politische Beamte Bund	5.4	10.8	2.7	24.3	82.4	5.4	10.8	1.4	1.4	5.4	6.8	13.9											
Nicht-politische Beamte Bund	11.9	13.9	4.0	46.5	5.9	52.5	17.8	1.0	3.0	16.8	3.0	13.5											
Politische Beamte Land	20.0	15.0	-	20.0	-	15.0	80.0	5.0	-	5.0	-	10.0											
Nicht-politische Beamte Land	13.2	17.0	-	13.2	9.4	3.8	1.9	83.0	-	26.4	5.7	3.8											
Landwirtschaft	16.1	17.7	6.5	32.3	3.2	1.6	9.7	-	80.6	1.6	24.2	8.1											
Gewerkschaften	6.5	13.0	4.3	26.1	-	4.3	6.5	-	8.7	100.0	6.5	4.3											
Wissenschaft	7.3	36.6	19.5	39.0	-	2.4	9.8	2.4	2.4	12.2	7.3	2.4											
Militär																							

a) Andere Bereiche, wie z. B. der Sozialbereich, wurden kaum genannt, so daß sie hier vernachlässigt werden können. Eine Aufschlüsselung des Austausches mit dem militärischen Bereich konnte an dieser Stelle nicht vorgenommen werden, da den Antworten nicht zu entnehmen war, ob es sich um Kriegsdienst, Wehrdienst, oder eine Funktion als Berufssoldat handelte. Die Zahl der Antworten lag für alle Teilkategorien relativ gleichmäßig zwischen 20% und 30%.

b) Wegen Mehrfachnennungen können sich die Anteile auf mehr als 100 % addieren.

Anteil ist bei den politischen Beamten naturgemäß höher als bei den nicht-politischen; auffällig groß ist er bei den Behördenleitern der Länder: für rund ein Drittel von ihnen ist die jetzige Position die erste Verwaltungsfunktion. Der größte Teil der Beamten mit Berufstätigkeiten außerhalb der Verwaltung rekrutiert sich aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, wie Wissenschaft, Bildung, Justiz, ein nicht unerheblicher Teil jedoch auch aus dem Unternehmensbereich. Fast ein Fünftel der politischen Beamten sammelte außerdem bereits Erfahrungen in der Politik. Die Verwaltung selbst stellt neben den Unternehmen das bedeutsamste Personalreservoir für alle anderen Funktionsgruppen dar.

Den höchsten Grad an Autonomie weisen die Journalisten auf: Ihre Rekrutierung vollzieht sich fast ausschließlich bereichsintern. Sie geben auch wenig bis gar kein Personal an andere Sektoren ab.

Die Funktionsgruppen des Wirtschaftsbereiches rekrutieren sich zwar auf relativ breiter Basis, jedoch setzt der Selektionsmechanismus, wie bereits erwähnt, früh ein und führt zu vergleichsweise homogenen Karrieren; lediglich von den Unternehmen zu den Verbänden vollzieht sich auch später noch eine Personalabwanderung. Es fällt auf, daß die Wirtschaftsverbände als die eigentlich organisierte Interessenvertretung dieses Bereiches weniger Kräfte in die Bereiche Politik und Verwaltung entsenden, als die Wirtschaftsunternehmen und der Mittelstand/die freiberuflich Tätigen. Diese beiden Funktionsgruppen dienen auch als Rekrutierungsbasis für alle anderen Gruppen.

Die Rekrutierung der Gewerkschafter ist ebenfalls heterogen, allerdings mit Schwerpunkten im Industriebereich und im öffentlichen Dienst (Verwaltung, Bildungswesen). Die Abgabe von Personal ist insgesamt gering und geht vorwiegend an die politische Eliten und hier fast ausschließlich an die SPD.

Welche Bedeutung kommt nun diesen Rekrutierungsmustern im Hinblick auf die Kommunikation bzw. Kooperation zwischen den Eliten zu?

Sozusagen im Mittelpunkt der vielfältigen sich kreuzenden beruflichen Beziehungen steht der politisch-administrative Bereich. In seine Führungsmannschaft ist das Verständnis für die spezifischen Interessen und Anliegen fast aller anderen in die Untersuchung einbezogenen gesellschaftlichen Gruppen über die berufliche Sozialisation eingebracht und integriert. Herkunfts- und ausbildungsbedingte Barrieren - vor allem im politischen

Bereich - werden dadurch weitgehend abgebaut, so daß von beiden Gruppen Offenheit für Kommunikation und Kooperation zu erwarten ist; dabei deuten sich größere Affinitäten zwischen Politikern und Gewerkschaftern einerseits, und zwischen Beamten und Wirtschaftsvertretern andererseits an, auf die im folgenden noch zurückzukommen ist.

Ziemlich am Rande des Austauschprozesses - und damit wahrscheinlich auch des Interaktionsprozesses - stehen die Medienvertreter, für die jedoch aufgrund ihrer besonderen Funktion eine unabhängige und autonome Stellung angebracht erscheint, die durch eine homogene Rekrutierung zumindest begünstigt wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß weder im Hinblick auf die soziale noch auf die berufliche Rekrutierung von einer homogenen Führungsschicht gesprochen werden kann, daß aber auch das aufgrund von Spezifizierung und Arbeitsteilung mögliche und vielfach postulierte andere Extrem der autonomen, bereichsintern-homogenen Teileliten nicht den bundesrepublikanischen Gegebenheiten entspricht.

IV. Die politischen Überzeugungen der Führungsgruppen

Der Terminus "politische Überzeugungen" (political beliefs) wird hier als Sammelbegriff benutzt, unter dem eine Reihe unterschiedlicher Einschätzungen und Bewertungen spezifischer Aspekte der Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik subsumiert wird.¹⁾ Neben Einschätzungen der Machtverteilung, bei denen in erster Linie kognitive Elemente eine Rolle spielen, sollen vor allem Bewertungen dieser Machtverteilung sowie die Befürwortung bzw. Ablehnung einer Reihe politischer Ziele und Grundfragen der politischen Willensbildung analysiert werden, bei denen die evaluative bzw. affektive Komponente überwiegt.

Dabei wird zur Bildung von Untergruppen abweichend von den bisherigen Abschnitten nicht nur die Zugehörigkeit zu einem Sektor herangezogen. Zwar ist diese nach bisherigen empirischen Ergebnissen eine wichtige unabhängige Variable, die prägenden Einfluß auf die politischen Überzeugungen hat,²⁾ jedoch soll daneben vor allem eine zweite Variable, nämlich die Parteipräferenz der Befragten, untersucht werden.

Diese ist in zweifacher Hinsicht wichtig. Erstens kann man einen gewissen Zusammenhang zwischen der Sektorzugehörigkeit und der Parteipräferenz vermuten. Zweitens kommt der Parteipräferenz auch hinsichtlich konkreter politischer Überzeugungen eine wichtige Rolle zu, da in westlichen Demokratien ohne subkulturelle Segmentierung die dominanten Linien politischen Konflikts zwischen Parteien verlaufen, bzw. alle relevanten gesellschaftlichen Konfliktlagen ihren Niederschlag in Konflikten zwischen den politischen Parteien finden.³⁾

¹⁾ Das Ausmaß kognitiver, affektiver und konativer (verhaltensbezogener) Komponenten variiert dabei beträchtlich. Wegen der Ungeklärtheit dieses Verhältnisses im sozialpsychologischen Attitüdenbegriff wird hier der Begriff "politischen Überzeugungen" gebraucht. Vgl. dazu Werner MEINEFELD, Einstellung und soziales Handeln, Reinbek: Rowohlt 1977, S. 18, 25 ff.; Philip E. CONVERSE, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964.

²⁾ Hier sind v. a. zu nennen: EDINGER/SEARING, op. cit.; SCHLETH, op. cit.

³⁾ Vgl. dazu HOFFMANN-LANGE, op. cit., S. 75 ff.; LEHMBRUCH, op. cit., S. 311; Rainer M. LEPSIUS, Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen, PVS 1973, S. 304; Otwin MASSING, Politische Soziologie. Paradigmata einer kritischen Politikwissenschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974, S. 83; Herbert McCLOSKEY, Paul J. HOFFMANN, Rosemary O'HARA, Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers, APSR 1960, S. 426.

Der Vergleich zwischen den Politikern der verschiedenen Parteien einerseits und den übrigen Funktionsbereichen andererseits erlaubt die Feststellung von eher partei- und eher funktionsbereichsspezifischen Konflikten und die Beantwortung der Frage, inwieweit das bestehende Parteiensystem in der Lage ist, funktionsbereichsspezifische Konflikte in politische umzuwandeln.

1. Parteipräferenz und Parteimitgliedschaft

Die 250 befragten Politiker verteilen sich folgendermaßen auf die vier Parteien: 100 SPD-Politiker (40,0 %), 83 CDU-Politiker (33,2 %), 24 CSU-Politiker (9,6 %) und 42 FDP-Politiker (16,8 %).¹⁾ In den anderen Sektoren weisen vor allem die Vertreter von Wirtschaftsinteressen²⁾ und das Militär eine deutliche Affinität zur CDU/CSU auf, die der Gewerkschaften eine ebenso deutliche zur SPD, während Ministerialbürokratie, Massenmedien, Herausgeber und Wissenschaft ihre Präferenzen gleichmäßiger auf die Parteien verteilen. Vergleicht man die Parteipräferenzen aller Elitegruppen (ohne Politiker) insgesamt mit den Bundestagswahlergebnissen von 1969 und 1972, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Elite und Bevölkerung:

	SPD	FDP	CDU/CSU
Nicht-politische Elite 1972:	29,5 %	13,4 %	51,7 %
Bundestagswahl 1969:	42,7 %	5,8 %	46,1 %
Bundestagswahl 1972:	45,8 %	8,4 %	44,9 %

Während die Anteile für die CDU/CSU und die FDP in der Elite höherliegen, ist die SPD dort unterrepräsentiert.

Bemerkenswert hoch ist mit 39,3 % der politische Organisationsgrad der

1) Die Zahlen addieren sich nur zu 249 auf, da einer der befragten Vertreter der Landesexekutive parteilos war.

2) Als Vertreter von Wirtschaftsinteressen bzw. als Funktionsbereich Wirtschaft werden dabei die Befragten aus Industrieunternehmen, Banken/Versicherungen, Wirtschaftsverbänden, Verbänden des Gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft bezeichnet. Sie weisen in den meisten Fragen sehr ähnliche Oberzeugungen auf und werden daher in der Regel zu einer Gruppe zusammengefaßt.

Tabelle 9: Parteipräferenzen (in %)

Präferenz für:	SPD	CDU/ CSU	FDP	Keine Partei- präferenz	Partei- mitglieder
Politische Beamte Bund	46,2	24,4	21,8	7,7	53,8
Nicht-pol. Beamte Bund	34,1	37,0	15,9	13,0	34,8
Politische Beamte Land	37,7	39,6	15,1	7,5	84,9
Nicht-pol. Beamte Land	27,8	57,9	10,5	3,8	55,5
Massenmedien: Presse	41,5	38,5	16,9	3,1	20,8
Massenmedien: Rundfunk	56,4	34,1	7,4	2,1	51,1
Herausgeber/Verleger	23,7	50,0	23,7	2,6	28,9
Industrieunternehmen	8,7	75,8	11,0	4,6	19,1
Banken/Versicherungen	17,6	73,0	9,5	-	32,4
Wirtschaftsverbände	5,9	69,3	16,8	7,9	24,8
Gewerblicher Mittelstand	10,0	65,0	15,0	10,0	30,0
Landwirtschaft	7,5	73,6	17,0	1,9	41,5
Gewerkschaften	74,2	21,0	3,2	1,6	88,7
Wissenschaft	43,5	30,5	23,9	2,2	28,3
Militär	9,8	73,1	2,4	14,6	-

befragten Nicht-Politiker (Wahlbevölkerung: ca. 4 %). Dabei zeigen sich deutliche sektorspezifische Unterschiede: Der niedrigste Anteil an Parteimitgliedern findet sich im Militär, in den Unternehmen und in der Presse, der höchste in den Gewerkschaften. Die relativ große Zahl von Parteimitgliedern in der Ministerialbürokratie (insgesamt 52,6 %) und dem Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) erklärt sich vor allem daraus, daß die Besetzung von Führungspositionen in diesen Sektoren zunehmend von den Parteien dominiert wird.¹⁾

¹⁾ Die von Bärbel STEINKEMPER, (op. cit., S. 47 ff.) durchgeführte Analyse von Parteimitgliedschaft und Karrieremustern in der Verwaltungselite zeigt, daß Parteimitglieder größere Karrierechancen haben als Nichtmitglieder. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den vier verschiedenen Gruppen von Spitzenbeamten, die sich mit den unterschiedlichen Positionsdefinitionen (politische vs. nicht-politische Beamte) und den politischen Mehrheitsverhältnissen im Bund und in den einzelnen Bundesländern erklären lassen.

Betrachtet man über die Parteipräferenz hinaus das Ausmaß, in dem die Parteien von den Befragten als sympathisch eingestuft wurden, so zeigt sich eine deutliche Trennlinie zwischen den Politikern der Sozialliberalen Koalition einerseits und denen der CDU/CSU andererseits. Während jedoch die Abneigung der CDU/CSU-Politiker gegenüber SPD und FDP etwa gleich ausgeprägt ist, differenzieren die SPD- und FDP-Politiker zwischen CDU und CSU: die CSU wird von ihnen deutlich für unsympathischer gehalten. Diese Differenzierung wird auch von den CDU-Politikern gemacht.

Dasselbe Muster der Sympathie für die Parteien zeigt sich bei deren Anhängern in den übrigen Sektoren, nur daß bei diesen konsistent die Identifikation mit der eigenen Partei etwas geringer und die Abneigung gegenüber dem politischen Gegner etwas weniger ausgeprägt ist.

Tabelle 10: Stärke der Sympathie für die Parteien (Mittelwerte)^{a)}

	Eingeschätzte Partei			
	SPD	FDP	CDU	CSU
SPD-Politiker	1,9	2,8	5,7	7,0
FDP-Politiker	3,5	1,6	5,9	6,9
CDU-Politiker	5,6	6,0	2,4	3,3
CSU-Politiker	5,9	5,7	2,8	2,8
SPD-Anhänger	2,7	3,2	5,1	6,7
FDP-Anhänger	3,7	2,4	4,5	6,2
CDU-Anhänger	4,8	4,7	2,9	4,1
CSU-Anhänger	5,4	5,5	2,7	2,8

^{a)} Skala von 1 = angenehm bis 8 = unsympathisch

Die von den Politikern gegebenen Rangordnungen für die Parteien ergeben das- selbe Bild: 91,3 % der SPD-Politiker und 94,3 % der FDP-Politiker ziehen den Koalitionspartner der CDU/CSU vor. Zu entsprechend hohen Anteilen (91,8 % und 95,5 %) ziehen die Politiker der Christlichen Parteien ihre jeweilige Schwester- partei den Parteien der Sozialliberalen Koalition vor.

Interessant ist hier jedoch auch die Vergabe des dritten Rangplatzes. SPD- und

FDP-Politiker plazieren in ihrer überwältigenden Mehrheit die CDU vor der CSU, während das Verhältnis, zu dem die CDU/CSU-Politiker die SPD bzw. FDP auf den dritten Platz setzten, in etwa ausgeglichen ist. Von den CDU-Politikern zogen 56,2 % die SPD der FDP vor und 35,6 % umgekehrt. Bei den CSU-Politikern ist das Verhältnis 45,5 % zu 50,0 %.

Wieder zeigt sich ein vergleichbares Muster für die Partei-Anhänger in den übrigen Bereichen, mit einer gravierenden Ausnahme: von den FDP-Anhängern zogen zwar 60,2 % die SPD der CDU/CSU vor, eine starke Minderheit von 37,3 % gab jedoch der CDU einen besseren Rangplatz als der SPD.

Bei der präferierten Koalition zeigt sich noch deutlicher, daß es 1972 kaum Politiker gab, die eine andere Alternative als die zwischen einer Sozialliberalen Koalition einerseits und einer CDU/CSU-Alleinregierung andererseits sahen, auch wenn die Mehrheit der SPD-Politiker einer SPD-Alleinregierung den Vorzug gegeben hätte.

Tabelle 11: Koalitionspräferenzen (in %)

	SPD-Allein- regierung	SPD/FDP- Koalition	CDU/CSU-Allein- regierung	CDU/CSU und FDP	CDU/CSU und SPD	andere
SPD-Politiker	71.4	25.5	-	2.0	-	1.0
FDP-Politiker	-	97.6	-	-	-	2.4
CDU-Politiker	-	-	89.0	6.1	3.7	1.2
CSU-Politiker	-	-	91.7	4.2	4.2	-
SPD-Anhänger	45.1	41.4	1.1	0.5	8.9	3.1
FDP-Anhänger	1.1	61.7	0.6	18.3	7.4	10.9
CDU-Anhänger	0.7	1.0	33.7	31.2	25.7	7.7
CSU-Anhänger	-	-	44.8	28.4	22.4	4.4

Hier weichen die Antworten der Parteianhänger von denen der Politiker ab. Bei ihnen ist der Anteil derer, die eine Alleinregierung der SPD bzw. der CDU/CSU wünschen, deutlich geringer. Die übrigen Nennungen der SPD-Anhänger gingen fast vollständig an die Sozialliberale Koalition, die der CDU/CSU-Anhänger zu fast gleichen Teilen an eine Kleine Koalition mit der FDP und eine Große Koalition mit der SPD. Wie bei den Parteirangordnungen sprachen sich auch hier die FDP-Anhänger zu einem geringeren Prozentsatz als die FDP-Politiker für die Sozialliberale Koalition aus. Die für die Politiker gemachte Aussage, daß 1972 keine alternativen Koalitionsmöglichkeiten perzipiert wurden, gilt also nicht in gleichem Maße für die jeweiligen Parteianhänger in den übrigen Sektoren.

2. Einstellungen zu demokratischen Spielregeln

Die Elitentheorie der Demokratie geht von der Annahme aus, daß ein Mindestmaß an Konsens über demokratische Grundwerte, die sog. "rules of the game", vor allem bei den Eliten notwendige Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Ordnung ist. Empirisch zeigte sich auch immer wieder, daß dieser Konsens innerhalb der Schicht der politisch Aktiven höher ist als innerhalb der Gesamtbevölkerung.¹⁾ Diese werden daher auch als die "Carriers of the Creed"²⁾ bezeichnet.

In der folgenden Analyse wird untersucht, ob ein solcher Konsens in der westdeutschen Führungsschicht vorhanden ist und welche Werte er gegebenenfalls umschließt. In diesem Zusammenhang läßt sich auch eine andere Frage beantworten: Es wird vielfach behauptet, daß die Ablehnung demokratischer Spielregeln durch einen Großteil der deutschen Elite entscheidend zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hat, gleichzeitig wird immer wieder auf die hohe Kontinuität der Führungsgruppen in Administration und Wirtschaft hingewiesen. Es fragt sich daher, ob bzw. inwieweit nach 25jähriger Existenz der Bundesrepublik diese Aussage noch zutrifft.

Zur Beantwortung dieser Fragen werden die Beurteilungen von sieben Statements zugrundegelegt, die die Akzeptierung von Regierungskontrolle, des Wechselspiels von Regierung und Opposition, des pluralistischen Kräftespiels, allgemeiner Wahlen sowie von Kompromissen beinhalten (s. Tabelle 12, S. 53).

Von einem echten Konsens, definiert durch mehr als 80 % Zustimmung zu demokra-

¹⁾ Vgl. PROTHRO/GRIGG, op. cit., S. 248.

Zu demselben Schluß kam noch eine Reihe anderer Autoren aufgrund ihrer eigenen empirischen Ergebnisse. Vgl. dazu HOFFMANN-LANGE, op. cit., S. 57 ff.

²⁾ PROTHRO/GRIGG, op. cit., S. 239.

Tabelle 12: Demokratische Werthaltungen

	SPD-Politikler	CDU-Politikler	GSU-Politikler	FDP-Politikler	Ministerpräsident	Massenmedien ^{a)}	Verleger	Wirtschaft ^{a)}	Gewerkschaften	Wissenschaft	Militär
<p><u>Ablehnung für:</u></p> <p>In der Bundesrepublik kommt es weniger auf eine wirksame öffentliche Kontrolle der Regierung an, als vielmehr darauf, daß es überhaupt eine starke, zielbewußte und handlungsfähige Regierung gibt.</p> <p>Stabilität und Kontinuität der politischen Führung sind für die Bundesrepublik wichtiger als eine möglichst hohe Chance der Ablösung einer Regierungspartei durch die Opposition.</p> <p>Demokratie ist auf die Dauer in Deutschland nur möglich, wenn sich eine starke politische Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt.</p> <p>Das Gemeinwohl in der Bundesrepublik und die Interessen des ganzen Volkes werden grundsätzlich durch die verschiedenen Parteien und Auswärtigenbeziehungen der Interessengruppen gefährdet.</p> <p>Um sozial gerechte Lösungen zu finden, ist es nicht notwendig, Konflikte offen auszutragen.</p>	84,8	71,1	60,0	88,1	67,6	78,2	70,3	57,8	76,7	72,7	69,2
	67,0	39,2	40,0	76,2	46,7	59,9	58,3	36,4	67,7	51,1	34,2
	60,8	36,4	38,1	57,1	56,8	69,8	67,6	49,5	80,6	68,2	55,3
	70,1	41,0	42,9	61,9	53,0	62,6	52,8	50,3	85,5	68,9	51,3
	60,8	53,9	45,0	71,4	57,8	69,5	50,0	38,9	70,5	64,4	61,5
	92,8	93,5	85,7	81,0	89,6	86,5	91,9	91,1	79,0	84,1	87,2
	93,5	85,3	75,0	85,7	86,2	84,7	86,5	88,0	86,9	93,2	87,2

a) Die Gruppen in diesen Bereichen wurden zusammengefaßt, da zwischen ihnen praktisch keine Einstellungsunterschiede bestehen.

tischen Werten in allen Führungsgruppen, kann man lediglich bei zwei der sieben Statements sprechen. Diese beziehen sich auf die Kompromißbereitschaft in Auseinandersetzungen und den Einfluß der Bevölkerung auf Regierungszusammensetzung und -programm in allgemeinen Wahlen. Einen Konsens von über 60 % in allen Gruppen außer der Wirtschaft (57,8 %) erzielte noch das Statement über den Vorrang öffentlicher Kontrolle gegenüber der Handlungsfähigkeit der Regierung.

Für die übrigen Aussagen gehen die Zustimmungsraten dagegen deutlich zurück und liegen z. T. weit unter 50 %.¹⁾ Dies entspricht auch empirischen Ergebnissen aus den USA²⁾; selbst innerhalb der Führungsschicht ist der Konsens über demokratische Werte eher partiell und fragmentarisch.

Um einen Vergleich zwischen den Gruppen zu ermöglichen, wurden die mittlere Zustimmungsraten für die einzelnen Gruppen berechnet. Daraus ergibt sich folgende Rangfolge:

Gewerkschaften	78,1 %
SPD-Politiker	75,7 %
FDP-Politiker	74,5 %
Massenmedien	72,9 %
Wissenschaft	71,8 %
Herausgeber/Verleger	68,2 %
Ministerialbürokratie	65,4 %
Militär	63,4 %
CDU-Politiker	60,1 %
Wirtschaft	58,9 %
CSU-Politiker	55,2 %

Es gibt also im Bereich demokratischer Werthaltungen durchaus ziemlich ausgeprägte Differenzen innerhalb und zwischen den Führungsgruppen. Die traditionell als eher autoritär klassifizierten Gruppen Verwaltung und Wirtschaft liegen zwar im unteren Bereich, weichen jedoch nicht wesentlich vom Durchschnitt (63,6 %) ab. Die für die Weimarer Republik charakteristische Zweiteilung in die das politische System tragenden Parteien und die übrigen Führungsgruppen findet in der Bundesrepublik keine Fortsetzung. Zwar ist der Konsens für die

¹⁾ Dies mag u. a. auf die Art der Formulierungen zurückzuführen sein. Vielfach waren die Statements in Alternativen formuliert, bei denen eine Priorität zwischen zwei Werten, nämlich zwischen demokratischer Kontrolle bzw. pluralistischem Kräftespiel und der Handlungsfähigkeit der Regierung, angegeben werden sollte. Gerade dieser letzte Aspekt gewann jedoch durch die damalige politische Situation, das Patt zwischen Regierung und Opposition im Bundestag, an Wert.

²⁾ PROTHRO/GRIGG, op. cit., S. 250; McCLOSKEY, op. cit.

hier abgefragten Statements insgesamt nicht besonders hoch, die für die Legitimität und das Funktionieren einer demokratischen Ordnung grundlegenden Werte, nämlich Anerkennung des Prinzips allgemeiner Wahlen und Kompromißbereitschaft, finden jedoch eine breite Zustimmung in allen Führungsgruppen. Über die Akzeptierung demokratischer Spielregeln hinaus ist zum Funktionieren einer pluralistischen Gesellschaftsordnung auch ein Minimum an Konsens über substantielle Issues erforderlich, in erster Linie über die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung¹⁾, d. h. in der Bundesrepublik über die Soziale Marktwirtschaft. Dieses Prinzip wird von über 80 % der Befragten in allen Gruppen befürwortet. Unter diesem Aspekt ist auch die Einstellung zur europäischen Integration, die langfristig die nationalen Entscheidungsstrukturen entscheidend beeinflussen wird, zu sehen: Das Issue "Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten der Einheit Westeuropas" findet ebenfalls breite Zustimmung (mindestens 85 % in allen Gruppen).

3. Die Bewertung politischer Issues

Bei der Analyse der Meinungsverschiedenheiten über politische Zielsetzungen ist zu berücksichtigen, daß ein gewisses Maß an Nichtübereinstimmung zwischen den Gruppen nicht nur unvermeidlich, sondern sogar wünschenswert ist. Eine zu weitgehende Obereinstimmung wäre nämlich ein Hinweis darauf, daß in einer Gesellschaft zwangsläufig auftretende Konflikte von den Eliten nicht wahrgenommen werden oder ihre Manifestation unterdrückt wird.

Um politische Cleavages zwischen den Führungsgruppen festzustellen, wurde den Befragten eine Reihe mehr oder weniger aktueller politischer Issues vorgelegt. Diese wurden folgendermaßen zusammengefaßt²⁾:

a) Außenpolitik

- Stärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses.
- Völkerrechtliche Anerkennung der DDR.
- Die größte Gefahr für die westlichen Demokratien ist nach wie vor der aggressive Weltkommunismus, dem nur mit Härte begegnet werden kann.

1) Vgl. Peter BACHRACH, *Elite Consensus and Democracy*, *Journal of Politics* 1962, S. 442; LEHMBRUCH, *op. cit.*, S. 291.

2) Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse für alle Issues findet sich in: HOFFMANN-LANGE, *op. cit.*, S. 110 ff.
Bei der Interpretation werden Mittelwertsunterschiede bis 0,5 als gleiche Position, zwischen 0,5 und 1,0 als kleine (geringfügige), zwischen 1,0 und 1,5 als mittlere (deutliche), von 1,5 bis 2,0 als große und von über 2,0 als sehr große Einstellungsunterschiede qualifiziert.

b) Wirtschaftspolitik

- Erweiterung der Mitbestimmung.
- Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden.
- Erhaltung des selbständigen Mittelstandes.
- Vermögensumverteilung.

c) Gesellschaftspolitik und sozialmoralische Werte

- Liberalisierung des Strafrechts.
- Einführung der Gesamtschule.
- Vieles spricht dafür, für bestimmte Verbrechen die Todesstrafe auch in der Bundesrepublik einzuführen.
- Erziehung der Jugend zur Einfügung in die bestehende Ordnung.
- Meinungs- und Diskussionsfreiheit müssen dort ihre Grenzen haben, wo elementare moralische Überzeugungen und sittliche Grundwerte berührt werden.

Tabelle 13: Einstellungen zur Außen-, Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik^{a)}

	Außen- politik	Wirtschafts- politik	Gesellschafts- politik
SPD-Politiker	3,6	4,6	4,7
FDP-Politiker	3,6	3,5	4,8
CDU-Politiker	1,6	3,0	3,1
CSU-Politiker	1,6	2,6	2,4
CDU/CSU-Politiker zusammen	1,6	2,9	2,9
Ministerialbürokratie ^{b)}	2,8	3,5	3,7

Massenmedien	3,3	3,9	4,4
Herausgeber/Verleger	3,0	3,3	3,8
Wirtschaft ^{b)}	2,5	2,5	3,2
Gewerkschaften	3,7	4,9	4,7
Wissenschaft	3,7	3,8	4,3
Militär	2,0	3,0	2,9

^{a)} Der Wertebereich geht von 1 bis 6, wobei ein hoher Wert eine progressive, verändernde Position, ein niedriger Wert dagegen eine konservative Position indiziert.

^{b)} Die verschiedenen Gruppen in der Ministerialbürokratie und der Wirtschaft wurden zusammengefaßt, da zwischen ihnen keine Einstellungsunterschiede bestehen.

Bei den Politikern zeigt sich folgendes Einstellungsmuster: SPD und FDP nehmen fast identische Positionen hinsichtlich der Außen- und der Gesellschaftspolitik ein. Diese beiden Bereiche bildeten auch zur Zeit der Befragung die Grundlagen für die Arbeit der Koalition. Die Zielsetzungen in beiden Bereichen wurden von den Koalitionsparteien selbst und in der Öffentlichkeit unter den Schlagworten "Ostpolitik" (Entspannungspolitik und Verhandlungen mit der Sowjetunion, der DDR und den übrigen Ostblockstaaten) und "Innere Reformen" (Liberalisierung von Strafrecht und Strafvollzug, Bildungsreform, allgemeine Demokratisierung) propagiert.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik sind die FDP-Politiker dagegen deutlich konservativer als die der SPD und stehen denen der CDU/CSU näher. Die Politiker der Unionsparteien weisen gleiche Einstellungen in der Außen- und Wirtschaftspolitik auf, in gesellschaftspolitischen Fragen sind die CSU-Politiker dagegen konservativer. Die Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU sind in allen Bereichen groß, zur CSU ist die Distanz besonders ausgeprägt.

Vergleicht man nun die Positionen der übrigen Gruppen mit denen der Politiker, so liegt die Ministerialbürokratie in allen drei Politikbereichen in der Mitte zwischen den Parteien. Das entspricht sowohl ihrer normativen Neutralitätsdefinition als auch der relativ ausgewogenen Verteilung der Parteipräferenzen in diesem Sektor. Die Vertreter der Massenmedien und der Wissenschaft nehmen in Außen- und Gesellschaftspolitik die SPD-Position ein, in der Wirtschaftspolitik liegen sie im mittleren Bereich (s. Tabelle 14, S. 58).

Die Gewerkschaften weisen in allen Bereichen eine klare Affinität zur SPD auf, die Wirtschaftsvertreter dagegen stehen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU nahe, während sie in der Außenpolitik eindeutig eine mittlere Position beziehen.

Das Militär unterstreicht in allen Bereichen seine klare Affinität zur CDU/CSU; dies entspricht der in diesem Sektor dominierenden Parteipräferenz.

Die Einstellungen der Herausgeber/Verleger sind am wenigsten parteigebunden: sie sind außenpolitisch eher progressiv, gesellschaftspolitisch nimmt diese Gruppe eine mittlere Position ein, wirtschaftspolitisch steht sie ihren Unternehmerinteressen entsprechend der CDU/CSU nahe.

In der Außen- und Gesellschaftspolitik markieren die Unterschiede zwischen den beiden politischen Gruppierungen die Grenzen des Spektrums. Hier sind die Cleavages durch die Parteien definiert. Anders in der Wirtschaftspolitik, in der die

Tabelle 14: Issue-Positionen der Führungsgruppen in Relation zu den SPD- und CDU/CSU-Politikern

	SPD- Position	mittlere ^{a)} Position	CDU/CSU- Position
1. Außenpolitik	FDP Massenmedien Verleger Gewerkschaften Wissenschaft	Ministerialbürokr. Wirtschaft	Militär
2. Wirtschafts- politik	Gewerkschaften	FDP Ministerialbürokr. Massenmedien Wissenschaft	Verleger Wirtschaft Militär
3. Gesellschafts- politik	FDP Massenmedien Gewerkschaften Wissenschaft	Ministerialbürokr. Verleger	Wirtschaft Militär

a) Als mittlerer Bereich werden Positionen definiert, die um mehr als 0.5 Skaleneinheiten sowohl von der SPD-, als auch von der CDU/CSU-Position abweichen.

Distanz Wirtschaft-Gewerkschaften größer ist als die zwischen den Parteien. Auch dieser Konflikt wird jedoch von den Parteien reflektiert. Dies bestätigt deren Rolle als Instanzen, die einerseits in der Sozialstruktur verankerte Konflikte aufnehmen, andererseits jedoch auch politische Optionen strukturieren.¹⁾

4. Einschätzung und Bewertung der Einflußstruktur

Die Analyse der politischen Cleavages in den Führungsgruppen gibt zwar wichtige Aufschlüsse über die Konfliktpotentiale zwischen den Gruppen, diese lassen jedoch für sich genommen noch keine Aussagen darüber zu, inwieweit diese Konflikte im Prozeß der politischen Willensbildung aktualisiert werden. Das konkrete Verhalten wird neben den Zielvorstellungen der Eliten in beträchtlichem Ausmaß auch durch die Wahrnehmung der Einflußstrukturen geprägt, die die subjektive Einschätzung der Chancen beinhaltet, diese Ziele durchzusetzen. Die Einschätzungen des eigenen Einflusses sowie des Einflusses von politischen Gegnern und anderen "politischen" Akteuren sind daher von großer Bedeutung. Allerdings sind sie nicht objektive Daten über deren tatsächlichen Einfluß, da sie durch persönliche Erfahrungen geprägt sind.

¹⁾Vgl. STAMMER/WEINGART, op. cit., S. 176.

Ähnlichkeiten in den Einschätzungen des Einflusses eines "politischen" Akteurs durch verschiedene Gruppen lassen dabei zunächst auf die Verwendung eines gemeinsamen Bezugsrahmens für die Einschätzungen schließen. Dieser erleichtert die Konsensbildung dadurch, daß von diesem Akteur angedrohte Sanktionen von allen an einem Konflikt Beteiligten ungefähr gleich eingeschätzt werden. Sind die Einflußeinschätzungen der Gruppen sehr homogen, und wird darüber hinaus der Einfluß zweier Akteure unterschiedlich hoch eingeschätzt, so ist das Konfliktpotential zwischen diesen beiden vermutlich gering, da sich der jeweils schwächere Partner nicht auf offenkundig hoffnungslose Machtkämpfe einlassen wird. Andererseits ist jedoch unabhängig von der Homogenität der Einschätzungen das Konfliktpotential immer dann besonders groß, wenn zwei Konkurrenten sich für ähnlich einflußreich halten. Die Stärke des Konfliktes hängt davon ab, wie wichtig die anstehenden Entscheidungen für die betroffenen Akteure sind und wie stark ihre Zielsetzungen voneinander abweichen. Bei wichtigen Entscheidungen, stark divergierenden Zielsetzungen und hohen perzipierten Durchsetzungschancen werden die Konflikte zwischen zwei Akteuren daher besonders intensiv sein.

Die Einschätzungen der Höhe des Einflusses von 26 politischen Akteuren - politischen Institutionen, Verwaltung, Interessengruppen, Massenmedien und Wählern - durch die Führungsgruppen ergab folgende Rangordnung¹⁾:

Bundesregierung	5.6
Bundestag	5.3
SPD	5.2
Parteien allgemein	5.1
CDU	4.6
Fernsehen	4.6
Gewerkschaften	4.6
CSU	4.4
Presse	4.4
Verwaltung/Ministerialb.	4.3
Landesregierungen	4.1
Bundesrat	4.1
FDP	4.0

¹⁾Vorgegeben wurde eine 6-stufige Skala, bei der ein höherer Wert größeren Einfluß auf die Politik bedeutete.

Arbeitgeber-/	3.9
Industrieverbände	3.8
Bundesbank	3.8
Bundesverfassungsgericht	3.7
Hörfunk	3.7
Großunternehmen	3.7
Wähler	3.6
Banken	3.6
Bauernverband	3.6
Katholische Kirche	3.5
Evangelische Kirche	3.0
Wissenschaft	2.8
Bundespräsident	2.6
Bundeswehr	2.3

Im Vergleich zu den großen Differenzen bei den Sympathieeinstufungen der Parteien oder bei der Bewertung politischer Ziele sind die Mittelwertsunterschiede zwischen den Gruppen bei den Einflußeinschätzungen nur unerheblich.¹⁾

Von daher sind also gute Voraussetzungen für eine effektive Kommunikation zwischen den Führungsgruppen gegeben.

Betrachtet man die Höhe des den einzelnen Akteuren zugeschriebenen Einflusses, so liegen die zentralen politischen Institutionen an erster Stelle, und zwar deutlich über dem Einfluß von Massenmedien, Verwaltung und Gewerkschaften. Die im Vergleich dazu nur mittleren Einflußeinschätzungen für die wirtschaftlichen Interessengruppen zeigen, daß keine der Führungsgruppen die Machtverteilung in der Bundesrepublik im Sinne der Stamokap-Theorie interpretiert.

Es fällt auf, daß die Gewerkschaften durchweg für einflußreicher gehalten werden als die Organisationen der Wirtschaft. Dieses Ergebnis kann zunächst auf die enge Verbindung der Gewerkschaften mit den SPD als der führenden Partei auf Bundesebene zurückzuführen sein. Daneben ist jedoch nicht auszuschließen, daß der Einfluß von Wirtschaftsinteressen aufgrund der traditionell engen Kontakte zwischen Wirtschaft und Ministerialbürokratie nicht so stark als Interessenvertretung wahrgenommen wird. Zusätzlich verfügen die Wirtschaftsinteressen über mehrere Einflußkanäle zu Politik und Verwaltung, da neben den Verbänden auch die Großunternehmen selbst versuchen, dort ihren Einfluß direkt geltend zu

¹⁾Mittlere Abweichungen (1,1 bis 1,3) ergaben sich lediglich für den Einfluß der Massenmedien sowie der beiden wirtschaftlichen Interessengruppen Industrieverbände und Großunternehmen. Bei allen übrigen Akteuren lag die maximale Abweichung zwischen zwei Gruppen unter 1,0.

Tabelle 15: Vergleich der Einflußeinschätzungen für Großunternehmen und Gewerkschaften (Prozentwerte)

	Großunternehmen einflußreicher	beide gleich	Gewerkschaften einflußreicher
SPD-Politiker	23,2	42,1	34,7
FDP-Politiker	23,8	31,0	45,2
CDU-Politiker	5,1	24,4	70,5
CSU-Politiker	-	22,7	77,3
Ministerialbürokratie	5,8	31,2	63,0
Massenmedien	23,5	33,0	43,4
Herausgeber/ Verleger	2,6	31,6	65,8
Wirtschaft	5,6	16,9	77,5
Gewerkschaften	40,0	26,7	33,3
Wissenschaft	8,7	39,1	52,2
Militär	4,9	24,4	70,7

machen.¹⁾ Schließlich wurde von Politikwissenschaftlern mehrfach darauf hingewiesen, daß privatwirtschaftliche Produktionsverhältnisse schon für sich genommen ein strukturelles Übergewicht von Wirtschaftsinteressen mit sich bringen.²⁾ All diese Faktoren zusammen bewirken vermutlich eine erhöhte Wahrnehmungsschwelle und damit die Wahrnehmung eines geringeren Einflusses von Wirtschaftsinteressen. Da andererseits die Differenz der Einschätzungen für die Höhe des Einflusses von Gewerkschaften und Industrieverbänden aber nur 0,7 Skaleneinheiten beträgt, läßt sich entsprechend der anfangs geäußerten Überlegungen vermuten, daß die im Bereich Wirtschaftspolitik gefundenen Zielkonflikte aufgrund ähnlich eingeschätzter Erfolgchancen besonders heftig ausgetragen werden.

Die Befragten wurden zusätzlich um die Bewertung des Einflusses der "politischen" Akteure gebeten, d. h. sie sollten angeben, ob sie mehr, gleichbleibenden oder

¹⁾Vgl. auch weiter unten S. 88.

²⁾Vgl. Heinz J. VARAIN, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, op. cit., S. 21 f.; OFFE, op. cit., S. 156 ff.

weniger Einfluß für diese wünschten. Die Analyse dieser Angaben zeigt, in welchem Ausmaß der Einfluß dieser Akteure von den Führungsgruppen akzeptiert wird. Sie kann außerdem Hinweise auf funktionsbereichsbedingte Konfliktpotentiale geben, die zusätzlich zu den politischen Cleavages bestehen. Diese Konflikte resultieren daraus, daß jede Gruppe die Erhaltung oder Ausweitung ihrer Autonomie und ihres Einflßbereiches anstrebt, während dies unter Umständen von anderen Gruppen bestritten wird. Solche Konfliktpotentiale können auch Ergebnis inhaltlicher Zielkonflikte sein, sofern diese zwischen abgrenzbaren Gruppen wie Parteipolitikern oder Wirtschaft und Gewerkschaften bestehen. In erster Linie ist dabei der Prozentsatz von Befragten in jeder Gruppe interessant, der weniger Einfluß für einen bestimmten Akteur wünscht.¹⁾

Der Einfluß der zentralen politischen Institutionen - von Bundesregierung und Bundestag sowie den Parteien allgemein²⁾ -, der zugleich als hoch bewertet wurde, wird von allen Gruppen völlig akzeptiert. Dasselbe gilt für die als weniger einflußreich bezeichneten Institutionen Bundespräsident, Bundesverfassungsgericht, Bundesbank³⁾ und Bundeswehr. Man kann daraus schließen, daß sich keine der Führungsgruppen dem bestehenden politischen System "entfremdet" fühlt.

Von den politischen Organen wird lediglich der Einfluß einzelner Parteien und der föderalistischen Institutionen Bundesrat und Landesregierungen von einigen Gruppen in Frage gestellt. Angesichts der Konkurrenz der Parteien um politische Machtpositionen ist es ganz natürlich, daß die Politiker jeweils mehr Einfluß für die eigene Partei und weniger für die anderen Parteien wünschen. Aufschlußreich sind hier jedoch die Bewertungen durch die übrigen Führungsgruppen (vgl. Tabellen 16 und 17). Wieder zeigen sich die Flügelpositionen von Wirtschaft und Gewerkschaften und ihre jeweilige enge Verbindung mit der CDU/CSU bzw. SPD. Bei ihnen besteht auch eine Identität von funktionsbereichsspezifischen Interessen und politischen Zielen, zumindest im Bereich der Wirtschaftspolitik. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß mehrheitliche Parteipräferenz und Ablehnung der jeweils gegnerischen Partei zusammenfallen.

1) Sofern nicht mehr als 25 % der Befragten einer Gruppe weniger Einfluß für einen politischen Akteur wünschen, kann man sagen, daß dessen Einfluß von dieser Gruppe völlig akzeptiert wird. Ein Wert von 26 % bis 50 % läßt sich als mehrheitliche Akzeptierung, einer von über 50 % dagegen als mehrheitliche Nicht-Akzeptierung bezeichnen.

2) Das bedeutet, daß die traditionelle Parteienfeindlichkeit der deutschen Führungsschicht, die oft neben der Ablehnung demokratischer Werte als weiterer Grund für das Scheitern der Weimarer Republik betrachtet wurde, in der Führungsschicht der Bundesrepublik praktisch verschwunden ist.

3) Hier bildet lediglich der Funktionsbereich Gewerkschaften mit 33,3 % für weniger Einfluß eine Ausnahme.

Tabelle 16: Akzeptierung des Einflusses der einzelnen Parteien

	völlig akzeptiert von	mehrheitlich akzeptiert von	mehrheitlich nicht akzeptiert von
SPD	Gewerkschaften Massenmedien Herausgeber/Verleger Wissenschaft Militär	Ministerialbürokr.	Wirtschaft
FDP	Herausgeber/Verleger	Ministerialbürokr. Massenmedien Wirtschaft Gewerkschaften Wissenschaft Militär	
CDU	Ministerialbürokr. Wirtschaft Herausgeber/Verleger Massenmedien Militär	Wissenschaft	Gewerkschaften
CSU		Ministerialbürokr. Wirtschaft Herausgeber/Verleger Militär	Gewerkschaften Massenmedien Wissenschaft

Die übrigen Funktionsbereiche verhalten sich durchweg entsprechend der in ihnen vorherrschenden Parteipräferenzen: die mehr CDU/CSU-orientierten Funktionsbereiche akzeptieren den Einfluß der CDU völlig, die mehr SPD-orientierten den der SPD.¹⁾

Die gegnerischen Parteien werden jedoch in der Regel ebenfalls zumindest mehrheitlich akzeptiert. Hier ist v. a. das Militär zu nennen, das trotz starker CDU/CSU-Orientierung den Einfluß der SPD völlig akzeptiert.

Besonders auffällig ist die deutlich geringere Akzeptierung des CSU-Einflusses im Vergleich zu dem der CDU. Man kann daraus schließen, daß die Differenzierungen zwischen den beiden Schwesterparteien von den Führungsgruppen durchaus gesehen werden, aber offensichtlich nicht deren Zustimmung finden. Insgesamt ist die CSU diejenige Partei, deren Einfluß bei den Nicht-Politikern die geringste Zustimmung findet (42,2 % für weniger Einfluß). Die Zahlen für die übrigen Parteien sind: SPD 32,5 %, CDU 18,6 %, FDP 34,0 %.

¹⁾ Faßt man die vier Gruppen der Ministerialbürokratie zusammen, so ergibt sich eine vorherrschende Präferenz für die CDU/CSU mit 44,9 %. Für die SPD sprachen sich dagegen nur 33,3 %, für die FDP 14,3 % aus. Dies erklärt, warum der Einfluß der CDU völlig, der der SPD jedoch nur mehrheitlich akzeptiert wird.

Bei der Bewertung des Einflusses des Bundesrates zeigen sich im Funktionsbereich Politik parteipolitische Divergenzen, die sich mit den unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag (SPD/FDP) und Bundesrat (CDU/CSU) erklären lassen. So wünschen 34,4 % der SPD- und sogar 46,3 % der FDP-Politiker weniger Einfluß für den Bundesrat. Teilt man die Politiker in Bundes- und Landespolitiker auf, so wünschen die CDU/CSU-Landespolitiker mit 32,4 % bzw. 91,7 % sogar zu einem erheblichen Prozentsatz mehr Einfluß für den Bundesrat (SPD: 20,4 %, FDP: 5,6 %), während die Ablehnungsquote bei den SPD-Bundespolitikern auf 46,2 % und bei denen der FDP sogar auf 65,2 % (CDU: 4,8 %, CSU: 0 %) steigt.

Dieser Konflikt wird jedoch nicht von den übrigen Funktionsbereichen aufgenommen, die den Einfluß des Bundesrates völlig akzeptieren (Ausnahme Gewerkschaften: 35 % für weniger Einfluß).

Der Einfluß der Wähler wird von allen Gruppen gutgeheißen, ein relativ hoher Prozentsatz der Befragten wünschte sogar mehr Einfluß für sie. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ihr aktueller Einfluß nicht allzu hoch eingeschätzt wurde.

Betrachtet man die Bewertungen des Einflusses der übrigen Akteure, so springt zunächst wieder die Konfliktfront zwischen Gewerkschaften/SPD einerseits sowie Wirtschaft und CDU/CSU andererseits ins Auge. Dabei wird der Einfluß von Großunternehmen und Banken durchweg stärker abgelehnt als der der Wirtschaftsverbände.

Das weist darauf hin, daß offensichtlich nach Meinung der meisten Befragten der direkte Einfluß von Unternehmen nicht dem pluralistischen Modell des gegenseitigen Interessenausgleiches entspricht, da die Wirtschaftsinteressen durch diese Doppelvertretung eine erhöhte Einflußchance erhalten. Unter diesem Aspekt der Interessenvertretung erscheint es folgerichtig, daß die Herausgeber/Verleger abweichend von ihrer Mittelposition in den anderen Einstellungsbereichen hier den Einfluß von Wirtschaftsinteressen überwiegend akzeptieren, den der Gewerkschaften jedoch mehrheitlich ablehnen.

Neben dieser Hauptkonfliktfront sind jedoch noch eine Reihe weiterer Ergebnisse von Bedeutung, nämlich die verbreitete Nicht-Akzeptierung des Einflusses von Ministerialbürokratie, Fernsehen, Bauernverband und Katholischer Kirche. Der Einfluß der Verwaltung/Ministerialbürokratie wird von allen Gruppen außer der Ministerialbürokratie selbst sowie Wissenschaft und Militär mehrheitlich nicht akzeptiert. Politiker, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, und

Tabelle 17: Akteure mit umstrittenen Einfluß (% für weniger Einfluß)

Bewertete Akteure \ Befragte	SPD	FDP	CDU	CSU	Verwaltung/ Ministerialb.	Fernsehen ^{c)}	Presse	Großunter- nehmen ^{c)}	Arbeitsgeber/ Industrie- verbände	Bauernverband	Gewerkschaften	Katholische Kirche
SPD-Politiker	2.2	26.4	56.2	73.3	74.7	36.6	32.2	79.6	74.2	64.9	14.1	65.9
FDP-Politiker	13.5	-	64.1	69.2	80.0	41.5	27.5	82.9	56.1	58.5	56.1	82.9
CDU-Politiker	66.2	63.5	1.3	8.0	65.4	81.0	13.9	41.6	24.7	15.6	51.3	7.7
CSU-Politiker	87.2	69.6	-	-	66.7	70.8	29.2	30.4	12.5	8.3	82.6	4.2
Ministerial- bürokratie	29.6	36.5	19.9	39.8	14.1	61.8	34.0	61.8	39.1	47.6	42.7	41.2
Massenmedien ^{a)}	20.5	28.1	20.4	58.9	68.6	35.6	5.4	73.3	52.3	54.1	34.7	54.6
Herausgeber/ Verleger	27.8	13.5	11.1	38.9	65.8	50.0	10.5	31.6	18.4	47.4	55.3	34.2
Wirtschaft ^{b)}	50.6	37.3	11.0	30.9	50.1	73.5	28.9	24.6	9.1	42.9	66.9	34.6
Gewerkschaften	3.3	31.1	51.7	69.5	83.1	37.7	27.1	88.3	62.3	66.7	4.9	67.2
Wissenschaft	21.4	27.9	34.9	65.1	47.7	48.8	35.7	71.1	62.2	69.8	50.0	70.5
Militär	11.4	37.1	8.6	31.4	40.0	57.5	27.5	34.1	19.5	34.1	58.5	19.5

- a) Die Befragten aus Rundfunk und Presse unterschieden sich nur hinsichtlich ihrer Bewertung des Fernseheinflusses: Die Vertreter der Presse wünschten zu 48,4 %, die des Rundfunks jedoch nur zu 18,3 % weniger Einfluß. In bezug auf die Bewertung des Presseinflusses ergab sich kein Unterschied zwischen beiden Gruppen.
- b) Die Vertreter der Landwirtschaft weichen nur bezüglich ihrer eigenen Organisation in nennenswertem Umfang (über 20 %) von den übrigen Wirtschaftsvertretern ab. Sie wünschten hier nur zu 9,6 % weniger Einfluß.
- c) Das Muster der Bewertungen des Hörfunkeinflusses entspricht demjenigen für das Fernsehen, das für die Banken dem für Großunternehmen und das für die Evangelische Kirche dem für die Katholische Kirche, nur daß deren Einfluß jeweils weniger negativ bewertet wird.

Gewerkschafter sind dabei am kritischsten. Offensichtlich wird die Position der Ministerialbürokratie von den Kommunikationspartnern in Politik und Interessengruppen als relativ autonom empfunden, was bei diesen zu einem Gefühl der Machtlosigkeit führt. Dieses Gefühl ist bei den Gewerkschaftern ausgeprägter als bei den Wirtschaftsvertretern, die sich wohl eher in der Lage sehen, ihre Interessen hier durchzusetzen.¹⁾ Das von den Politikern geäußerte große Mißtrauen gegenüber dem Verwaltungseinfluß könnte ein Indikator da-

¹⁾ Dies entspricht auch den Ergebnissen von NEUMANN, op.,cit., S. 63.

für sein, daß diese sich nicht imstande fühlen, die Administration in dem von ihnen gewünschten Ausmaß zu leiten und kontrollieren. Es reflektiert also die zunehmende Abhängigkeit der Politik vom Sachverstand der Bürokratie, die durch die zunehmende Komplexität der Entscheidungsmaterien bedingt ist.¹⁾ Dieser funktionsbereichsbedingte Interessenkonflikt erhält durch die Tatsache, daß die Ministerialbürokratie der dominante Kommunikationspartner aller Interessengruppen ist²⁾, besondere Bedeutung.

Die unterschiedliche Bewertung des Fernseh-Einflusses durch Politiker der verschiedenen Parteien legt die Vermutung nahe, daß die Regierungsparteien ihre Positionen dort eher vertreten sehen als die Unionsparteien. Jedoch deutet die Tatsache, daß der Fernseheinfluß von keiner Gruppe außer den Fernsehredakteuren selbst völlig akzeptiert wird, darauf hin, daß ein erheblicher Prozentsatz jeder Gruppe einen Mangel an Kontrollierbarkeit dieses Einflusses - ähnlich wie beim Verwaltungseinfluß - empfindet. Die Ablehnung des Einflusses des Bauernverbandes und der Katholischen Kirche schließlich erklärt sich zu einem großen Teil aus parteipolitischen Gesichtspunkten: beide Organisationen weisen eine traditionell enge Bindung zur CDU/CSU auf.

5. Die relative Bedeutung von Parteipräferenz und Funktionsbereich

In den bisherigen Analysen wurden die gesellschaftlichen Funktionsbereiche - im Gegensatz zu den politischen - als Einheit betrachtet. Im folgenden soll nun geprüft werden, inwieweit die Einstellungen der nichtpolitischen Funktionsbereiche gar nicht Ausdruck funktionsbereichsspezifischer Interessen, sondern lediglich Ergebnis einer unterschiedlichen Verteilung der Parteipräferenzen sind. Es ist zu klären, ob Parteipräferenz oder Funktionsbereich eine größere Homogenität der Einstellungen hervorzubringen vermag, d. h. welche von diesen beiden Variablen die ausschlaggebendere für die Strukturierung der politischen Überzeugungen ist.³⁾

Zunächst soll für die drei Bereiche Außen-, Wirtschafts- und Gesellschafts-

1) Vgl. B. STEINKEMPER, op. cit., S. 7 ff.

2) Vgl. weiter unten S. 79 ff.

3) Wenn im folgenden von Parteipräferenz als "unabhängiger" Variablen die Rede ist, so darf dies nicht so verstanden werden, als präge diese Variable jeweils die politischen Überzeugungen der Befragten. Es ist vielmehr auch der umgekehrte Weg denkbar, daß nämlich spezifische Überzeugungen zur Präferenz für eine bestimmte Partei führen.

politik geprüft werden, ob und wie stark sich die Anhänger der verschiedenen Parteien in den einzelnen Funktionsbereichen unterscheiden. Die Anhänger von CDU/CSU werden dabei zusammengefaßt, was angesichts der nur kleinen Unterschiede zwischen beiden Parteien gerechtfertigt ist.

Tabelle 18: Einstellungsdifferenzen in den Funktionsbereichen und in den Gruppen von Parteianhängern (Mittelwertdifferenzen)

	Außenpolitik	Wirtschafts-politik	Gesellschafts-politik
<u>Distanz SPD - CDU/CSU^{a)} in:</u>			
Politik	2,0	1,7	1,8
Ministerialbürokratie	1,4	1,2	1,3
Massenmedien	1,7	1,1	1,0
Herausgeber/Verleger	1,8	1,8	1,5
Wirtschaft	1,3	1,3	1,5
Gewerkschaften	1,5	1,1	1,1
Wissenschaft	1,8	1,1	1,4
<u>Distanz Wirtschaft - Gewerkschaften^{b)} bei:</u>			
SPD -Anhänger	0,5	1,5	0,6
CDU/CSU-Anhänger	0,3	1,7	1,0

a) Wegen zu geringer Fallzahl (unter 10) der SPD/FDP-Anhänger im Militär, wird dieser Funktionsbereich hier nicht ausgewiesen.

b) Im Funktionsbereich Gewerkschaften gibt es nur zwei Befragte mit FDP-Präferenz, so daß hier keine Werte berechnet werden konnten.

Tabelle 18 zeigt deutlich, daß in der Außen- und Gesellschaftspolitik die Unterschiede zwischen den Anhängern von SPD und CDU/CSU innerhalb der einzelnen Funktionsbereiche durchweg größer sind als die zwischen den Angehörigen der Funktionsbereiche Wirtschaft und Gewerkschaften in den Gruppen der Parteianhänger. Dies bestätigt die weiter oben geäußerte Vermutung, daß es sich hier um politische Materien handelt, bei denen die Alternativen im Funktionsbereich Politik definiert werden. Hier sind die Distanzen zwischen den Politikern am größten.

Im Bereich Wirtschaftspolitik zeigen sich dagegen große Differenzen sowohl zwischen den Anhängern verschiedener Parteien als auch zwischen den Mitgliedern verschiedener Funktionsbereiche. Die mit Abstand größte Differenz besteht hier zwischen den SPD-Anhängern in den Gewerkschaften (Mittelwert 5.1) und den CDU/CSU-Anhängern in der Wirtschaft (2.3).

Interessant ist dabei die mittlere Position der Personen mit "widersprüchlichen" Parteipräferenzen nämlich der SPD-Anhänger in der Wirtschaft (3.6) und der CDU/CSU-Anhänger in den Gewerkschaften (4.0). Dieses Ergebnis entspricht der These von der mäßigen Wirkung von cross-pressure auf die politischen Einstellungen.¹⁾

Die ursprünglich gefundene mittlere Position der FDP in wirtschaftspolitischen Fragen bestätigt sich auch bei der doppelten Aufteilung nach Funktionsbereich und Parteipräferenz. Jedoch ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den FDP-Anhängern im Funktionsbereich Massenmedien, die der Position der SPD-Politiker, und denen in der Wirtschaft, die der der CDU/CSU-Politiker näherstehen.

Während also in wirtschaftspolitischen Fragen Parteipräferenz und Funktionsbereich die Überzeugungen der Führungsgruppen beeinflussen, ist in den beiden anderen Politikbereichen die Parteipräferenz eindeutig erklärungskräftiger. Dieses Ergebnis wird bestätigt, wenn man versucht, den globalen Effekt der beiden Variablen auf die Einstellungen der Befragten in den drei Politikbereichen zu bestimmen. Die Werte in Tabelle 19 zeigen klar die herausragende Rolle der Parteipräferenz, wobei der Funktionsbereich wie erwartet in wirtschaftspolitischen Fragen die Einstellungen fast ebenso stark beeinflusst.

Einen gewissen Einfluß haben auch noch Alter und Religion, nicht jedoch

1) Diese Wirkung ist auch für die politikdefinierten Bereiche Außen- und Gesellschaftspolitik vorhanden, jedoch bei den SPD-Anhängern deutlich schwächer ausgeprägt: SPD-Anhänger in Wirtschaft und Gewerkschaften nehmen nur geringfügig konservativere bzw. progressivere Positionen als die SPD-Politiker ein (Differenzen 0,5 bzw. 0,6). Bei den CDU/CSU-Anhängern dagegen sind die Parteianhänger in den Gewerkschaften in gesellschaftspolitischen Fragen deutlich progressiver eingestellt als die CDU/CSU-Politiker und deren Anhänger in der Wirtschaft (Mittelwert 3,9 im Vergleich zu 2,9), während in außenpolitischen Fragen die CDU/CSU-Politiker am konservativsten sind (1,6 im Vergleich zu 2,2 bei den CDU/CSU-Anhängern in der Wirtschaft und 2,5 bei denen in den Gewerkschaften).

soziale Herkunft¹⁾ auf die Einstellungen zu tagespolitischen Fragen.²⁾ Dagegen weist keine der untersuchten unabhängigen Variablen einen besonders engen Zusammenhang mit den Einstellungen zu demokratischen Spielregeln auf.

Tabelle 19: Zusammenhang^{a)} von Parteipräferenz, Funktionsbereich, Alter, Religion und sozialer Herkunft mit den politischen Überzeugungen

	Politische Issues			Demokratische Spielregeln ^{b)}	
	Außen- politik	Wirt- schafts- politik	Gesell- schafts- politik	Starke Regierung	Pluralismus
Parteipräferenz	.65	.64	.63	.29	.37
Funktionsbereich	.35	.55	.45	.28	.33
Religion ^{c)}	.33	.26	.33	.14	.17
Soziale Herkunft ^{d)}	.12	.23	.15	.03	.12
Alter	-.27	-.24	-.36	-.23	-.29

a) Eta-Werte. Bei der Variable Alter Korrelationskoeffizient.

b) Die Scores für "Starke Regierung" stellen eine Zusammenfassung der Statements 1 und 2, die für "Pluralismus" der Statements 3 bis 5 aus Tab. 12 dar.

c) Die höchsten Werte ergaben sich für eine aus Konfession und Kirchengangshäufigkeit gebildete Variable.

d) Analog zu dem in Abschnitt III.1. beschriebenen Index.

6. Konsens und Konflikt in den politischen Überzeugungen

Die Analysen der politischen Überzeugungen haben zwei miteinander eng verbundene Hauptkonfliktfronten aufgezeigt. Der erste Konflikt betrifft die politische Machtverteilung zwischen den Parteien sowie aktuelle politische Streitfragen in den Bereichen Außen- und Gesellschaftspolitik. Hier verlaufen die Fronten zwischen den Parteien der Sozialliberalen Koalition und der CDU/CSU. Inhaltlich geht es um die von der SPD/FDP-Bundesregierung einge-

1) Die Variable Schulbildung wurde nicht in die Analyse einbezogen, da sie eine zu geringe Varianz in der Gruppe der Befragten aufweist, die zum Großteil als höchsten Abschluß Abitur und zumindest einige Semester Studium angab.

2) Diese Daten bestätigen die Ergebnisse von EDINGER/SEARING, op. cit., und SCHLETH, op. cit., über die nur sekundäre Bedeutung von Social Background-Faktoren.

leiteten Veränderungen auf außen- und gesellschaftspolitischem Gebiet. Die Funktionsbereiche Massenmedien, Gewerkschaften und Wissenschaft vertreten dabei eher die Linie der Bundesregierung, während Militär und Wirtschaft mehr die CDU/CSU unterstützen.

Der zweite Konflikt betrifft wirtschaftliche Ziele und verläuft zwischen den Funktionsbereichen Wirtschaft und Gewerkschaften. Dabei unterstützen die CDU/CSU-Politiker die Wirtschaftsinteressen, die SPD-Politiker dagegen die Gewerkschaftsinteressen. Die FDP nimmt hier ebenso wie Massenmedien und Wissenschaft eine mittlere Position ("Bremsenrolle") ein, während Herausgeber/Verleger und das Militär die Wirtschaftsposition vertreten. Diese zweite Konfliktfront ist aus drei Gründen von besonderer Brisanz:

1. Als traditioneller Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weist sie eine hohe Dauerhaftigkeit auf.
2. Die gefundenen großen Differenzen zwischen den Gruppen signalisieren eine relativ hohe Intensität des Konfliktes.
3. Die perzipierten Durchsetzungschancen der am Konflikt beteiligten Gruppen sind relativ ähnlich, so daß die Wahrscheinlichkeit von Konfrontationen relativ hoch ist.

Zwei weitere Konfliktpotentiale hängen mit der Ausübung politischen Einflusses zusammen: der Einfluß der Verwaltung/Ministerialbürokratie und des Fernsehens - von allen Führungsgruppen als relativ hoch eingeschätzt - wird von einem erheblichen Anteil der Befragten aller übrigen Funktionsbereiche mit Mißtrauen betrachtet. Dies deutet auf ein Legitimationsdefizit dieses Einflusses hin, da die beiden gängigen Modelle zur Legitimation politischen Einflusses - Kontrolle durch demokratische Wahl bzw. pluralistischen Interessenausgleich - auf diese beiden Funktionsbereiche nicht anwendbar sind.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die gefundenen Konfliktpotentiale im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung und damit ohne Rückgriff auf gewaltsame Methoden ihren Ausdruck finden können, muß jedoch aufgrund einiger anderer Ergebnisse als recht groß bezeichnet werden. Dazu gehören die allgemeine Akzeptierung des Einflusses der zentralen politischen Institutionen, die durchweg positive Bewertung der Sozialen Marktwirtschaft, und schließlich die von einer überwältigenden Mehrheit in allen Gruppen befürwortete Kompromißbereitschaft in Auseinandersetzungen.

V. Die Kommunikationsmuster der Führungsgruppen

Der Prozeß der Konfliktaustragung und Konsensbildung in pluralistischen Systemen ist, wie bereits erwähnt, ein komplexer Kommunikations- und Interaktionsprozeß. Wie die vorangegangenen Analysen zeigten, sind die Voraussetzungen für eine friedliche Konfliktregelung in der Bundesrepublik günstig. In dem folgenden Teil sollen nun unter Berücksichtigung der formalisierten Interaktions- und Kommunikationspotentiale, die das System den Eliten für die gesamtgesellschaftliche Konfliktregelung zur Verfügung stellt, die Kommunikationsmuster zwischen den Führungsgruppen beschrieben werden.

1. Ämter und Mitgliedschaften

Die Analyse der sozialen und beruflichen Rekrutierung der Führungsgruppen in der Bundesrepublik hat zwar ergeben, daß Distanzen zwischen einzelnen Führungsgruppen bestehen; diese sind jedoch nicht ausgeprägt genug, um die Kommunikation wesentlich zu erschweren.

Zur Reduzierung solcher sozialer Distanzen stellen ausdifferenzierte Systeme zudem formalisierte Interaktionspotentiale wie Ämter und Mitgliedschaften in mehreren Sektoren und Einbeziehung in Kommissionen und Beratergremien im politisch-administrativen System zur Verfügung. Der auf diese Weise mögliche Erfahrungsaustausch mit Mitgliedern anderer Funktionsbereiche vermittelt Kenntnisse der dort gültigen Normen, Werte und Probleme. Die hier angeknüpften persönlichen Beziehungen und informellen Kontakte erleichtern Kommunikation und Kompromißfindung.

Bevor die auf Ämterkumulation basierenden Verbindungen der einzelnen Führungsgruppen zu anderen Sektoren analysiert werden, soll zunächst die Nutzung dieses Kommunikationspotentials insgesamt dargestellt werden. Dabei wird nur die Anzahl der Sektoren, nicht jedoch die der Ämter pro Sektor berücksichtigt, da es hier in erster Linie um die bereichsmäßige Verflechtung und nicht um individuelle Ämterhäufung geht. Der politisch-administrative Bereich wird im folgenden als Einheit behandelt und den Sektoren des gesellschaftlichen Bereiches gegenübergestellt.

Von den 1560 Befragten sind auf dieser Basis insgesamt 1270 Funktionen außer-

halb des eigenen Bereiches angegeben worden. Diese Quote muß als relativ niedrig bezeichnet werden, zumal häufig Mehrfachnennungen vorkamen. Anteilsmäßig stellen folgende Bereiche Positionen für die Führungsgruppen anderer Sektoren zur Verfügung:

Wirtschaftsunternehmen	18,5 %
Wissenschaft	15,0 %
Banken/Versicherungen	11,8 %
Bildungswesen	9,5 %
Wirtschaftsverbände	9,4 %
Politik	8,6 %
Massenmedien	7,7 %
Kirchen	5,3 %
Verwaltung	5,0 %
Sozialbereich	4,7 %
Arbeitnehmerorganisation	2,4 %
Landwirtschaft	2,0 %

Das Bild ähnelt dem der beruflichen Rekrutierung: Im Mittelpunkt des Beziehungssystems steht der politisch-administrative Bereich. Die Mitglieder seiner Führungsschicht nehmen die Hälfte der Positionen im gesellschaftlichen Bereich ein - die Spitzenpolitiker 19,3 %, die Spitzenbeamten 30,7 %. Dabei ist jedoch das Spektrum der Verbindungen der politischen Eliten zu anderen Sektoren wiederum breiter als das der administrativen Eliten (s. Tabelle 20, S. 73). Bei den Spitzenpolitikern dominieren die Verbindungen zu den Massenmedien und den Wirtschaftsunternehmen. Der hohe Anteil von Positionen im Medienbereich erklärt sich zu einem großen Teil daraus, daß die Besetzung der Kontrollorgane des Rundfunks (Programmbeirat, Rundfunkrat, Verwaltungsrat) satzungsgemäß¹⁾ in starkem Maße durch politische Organe erfolgt. Bei den Positionen in Wirtschaftsunternehmen dürfte es sich zu einem beachtlichen Teil um Positionen in Überwachungsgremien wie Aufsichtsräten oder ähnlichen Organen von Unternehmen der öffentlichen Hand²⁾ und um solche mit einer mehr oder weniger starken Bundes- und Landesbeteiligung handeln. Die Daten lassen eine entsprechende Aufschlüsselung nicht zu,³⁾ die besonders hohe Amterkumulation von Mitgliedern der Landesregierungen in den Bereichen Industrieunternehmen und Banken/Versicherungen legt diese Annahme jedoch nahe, da hier aufgrund der föderalistischen Struktur mehr Positionen zu besetzen sind.

1) Vgl. die Satzungen der einzelnen Rundfunkanstalten in: ARD Jahrbuch 1977, Hamburg: Hans Bredow-Institut 1977.

2) Beispielsweise betrug allein der Anteil der rund 1000 Kapitalgesellschaften der öffentlichen Hand am Nominalkapital aller Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik Ende 1973 fast 40 %. Vgl. zu den öffentlichen Unternehmen in der Bundesrepublik ausführlich: Rainer PAUSCH, Möglichkeiten einer Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Göttingen: Schwarz & Co. 1976, S. 7 ff.

3) Von den Befragten wurden teilweise nur Angaben wie "Aufsichtsratsmandat" gemacht.

Tabelle 20: Akterkumulation a)

	Politik	Verwaltung Bund/Land	Massen- medien	Wirt- schafts- nehmen	Banken/ Versiche- rungen	Wirt- schafts- verbände	Land- wirt- schaft	Arbeit- nehmer- organi- sationen	Wissen- schaft	Bildungs- wesen	Kirchen	Sozial- bereich
Bundesregierung/ Bundestag	81,0	2,0	12,0	7,0	1,0	3,0	7,0	4,0	7,0	7,0	8,0	10,0
Landesregierungen	64,6	9,8	18,3	26,8	12,2	6,1	1,2	1,2	12,2	11,0	15,9	9,8
Parteien	76,5	1,5	14,7	13,2	7,4	1,5	4,4	-	7,4	8,8	10,3	8,8
Politische Beamte Bund	9,0	5,1	5,1	19,2	3,8	1,3	1,3	1,3	12,8	5,1	2,6	2,6
Nicht-pol. Beamte Bund	5,1	3,6	4,3	11,6	2,9	-	2,9	1,4	13,0	1,4	0,7	-
Politische Beamte Land	28,3	7,5	11,3	32,1	32,1	1,9	-	-	18,9	22,6	7,5	5,7
Nicht-pol. Beamte Land	9,1	12,4	6,2	13,4	10,0	4,3	2,4	2,4	17,2	17,2	2,9	6,2
Massenmedien	2,7	0,4	21,4	1,3	0,4	0,4	-	2,7	3,6	4,9	2,7	0,9
Herausgeber/Verleger	-	-	50,0	2,6	-	10,5	-	2,6	5,3	5,3	-	2,6
Industrieunternehmen	2,9	6,9	2,3	64,7	24,9	41,6	1,2	1,7	26,0	3,5	1,7	4,6
Banken/Versicherungen	5,4	2,7	4,1	59,5	54,1	16,2	1,4	1,4	8,1	4,1	4,1	-
Wirtschaftsverbände	8,9	11,9	4,0	27,7	10,9	52,5	1,0	3,0	11,9	2,0	5,9	3,0
Gewerblicher Mittelstand	15,0	15,0	20,0	15,0	20,0	20,0	-	5,0	30,0	10,0	-	-
Landwirtschaft	22,6	9,4	11,3	22,6	32,1	9,4	66,0	1,9	9,4	11,3	5,7	1,9
Gewerkschaften	27,4	24,2	9,7	37,1	21,0	1,6	-	53,2	17,7	16,1	4,8	3,2
Wissenschaft	10,9	2,2	8,7	6,5	-	2,2	-	4,3	78,3	6,5	2,2	2,2
Militär	-	2,4	2,4	-	-	-	-	-	-	-	2,4	-
Politische Führungs- schicht nach Parteien:												
SPD	72,0	3,0	13,0	20,0	5,0	3,0	4,0	3,0	7,0	12,0	8,0	6,0
FDP	83,3	4,8	11,9	23,8	14,3	2,4	2,4	-	11,9	4,8	4,8	7,1
CDU	73,5	6,0	16,9	6,0	4,8	3,6	4,8	2,4	8,4	7,2	16,9	14,5
CSU	75,0	4,2	20,8	12,5	-	8,3	8,3	-	12,5	8,3	16,7	12,5

a) Auch bei mehreren Ämtern in einem Bereich wurde dieser nur einmal gewertet. b) Diese Kategorie umfaßt Organisationen der Rentner und der Mehrfachnennungen ergeben sich folglich nur über die Bereiche hinweg. Vertriebenen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen etc.

Relativ hoch ist auch der Anteil derjenigen Politiker, die Funktionen im Bildungswesen, der Wissenschaft, den Kirchen und dem Sozialbereich haben. Bei diesen Positionen dürfte es sich nicht nur um Prestigepositionen im Sinne der Porterschen Klassifikation¹⁾ handeln, sondern sie müssen auch als Soll-Verbindungen²⁾ angesehen werden, d. h. als Verbindungen, die durch (mehr oder minder) verbindliche, an die jeweilige Position gebundene Rollenerwartung geprägt sind.

Aufgeschlüsselt nach Parteien haben die Führungsgruppen der SPD und der FDP schwerpunktmäßig Ämter und Funktionen in Wirtschaftsunternehmen, die der CDU/CSU in den Massenmedien und im kirchlichen Bereich, aber auch noch im Sozialbereich. Der vergleichsweise hohe Anteil der SPD-Politiker in Wirtschaftsunternehmen dürfte vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen sein: die schon erwähnte Wahrnehmung von Kontrollfunktionen in Unternehmen der öffentlichen Hand sowie die durch die enge Verbindung mit den Gewerkschaften erlangten Positionen in Gewerkschaftsunternehmen und in Betrieben, die der paritätischen Mitbestimmung³⁾ unterliegen.

Bei den Positionen der Spitzenbeamten im gesellschaftlichen Bereich dominieren die in Wirtschaftsunternehmen (15.9 %) und im wissenschaftlichen Bereich (15.5 %), relativ hoch ist jedoch auch noch der Anteil derer mit Positionen in Banken/Versicherungen (9.4 %) und im Bildungswesen (11.3 %). Generell unterliegen Nebentätigkeiten von Beamten aufgrund des Neutralitätsgebotes strengen Vorschriften und sind daher in der Regel genehmigungspflichtig.⁴⁾ Es dürfte sich folglich bei den Positionen der administrativen Führungsgruppen in Wirtschaftsunternehmen und Banken/Versicherungen in noch stärkerem Maße als bei den Positionen der politischen Führungsgruppen⁵⁾ in diesen Bereichen um Funktionen in Unternehmen handeln, die im öffentlichen Besitz sind oder an denen

¹⁾Vgl. PORTER, op. cit., S. 299.

²⁾Zur Typologisierung von Positionsverbindungen vgl. ZAPP, op. cit., S. 185 f.

³⁾Vgl. dazu weiter unten S. 76.

⁴⁾Vgl. dazu §§ 54, 64 bis 69 Bundesbeamtengesetz und die Bundesnebtätigkeitsverordnung in der Fassung der Änderung vom 18. Dezember 1975, BGBl I, S. 3132 sowie die entsprechenden Nebentätigkeitsverordnungen der Länder.

⁵⁾Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten sind z. B. nur anzeigepflichtig gegenüber dem Präsidium des Deutschen Bundestages. Vgl. "Verhaltensregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages" vom 1. November 1972, Anlage 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

die öffentliche Hand beteiligt ist. Zur Übernahme solcher Positionen können Beamte verpflichtet werden.

Wie die Landespolitiker haben auch die Landesbeamten mehr Positionen in Wirtschaftsunternehmen und Banken/Versicherungen als ihre Bundeskollegen. Ihr höherer Anteil in Wissenschaft/Forschung und vor allem im Bildungswesen ist nicht nur auf die Kulturhoheit der Länder, sondern besonders auch auf die Ortsgebundenheit solcher Positionen zurückzuführen.¹⁾

Im Vergleich zu den im gesellschaftlichen Bereich tätigen Politikern und Beamten ist die Zahl der von Mitgliedern gesellschaftlicher Führungsgruppen im politisch-administrativen System wahrgenommenen Funktionen gering. Dies ist insofern erstaunlich, als der Bereich Politik und noch mehr die Ministerialverwaltung auf Bundes- und Landesebene zahlreiche Positionen in Beiräten, Ausschüssen, Arbeitskreisen, Kommissionen und ähnlichen Gremien zur Verfügung stellen.²⁾ In beachtenswertem Maße wird dieses Kommunikationspotential nur von der Gewerkschaftselite wahrgenommen. Darüber hinaus weist noch die Landwirtschaftselite im nennenswerten Umfang Positionen im politischen Bereich auf.

Auch die intersektorale Verflechtung der gesellschaftlichen Führungsgruppen muß als relativ niedrig bezeichnet werden: Bereits die Hälfte der im gesellschaftlichen Bereich genannten Zusatzfunktionen wurde von den politisch-administrativen Führungsgruppen wahrgenommen, weitere 19 % gehen an die untereinander benachbarten Bereiche Industrieunternehmen, Wirtschaftsverbände und Banken/Versicherungen. Folglich kann man nur bei ca. 31 % dieser Positionen von einer echten intersektoralen Verflechtung sprechen.

Die geringste Vertretung in anderen Sektoren weisen die Führungsgruppen des Militärs³⁾ und der Massenmedien auf. Auch die wissenschaftlichen Führungsgruppen haben relativ wenig Funktionen in anderen Sektoren, ihr Bereich stellt jedoch die meisten Positionen für die anderen Führungsgruppen zur

1) Zu den Positionsverbindungen der politisch-administrativen Führungsgruppen siehe ausführlich: NEUMANN, op. cit., S. 102 ff.

2) Allein der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1977 enthält 358 derartige Gremien (Deutscher Bundestag, Drucksache 8/484 vom 26.5.1977 - Umfang und Kosten der Beirats- und Gutachtertätigkeit). Die tatsächliche Zahl muß aber erheblich höher angesetzt werden. Vgl. dazu NEUMANN, op. cit., S. 168 ff.

3) Umgekehrt dürfte jedoch ein beachtlicher Teil der Mitglieder anderer Führungsgruppen als "Reservist" der Bundeswehr angehören.

Verfügung. Für die Vertreter der Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbände ist dies der einzige nicht-wirtschaftliche Bereich, mit dem eine nennenswerte Verbindung vorliegt. Das breiteste Spektrum einer intersektoralen Verflechtung seiner Führungsgruppen weisen die Bereiche auf, in denen andere Gruppen so gut wie keine Zusatzfunktionen haben: die Landwirtschaft und die Gewerkschaften. Der relativ hohe Anteil der Gewerkschaftselite in Wirtschaftsunternehmen erklärt sich zum einen aus der bereits erwähnten gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾, zum anderen aus den umfangreichen unternehmerischen Aktivitäten der Gewerkschaften, insbesondere des DGB.²⁾

Im Bereich der Landwirtschaft spiegelt sich die enge Verknüpfung von landwirtschaftlichen Organisationen, Produktionsgenossenschaften und Genossenschaftsbanken wider.

Um dieses Bild intersektoraler Verflechtung abzurunden, sollen zusätzlich Mitgliedschaften der Führungsgruppen in Organisationen anderer Sektoren analysiert werden. Dabei werden nur solche Sektoren erfaßt, in denen eine Mitgliedschaft nicht positionsbedingt ist. Daher werden beispielsweise Mitgliedschaften in Wirtschaftsverbänden, die in der Regel mit der Führung oder dem Besitz eines Betriebs verbunden sind, nicht berücksichtigt.

Welchen Stellenwert dieses Interaktionspotential im Vergleich zu den Ämtern hat, ist bisher empirisch nicht belegt worden. Bei den Mitgliedschaften dürfte es sich jedoch in noch stärkerem Maße als bei der Ämterkumulation um Verbindungen handeln, die durch die Rollenerwartung an die jeweilige Position geprägt sind. Dies gilt wiederum besonders für die politischen Führungsgruppen. Auch ist bei den Mitgliedschaften die politische Kultur eines Landes zu berücksichtigen. Die Mitgliedschaft eines SPD-Politikers in

¹⁾Vgl. das Montangesetz vom 25.5.1951 in der Fassung vom 6.9.1965; das Gesetz über die Mitbestimmung in Holdinggesellschaften vom 7.8.1956 in der Fassung vom 27.4.1967; das Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung vom 15.1.1972 sowie das Mitbestimmungsgesetz vom 1.7.1976.

²⁾Folgende Unternehmen sind z. B. im Besitz des DGB: die Unternehmensgruppe "Neue Heimat" Städtebau- und Wohnungsgesellschaften, die ca. 60 Tochtergesellschaften hat und die größte europäische Bauträgergesellschaft ist; die Bank für Gemeinwirtschaft AG, die ca. 100 Tochtergesellschaften hat und die viertgrößte überregionale Geschäftsbank in der Bundesrepublik ist; die Volksfürsorge Lebensversicherung AG, die ca. 15 Tochtergesellschaften hat und nach der Zahl der Versicherungsverträge die größte deutsche Lebensversicherung ist oder die Coop-Zentrale AG, zweitgrößte deutsche Einzelhandelsgruppe. Vgl. dazu Reinhard JOHE, Horst-Udo NIEDENHOFF, Wolfgang PEGE, Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Daten, Fakten, Struktur, Köln: Deutscher Institutsverlag 1977, S. 90 ff.

einer religiösen Laienorganisation kann von größerer Bedeutung sein als die in einer Gewerkschaft, da von der Tradition der SPD her die Gewerkschaftsmitgliedschaft quasi eine Muß-Verbindung¹⁾ darstellt oder zumindest "eher als selbstverständliche Geste der Neigung, als Ausdruck traditioneller Verbundenheit, denn als Ausdruck der Übereinstimmung in den politischen Zielen"²⁾ zu werten ist.

Der Organisationsgrad aller Führungsgruppen ist relativ hoch und bietet zumindest quantitativ eine gute Interaktionsbasis (s. Tabelle 21, S. 78). Bei den Spitzenpolitikern dominieren die Mitgliedschaften in Gewerkschaften und im wissenschaftlichen Bereich. Relativ hoch ist bei den Führungsgruppen von Bundesregierung/Bundestag und den Landesregierungen auch der Anteil derer, die Mitglied in religiösen Laienorganisationen und in Heimkehrer-, Flüchtlings- und Geschädigtenverbänden sind. Aufgeschlüsselt nach Parteien haben die SPD-Führungsgruppen ihren Schwerpunkt in den Gewerkschaften. Darüber hinaus ist fast jeder dritte Angehörige der SPD-Führungsschicht Mitglied in einer wissenschaftlichen Vereinigung. Die Kirchen verfügen vermittels Mitgliedschaft der Spitzenpolitiker der SPD in religiösen Laienorganisationen über ein beachtliches Kommunikationspotential in dieser Partei. Dies gilt auch für den Sozialbereich.

Von den Politikern haben die der FDP den niedrigsten Organisationsgrad. Erwähnenswert ist hier vor allem der Anteil von 14 % Gewerkschaftsmitgliedern, der angesichts des mittelständischen Images dieser Partei nicht zu erwarten war.

Bei den Führungsgruppen der CDU/CSU dominieren Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen und erwartungsgemäß in religiösen Laienorganisationen. Der Anteil der Mitglieder in Heimkehrer-, Flüchtlings und Geschädigtenverbänden liegt über dem der anderen Parteien. Bei den Mitgliedschaften der CDU/CSU in Gewerkschaften handelt es sich um solche in teilweise

1) Vgl. ZAPF, op. cit., S. 185 ff.

2) Horst W. SCHMOLLINGER, Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, ZParl 1974, S. 86.

Tabelle 21: Mitgliedschaften a)

	Gewerkschaften	b) Wissenschaftliche Vereinigungen	Religiöse Laienorganisationen	Heimkehrer-, Flüchtlings- u. Geschädigtenverbände	Fürsorge- u. Wohlfahrtsorganisationen c)
Bundesregierung/ Bundesrat	48,0	31,0	27,0	19,0	6,0
Landesregierungen	47,6	50,0	25,6	11,0	3,7
Parteien	36,8	27,9	8,8	10,3	4,4
Politische Beamte Bund	150,0	35,9	11,5	3,8	1,3
Nicht-pol. Beamte Bund	41,3	37,0	6,5	5,1	0,7
Politische Beamte Land	69,8	52,8	9,4	3,8	1,9
Nicht-pol. Beamte Land	64,1	38,8	12,9	4,8	3,3
Massenmedien	70,5	13,4	4,5	2,2	3,1
Herausgeber/Verleger	2,6	18,4	10,5	2,6	2,6
Industrieunternehmen	5,2	44,5	8,1	2,3	-
Banken/Versicherungen	14,9	55,4	8,1	4,1	-
Wirtschaftsverbände	2,0	43,6	10,9	1,0	1,0
Gewerblicher Mittelstand	-	50,0	10,0	-	-
Landwirtschaft	-	52,8	17,0	5,7	-
Gewerkschaften	98,4	33,9	12,9	-	3,2
Wissenschaft	67,4	91,3	10,9	-	-
Militär	78,0	17,1	9,8	2,4	-
Politische Führungsschicht nach Parteien:					
SPD	90,0	32,0	13,0	12,0	8,0
FDP	14,3	28,6	2,4	4,8	2,4
CDU	15,7	42,2	37,3	18,1	2,4
CSU	12,5	45,8	37,5	25,0	4,2

a) Mehrfachnennungen.

b) Die Fragebogenkontrolle der Antworten zu den Mitgliedschaften legte es nahe, bei den administrativen Führungsgruppen, denen das Massenmedienbereiches, der Wissenschaft und des Militärs die Kategorien Gewerkschaftsmemberschaft und Mitgliedschaft in berufständischen Organisationen zusammenzufassen, zumal auch die Einordnung der Interessenvertretung dieser Gruppen in der Literatur unterschiedlich gehandhabt wird. Bei den politischen Führungsgruppen konnte hingegen eine Diskriminierung zwischen den beiden Kategorien festgestellt werden.

c) Diese Kategorie wurde nicht explizit abgefragt, sondern aus den zusätzlich zu einer vorgegebenen Liste genannten Organisationen gebildet.

konkurrierenden, "ideologisch" differenzierten Arbeitnehmerorganisationen: vor allem der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG), dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).¹⁾

Die Mitgliedschaften der administrativen Führungsgruppen konzentrieren sich vor allem auf die Arbeitnehmerorganisationen und den wissenschaftlichen Bereich. Im Vergleich zu den Ämtern weisen diese Führungsgruppen noch einen nennenswerten Anteil an Mitgliedern in religiösen Laienorganisationen auf. Der relativ hohe Organisationsgrad der Spitzenbeamten in Arbeitnehmerorganisationen weist auf einen Wandel im Rollenverständnis der deutschen Beamtenschaft hin: Sie versteht sich weitgehend als eine Gruppe, die durch Organisation versucht, die Vertretung ihrer Interessen zu verstärken.²⁾

Bei den Mitgliedschaften der gesellschaftlichen Führungsgruppen steht wie schon bei der Ämterkumulation der Sozialbereich am Rande des Kommunikationsprozesses; wiederum dominieren die Verbindungen zum wissenschaftlichen Bereich. Bei dem relativ hohen Anteil von Mitgliedschaften der Führungsgruppen des Massenmedienbereiches, der Wissenschaft und des Militärs in Arbeitnehmerorganisationen handelt es sich um solche in berufsspezifischen Organisationen der Interessenvertretung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß auch im Mittelpunkt des hier analysierten Interaktionssystems - Ämterkumulation und Mitgliedschaften - der politisch-administrative Bereich steht, wobei die politischen Führungsgruppen ein sektoral breiteres Spektrum aufweisen als die administrativen.

2. Direkte Kommunikation

Die Ergebnisse der bisherigen Analysen lassen einen hohen Kommunikationsgrad der Führungsgruppen, definiert durch die Anzahl der Kontakte zu anderen Sektoren, erwarten. Die Daten der direkten Kommunikation bestätigen diese Annahme: Fast 98 % der Befragten gaben an, mit Institutionen und Organisationen außerhalb ihres eigenen Bereiches Kontakte zu pflegen. Die Aufschlüsselung der durch-

¹⁾Vgl. auch Kurt HIRCHE, Gewerkschafter im 7. Deutschen Bundestag, Gewerkschaftliche Monatshefte 1973, S. 87.

²⁾Vgl. B. STEINKEMPER, op. cit., S. 83. Zu den Mitgliedschaften der Spitzenpolitiker und -beamten ausführlich: NEUMANN, op. cit., S. 119 ff.

schnittlichen Zahl der Kontaktstellen zeigt folgendes Bild:

Landwirtschaft	4,8
Gewerblicher Mittelstand	4,7
Landesregierungen	4,0
Militär	4,0
Gewerkschaften	3,9
Parteien	3,8
Politische Beamte Land	3,8
Bundesregierung/Bundestag	3,5
Wirtschaftsverbände	3,5
Massenmedien	3,4
Herausgeber/Verleger	3,4
Industrieunternehmen	3,4
Wissenschaft	3,3
Politische Beamte Bund	3,1
Nicht-politische Beamte Land	3,1
Banken/Versicherungen	3,1
Nicht-politische Beamte Bund	2,6

Die sektorale Aufgliederung der Organisationen (Tabelle 22) unterstreicht die dominierende Stellung des politisch-administrativen Systems im gesellschaftlich-politischen Kommunikations- und Entscheidungsprozeß. Außer bei den Führungsgruppen von Banken/Versicherungen ist bei allen anderen gesellschaftlichen Gruppen der Anteil derer mit Kontakten zum politisch-administrativen Bereich sogar höher oder mindestens genauso hoch wie der mit Kontakten im eigenen Bereich.

Die Kommunikation der gesellschaftlichen Führungsgruppen untereinander zeigt durchgehend einen hohen Austausch mit dem Massenmedienbereich, was dessen zentrale Informationsvermittlungsfunktion bestätigt. Im Mittelpunkt der Interaktionsprozesse stehen außerdem Industrieunternehmen / Banken, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und auch die Kirchen.

Diese kommunikativen Beziehungsmuster lassen auf eine hohe Kooperationsbereitschaft schließen, die eingangs als Bedingung für die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Gesamtsystems und die Integrationsfähigkeit des politisch-administrativen Systems angesehen wurde.

Die Interaktionen innerhalb des politisch-administrativen Bereiches sowie zwischen diesem und dem gesellschaftlichen Bereich müssen vor dem Hintergrund der politischen Strukturen, die die Kommunikation erleichtern bzw. fördern, gesehen werden. Hierzu zählt zunächst die interne Ausdifferenzierung des politisch-administrativen Systems.

a) Tabelle 22: Direkte Kommunikation

	Politisch-administratives System	Massenmedien	Industrieunternehmen/Banken	Wirtschaftsverbände	Landwirtschaft	Gewerkschaften	Bildung/Wissenschaft	Kirchen	Sozialbereich
Bundesregierung/ Bundestag	100,0	89,0	35,0	53,0	11,0	68,0	4,0	70,0	21,0
Landesregierungen	100,0	92,7	56,1	67,1	12,2	82,9	9,8	67,1	14,6
Parteien	100,0	91,2	48,5	57,4	13,2	75,0	11,8	64,7	14,7
Politische Beamte Bund	98,7	65,4	41,0	66,7	5,1	66,7	10,3	43,6	11,5
Nicht-pol. Beamte Bund	100,0	50,0	40,6	57,2	5,1	63,0	15,2	24,6	8,7
Politische Beamte Land	100,0	79,2	54,7	71,7	11,3	83,0	13,2	52,8	9,4
Nicht-pol. Beamte Land	100,0	67,5	46,9	52,2	10,5	60,8	15,8	38,3	15,8
Massenmedien	95,5	91,1	42,4	61,6	4,9	72,8	6,7	50,4	7,1
Herausgeber/Verleger	94,7	86,8	60,5	84,2	-	63,2	-	36,8	2,6
Industrieunternehmen	91,9	60,1	89,6	90,8	1,7	56,1	17,3	23,1	3,5
Banken/Versicherungen	85,1	60,8	89,2	82,4	1,4	43,2	4,1	29,7	1,4
Wirtschaftsverbände	100,0	62,4	78,2	99,0	4,0	68,3	10,9	23,8	2,0
Gewerblicher Mittelstand	100,0	85,0	65,0	100,0	5,0	70,0	10,0	30,0	-
Landwirtschaft	98,1	86,8	83,0	73,6	81,1	69,8	15,1	42,8	1,9
Gewerkschaften	87,1	87,1	59,7	75,8	6,5	98,4	8,1	55,2	8,1
Wissenschaft	97,8	87,0	41,3	41,3	-	37,0	69,6	26,1	4,3
Militär	97,6	85,4	19,5	53,7	4,9	51,2	14,6	70,7	4,9
Politische Führungsschicht nach Parteien:									
SPD	100,0	92,0	45,0	49,0	7,0	90,0	10,0	62,0	17,0
FDP	100,0	90,5	50,0	66,7	14,3	69,0	9,5	54,8	11,9
CDU	100,0	88,0	39,8	57,8	13,3	60,2	6,0	78,3	19,3
CSU	100,0	95,8	58,3	87,5	25,0	75,0	4,2	79,2	20,8

a) Die Frage lautete: Könnten Sie mir bitte sagen, mit welchen der auf dieser Liste aufgeführten Institutionen, Organisationen und/oder Gruppen Sie Kontakt pflegen bzw. zusammenarbeiten, und um welche es sich dabei im einzelnen handelt?

Auch bei Kontakten zu mehreren Institutionen in einem Bereich wurde dieser nur einmal gewertet. Mehrfachnennungen ergeben sich folglich nur über die Bereiche hinweg.

Betrachtet man die Organisation der Bundesexekutive und die politische Praxis, so liegt es nahe, einige Ministerien mit den Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu identifizieren. Diese Interessenidentität zeigt sich z. B. darin, daß Kompromisse oft nicht mehr zwischen konkurrierenden Gruppen und der Regierung, sondern zwischen den "zuständigen" Ministerien ausgehandelt werden.¹⁾ Zu den in dieser Hinsicht besonders interessanten Ressortministerien Interessensvertretungen zählen die Beziehungen zwischen dem Bundesrat und dem Landwirtschaftsministerium, den Gewerkschaften und dem Arbeits- und Sozialministerium, aber auch zwischen den Unternehmern/Wirtschaftsverbänden und dem Wirtschaftsministerium.²⁾

Diese Institutionalisierung gesellschaftlicher Interessen im politisch-administrativen System wird durch die Einflußnahme auf die Auswahl des politisch-administrativen Führungspersonals "abgesichert" werden. Dort, wo ein Ministerium als "Verbandsinsel" angesehen werden kann, ist auch die personalpolitische Verankerung von Gruppeninteressen am größten.³⁾ Dies gilt sowohl für die Besetzung von Beamtenpositionen als auch des entsprechenden Ministerpostens. Seit Bestehen der Bundesrepublik sind ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder zum Bundesarbeitsminister bestellt worden; mit einer Ausnahme (Herbert Schneider) alle Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Mitglieder der wirtschaftlichen Organisation, vorwiegend des Deutschen Bauernverbandes, gewesen.

Zu einem wirksamen Mittel der Einflußnahme gesellschaftlicher Gruppen auf die politische Normsetzung hat sich auch die Regelung der Anhörung von Gruppen bei den Ministerien entwickelt. Im Vorbereitungs- und Ausführungsstadium (Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften) eines Gesetzes "können die Vertretungen der beteiligten Fachkreise oder Verbände unterrichtet und um Oberlassung von Unterlagen gebeten werden sowie Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten."⁴⁾ Diese Regelung ist auf die Spitzenverbände - d. h. auf Verbände der ersten Wir-

1) Vgl. Joseph H. KAISER, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin: Duncker & Humblot 1956, S. 274.

2) Vgl. Herbert SCHNEIDER, Die Interessenverbände, München: Olzog 1965, S. 106.

3) Vgl. Klaus v. BEYME, Die Interessengruppen in der Demokratie, München: Piper 1969, S. 116.

4) § 24 Abs. 1, § 67 der Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGG) II.

kungskreis sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckt - beschränkt. In der Praxis hat sich diese Kannvorschrift zu einem laufenden Konsultationsverkehr zwischen Ministerien und gesellschaftlichen Organisationen entwickelt. Das gilt insbesondere für die "Verbandsinseln", bei denen eine gemeinsame Beratung mit den entsprechenden gesellschaftlichen Organisationen und damit deren Mitwirkung an der Gesetzgebung selbstverständlich ist, und zwar so selbstverständlich, wie es der DGB 1966 eine verwaltungsgerichtliche Klage gegen Bundeskanzler Erhard angestrengt hat, weil er bei einem Gesetzentwurf nicht konsultiert worden war. Die Klage wurde erst nach einer Entschuldigung des Kanzlers zurückgezogen.¹⁾ Die Kommunikation bzw. Kompromißfindung wird wesentlich dadurch erleichtert, daß für diese Verhandlungen im Regelfall Geheimhaltung vorgeschrieben ist.²⁾

Die Ausdifferenzierung des administrativen Systems findet ihre Parallelen in verbandskonform organisierten Fachausschüssen des Bundestages und Bundesrates sowie in den entsprechenden Gremien der Parteien und Fraktionen. Die Einflußnahme gesellschaftlicher Organisationen auf die Auswahl des parlamentarischen Führungspersonals kann durch die Beeinflussung der Kandidatenaufstellung bei den Wahlen zum Bundestag erfolgen. Dies ist über zwei Wege zu erreichen. Entweder fördert eine gesellschaftliche Gruppe die Aufstellung und Wahl von eigenen Mitgliedern oder sie unterstützt kandidierende Nichtmitglieder und bindet sie so an ihre Interessen.³⁾ Die Parteien haben die Möglichkeit, über die Landeslisten diese Kandidaten auf "sicheren" Plätzen unterzubringen. Das Angebot gesellschaftlicher Gruppen umfaßt zum einen finanzielle Mittel, zum anderen versprechen sich die Parteien eine "Sogwirkung" auf den von dem Kandidaten vertretenen Interessenkreis. Darüber hinaus legen die Parteien in steigendem Maße Wert darauf, fachlich qualifizierte "Experten" für die Parlamentsarbeit zu bekommen.⁴⁾ Diese "Angebote" können nicht alle gesellschaftlichen Gruppen machen; begünstigt sind hier vor allem die Landwirtschaft, die

¹⁾ Vgl. BEYNE, Interessengruppen, op. cit., S. 114.

²⁾ Vgl. Wilhelm HENNIS, Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, PVS 1960, S. 27.

³⁾ Vgl. Rainer HENSEL, Der Einfluß wirtschaftlicher Verbände auf die parlamentarische Arbeit, Diss., Göttingen 1973, S. 29.

⁴⁾ Vgl. zu den Vorteilen, die die Parteien bei der Berücksichtigung von "Verbandskandidaten" haben: HENSEL, op. cit., S. 29 ff.

Wirtschaft und die Gewerkschaften.¹⁾ Seitdem sich auch die SPD immer mehr zu einer Volkspartei entwickelte, ist jede "der großen Parteien so verbandsdurchlässig geworden, daß sie von extremen Ausnahmen abgesehen, für annähernd jede bedeutsame Interessengruppierung Zugang bietet."²⁾ Diese Durchdringung aller Fraktionen mit Vertretern gesellschaftlich mächtiger Gruppen begünstigt im Zusammenhang mit der internen fachspezifischen Ausdifferenzierung der Fraktionen und des Bundestages die Kommunikation, aber auch die Durchsetzung von Gruppeninteressen: denn erstens konzentrieren sich die "Experten" in den entsprechenden Gremien und zum anderen folgen in der Regel die Fraktionsvollversammlungen den Vorschlägen ihrer Arbeitsgruppen und das Plenum des Bundestages denen seiner Ausschüsse. Die interfraktionelle Zusammenarbeit der Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wird auch dadurch begünstigt, daß diese vor allem an den Details der Gesetzgebung interessiert sind und hier über Parteigrenzen hinweg leichter eine Obereinstimmung zu erreichen ist. Dies wird wiederum durch die generelle Vertraulichkeit der Sitzungen³⁾ erleichtert. Die starke Interessenunterwanderung bestimmter Ausschüsse und Arbeitsgruppen hat zur Folge, daß die Ministerialbürokratie bei Gesetzesentwürfen sowohl die entsprechenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen als auch die gesellschaftlichen Gruppen konsultiert, damit diese Entwürfe später das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren passieren.

Vor den hier grob skizzierten, von der Verfassungswirklichkeit geprägten Strukturen müssen die folgenden Ausführungen gesehen werden.⁴⁾

Im Mittelpunkt der kommunikativen Beziehungen der politisch-administrativen Führungsgruppen stehen die Massenmedien, Industrieunternehmen/Banken, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und auch die Kirchen (vgl. Tabelle 22, S. 81).

1) vgl. HENSEL, op. cit., S. 30 ff.

2) HENSEL, op. cit., S. 48 f.

3) Selbst bei den Anhörungen der Bundestagsausschüsse dominieren die nicht-öffentlichen Sitzungen. In der 7. Wahlperiode fanden 76 öffentliche und 90 nicht-öffentliche Anhörungen statt; von letzteren entfielen allein auf den Ausschuß für Wirtschaft 11, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 16, den Ausschuß für Arbeit- und Sozialordnung 10 und den Finanzausschuß 12. Siehe dazu NEUMANN, op. cit., S. 173 ff.

4) Ausführlich dazu: NEUMANN, op. cit., S. 56 ff., 139 ff.

Im Vergleich zu den bisherigen Befunden fällt die geringe Kommunikation mit dem Bereich Bildungswesen/Wissenschaft auf. Dies erstaunt angesichts der Kulturhoheit der Länder insbesondere bei den Landespolitikern und -beamten.

Zwischen den Parteien zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede im Austausch mit dem Medienbereich. Auch die Kommunikation mit dem Bereich Industrie/Banken kann innerhalb des Parteiensystems als ausgeglichen angesehen werden, wobei von den Politikern der Unionsparteien die der CSU eine höhere Kommunikationsquote mit diesem Bereich aufweisen. Die Kontakte zu den Wirtschaftsverbänden differieren etwas stärker nach Parteien. Sie liegen bei der SPD unter dem Durchschnitt, während sie bei der CSU mit 85,7 % nach den Massenmedien der am häufigsten genannte Kommunikationspartner sind. Die SPD-Führungsgruppen haben von allen erwartungsgemäß den höchsten Austausch mit den Gewerkschaften, die CDU/CSU-Politiker mit den Kirchen. Allerdings ist bei den Kontakten zu den Kirchen der Unterschied zwischen den Parteien nicht so ausgeprägt wie bei denen zu den Gewerkschaften.

Neben den oben beschriebenen formalisierten Informations- und Kommunikationskanälen wird die Interaktion mit dem politisch-administrativen Bereich und innerhalb dieses Bereiches von weiteren Faktoren determiniert, u. a. von Ausmaß und Form der Regierungsaktivitäten. Infolge der zunehmenden Ausweitung der Regierungstätigkeit in modernen Industriegesellschaften, was - wie oben erwähnt - in besonders ausgeprägter Form für die Bundesrepublik zutrifft, ist ein hoher Kommunikationsgrad innerhalb der politisch-administrativen Führungsgruppen einerseits und zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und dem politisch-administrativen System andererseits zu erwarten. Dies wird auch durch die Daten bestätigt: Die durchschnittliche Zahl der Kontaktstellen der gesellschaftlichen Führungsgruppen im politisch-administrativen System liegt bei 3.3.¹⁾

¹⁾ Es wurden fünf Einheiten als Kontaktstellen in die Analyse einbezogen: Exekutive Bund, Legislative Bund, Exekutive Land, Legislative Land und Parteien. Auch bei Nennung mehrerer Institutionen in einer Einheit wurde diese nur einmal gewertet.

Im einzelnen:

Massenmedien	3,9
Landwirtschaft	3,8
Gewerkschaften	3,8
Gewerblicher Mittelstand	3,7
Wissenschaft	3,4
Wirtschaftsverbände	3,3
Herausgeber/Verleger	3,3
Militär	3,2
Industrieunternehmen	2,5
Banken/Versicherungen	2,4

Die Durchschnittszahl der Kontakte der politisch-administrativen Führungsgruppen untereinander liegt etwas darüber (4,0), wobei die Politiker einen höheren Kommunikationsgrad aufweisen als die Spitzenbeamten:

Landesregierungen	4,8
Bundesregierung/Bundestag	4,6
Parteien	4,6
Politische Beamte Land	4,5
Nicht-politische Beamte Land	3,8
Politische Beamte Bund	3,4
Nicht-politische Beamte Bund	3,0

Die bevorzugten Partner der Kommunikation ergeben sich aus der Form des Regierungssystems. In gewaltenteilig-dualistischen Systemen wie den USA ist zu erwarten, daß das Parlament Hauptadressat ist, während in parlamentarischen Systemen wie der Bundesrepublik die Exekutive diese Stelle einnimmt.¹⁾ In Staaten mit ausgeprägtem Föderalismus dürften darüber hinaus die politischen Institutionen auf Landesebene, speziell wiederum die Exekutiven, bevorzugte Kommunikationspartner sein. Dafür spricht in der Bundesrepublik auch, daß die Landesregierungen über den Bundesrat die Gesetzgebung beeinflussen können.

Der im Vergleich zu den Kontakten mit den politischen Institutionen höhere Kommunikationsgrad der gesellschaftlichen Führungsgruppen mit der Ministerial-

¹⁾ Die Dominanz der Exekutive spiegelt sich auch bei den Gesetzesinitiativen wider: Beispielsweise wurden von den 670 in der 7. Wahlperiode in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzesentwürfen 461 von der Bundesregierung vorgelegt, 73 vom Bundesrat und nur 136 vom Bundestag. Vgl. Stand der Gesetzgebung des Bundes, 7. Wahlperiode 1972-1976, Baden-Baden: Nomos, in Fortsetzung, S. XVIII.

Tabelle 23: Kontaktstellen des politisch-administrativen Systems^{a)}

	Exekutive Bund	Legislative Bund	Exekutive Land	Legislative Land	Parteien
Bundesregierung/ Bundestag	98,0	99,0	89,0	73,0	98,0
Landesregierungen	95,1	95,1	100,0	97,6	96,3
Parteien	85,3	98,5	89,7	88,2	100,0
Politische Beamte Bund	98,7	94,9	80,8	7,7	57,7
Nicht-politische Beamte Bund	100,0	95,7	73,9	1,4	31,9
Politische Beamte Land	92,5	71,7	100,0	100,0	90,6
Nicht-politische Beamte Land	92,3	36,4	99,5	95,2	55,0
<hr/>					
Massenmedien	83,9	77,2	83,5	56,7	87,1
Herausgeber/Verleger	65,8	65,8	78,9	42,1	78,9
Industrieunternehmen	77,5	37,6	79,2	19,7	39,3
Banken/Versicherungen	58,1	47,3	60,8	18,9	51,4
Wirtschaftsverbände	97,0	76,2	78,2	20,8	62,4
Gewerblicher Mittelstand	95,0	100,0	80,0	25,0	65,0
Landwirtschaft	73,6	64,2	94,3	77,4	69,8
Gewerkschaften	96,8	87,1	58,1	32,3	90,3
Wissenschaft	69,6	45,7	95,7	73,9	52,2
Militär	95,1	61,0	68,3	36,6	63,4

a) Auch bei Nennung mehrerer Institutionen innerhalb einer Einheit wurde diese nur einmal gewertet.

bürokratie¹⁾ bestätigt deren zentrale Stellung im politisch-gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozeß, zumal davon ausgegangen werden muß, daß die gesellschaftlichen Gruppen bei ihrer Einflußnahme auf diesen Prozeß bei den für die Durchsetzung ihrer Interessen wichtigsten politischen Machträgern ansetzen.²⁾

Für die einzelnen gesellschaftlichen Führungsgruppen ergeben sich folgende Kommunikationsmuster (Tabelle 23, S. 87): In bezug auf die Industrieunternehmen wird die Annahme bestätigt, daß sie ihre Interessen nicht nur über ihre organisierte Vertretung, sondern in sehr starkem Maße direkt im politisch-administrativen System geltend machen. Ihr Hauptadressat ist die Ministerialbürokratie sowohl auf Bundes- als auf Landesebene. Die Wirtschaftsverbände hingegen weisen eine breitere Kommunikationsstruktur auf. Sie haben ihren dominierenden Kommunikationspartner zwar auch in der Ministerialbürokratie, pflegen außerdem aber beachtliche Kontakte zum Bundestag und auch zu den Parteien. Die Führungsgruppen von Banken/Versicherungen haben ebenfalls ein breiteres Kommunikationsspektrum als die der Industrieunternehmen. Ähnliches gilt für die Führung des Gewerblichen Mittelstandes. Die Gewerkschaften kommunizieren in etwa gleichem Maße mit der Ministerialbürokratie auf Bundesebene, den Parteien und dem Bundestag. Bei den Führungsgruppen der Wissenschaft dominieren die Kontakte zu den Landesinstitutionen, was auf den Kulturföderalismus zurückzuführen ist; bei der Landwirtschaftselite erklärt sich dies dadurch, daß im Sample der föderalistischen Struktur der Organisation der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Rechnung getragen wurde.

Der sehr hohe Kommunikationsgrad der Politiker mit den in diese Analyse eingezogenen Institutionen (vgl. Tabelle 23, S. 87) resultiert zu einem großen Teil daraus, daß die politische Führungsspitze in der Bundesrepublik zumeist auf mehreren Ebenen Positionen besetzt - in Parlament, Regierung und Parteien. Da Partei und Fraktion unterschiedliche Funktionen haben,

1) Dies ergab eine getrennte Auszählung nach Institutionen innerhalb der Exekutive - auf Bundesebene nach Kontakten zum Bundeskanzleramt und den Bundesministerien, auf Landesebene nach Kontakten zu Staatskanzleien, Vertretungen der Länder beim Bund und Landesministerien.

2) Vgl. NARR/NASCHOLD, Theorie der Demokratie, op. cit., S. 221.

d. h. die Partei den Rahmen politischen Handelns bestimmt, die Fraktion für die praktische Ausgestaltung dieses Rahmens zuständig ist, läßt sich eine sachliche Integration über die personelle Integration leichter vollziehen.¹⁾

Aus dieser unterschiedlichen Rolle von Partei und Fraktion erklärt sich auch der relativ geringe Kommunikationsgrad der Spitzenbeamten mit den Parteien; er liegt teilweise noch unter dem der gesellschaftlichen Gruppen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die politischen Beamten auf Landesebene.

Eine Aufschlüsselung der Kontakte zu den einzelnen Parteien und Fraktionen soll zeigen, ob die bei der Analyse der Einstellungen der Führungsgruppen gefundenen Konflikte sich in der Kommunikationsstruktur niederschlagen oder ob diese eher von der politischen Realität determiniert wird (siehe Tabelle 24, S. 90).

Die Führungsgruppen der SPD pflegen mehr Kontakte zur FDP, ihrem Koalitionspartner im Bund und in mehreren Ländern, als zur CDU/CSU. Bei den Führungsgruppen der FDP ist nicht nur der Grad der Kommunikation mit den anderen Parteien höher, sie kommunizieren auch in etwa gleich starkem Maß mit der SPD und der CDU/CSU.

Hier zeigt sich - wie bei der Analyse der politischen Überzeugungen - die Mittelstellung der FDP im politischen Spektrum, die zugleich Offenheit für eine Koalition mit der CDU/CSU andeutet.²⁾

Insgesamt weisen die Führungsgruppen der CDU/CSU den geringsten Kommunikationsgrad mit den anderen Parteien auf, dabei gibt es kaum Unterschiede in bezug auf die Kontakte mit der SPD und der FDP.

Bei den Mitgliedern der administrativen Führungsgruppen, die Kontakte zu Parteien angegeben haben, ist der Anteil derer mit Kontakten zu allen drei Parteien erheblich höher als bei den Parteien selbst. Während jedoch bei den politischen Beamten im Bund die Kommunikation mit den Koalitionsparteien ausgeprägter ist, pflegen die nicht-politischen Bundesbeamten in gleich

1) Vgl. KAACK, op. cit., S. 663 f.

2) Seit 1977 gibt es wieder eine Koalitionsregierung von CDU und FDP, und zwar im Saarland.

Tabelle 24: Kontakte zu Parteien und Bundestagsfraktionen a)

	Befragte mit Kontakt zu Parteien				Befragte mit Spezifizierung der Angaben				Befragte mit Kontakt zu Bundestagsfraktionen				Befragte mit Spezifizierung der Angaben			
	Befragte mit Kontakt zu Parteien	SPD	FDP	CDU/CSU	Befragte mit Spezifizierung der Angaben	SPD	FDP	CDU/CSU	Befragte mit Kontakt zu Bundestagsfraktionen	SPD	FDP	CDU/CSU	Befragte mit Spezifizierung der Angaben	SPD	FDP	CDU/CSU
Bundesregierung/ Bundestag	98,0	53,8 ^{c)}	34,1	60,4	92,8	53,8 ^{c)}	34,1	60,4	94,0	68,2 ^{c)}	56,0	77,3	93,6	68,2 ^{c)}	56,0	77,3
Landesregierungen	96,3	74,3	54,1	83,8	93,6	74,3	54,1	83,8	91,5	67,1	39,4	65,2	89,0	67,1	39,4	65,2
Parteien	100,0	73,8	72,3	69,2	95,6	73,8	72,3	69,2	97,1	48,2	52,4	39,7	95,5	48,2	52,4	39,7
Politische Beamte Bund	57,7	92,9	85,7	76,2	93,3	92,9	85,7	76,2	76,9	100,0	87,7	77,2	95,0	100,0	87,7	77,2
Nicht-pol. Beamte Bund	31,9	90,5	69,0	66,7	95,5	90,5	69,0	66,7	58,0	100,0	92,1	84,2	95,0	100,0	92,1	84,2
Politische Beamte Land	90,6	97,9	85,1	78,7	97,9	85,1	83,8	78,7	58,5	48,1	40,7	63,0	87,1	48,1	40,7	63,0
Nicht-pol. Beamte Land	55,0	91,3	85,7	93,3	91,3	85,7	81,9	93,3	17,7	53,3	33,3	76,7	87,1	53,3	33,3	76,7
Massenmedien	87,1	87,2	96,5	95,3	87,2	96,5	92,3	95,3	72,8	92,0	84,1	92,8	84,7	92,0	84,1	92,8
Herausgeber/Verleger	78,9	93,3	96,4	96,4	93,3	96,4	78,6	96,4	57,9	78,9	84,2	94,8	86,4	78,9	84,2	94,8
Industrieunternehmen	39,3	89,7	70,5	62,3	89,7	70,5	62,3	91,8	22,5	63,8	61,1	38,9	92,3	63,8	61,1	38,9
Banken/Versicherungen	51,4	92,1	74,3	62,9	92,1	74,3	62,9	91,4	35,1	70,8	58,3	79,2	92,3	70,8	58,3	79,2
Wirtschaftsverbände	62,4	95,2	73,3	80,0	95,2	73,3	80,0	98,3	58,4	76,8	83,9	98,2	94,9	76,8	83,9	98,2
Gewerblicher Mittelstand	65,0	84,6	100,0	100,0	84,6	100,0	100,0	100,0	90,0	100,0	100,0	100,0	94,4	100,0	100,0	100,0
Landwirtschaft	69,8	97,3	80,6	72,2	97,3	80,6	72,2	100,0	52,8	77,7	77,7	96,3	96,4	77,7	77,7	96,3
Gewerkschaften	90,3	94,6	92,5	71,7	94,6	92,5	71,7	86,8	85,5	94,0	78,0	84,0	94,3	94,0	78,0	84,0
Wissenschaft	52,2	83,3	80,0	65,0	83,3	80,0	65,0	80,0	30,4	100,0	62,5	25,0	57,1	100,0	62,5	25,0
Militär	63,4	92,3	87,5	83,3	92,3	87,5	83,3	91,6	31,7	100,0	100,0	90,0	76,9	100,0	100,0	90,0
Politische Führungsschicht nach Parteien:																
SPD	97,0	94,8	97,8	51,1	94,8	97,8	51,1	42,4	91,0	100,0	52,4	38,1	92,3	100,0	52,4	38,1
FDP	100,0	97,6	65,9	92,7	97,6	65,9	92,7	61,0	97,6	42,5	100,0	27,5	97,6	42,5	100,0	27,5
CDU	98,8	91,5	32,0	30,7	91,5	32,0	30,7	100,0	95,2	32,4	26,8	100,0	89,9	32,4	26,8	100,0
CSU	100,0	95,8	47,8	43,5	95,8	47,8	43,5	100,0	100,0	35,4	31,8	100,0	91,7	35,4	31,8	100,0

a) Mehrfachnennungen

b) Basis der Prozentuierung: Zahl der Befragten mit Kontaktangaben

c) Basis der Prozentuierung: Befragte mit Spezifizierung der Angaben

starkem Maße Kontakte zur CDU/CSU wie zur FDP. Der im Vergleich zu den Bundesbeamten höhere Anteil an Landesbeamten mit Kontakten zur CDU/CSU ist darauf zurückzuführen, daß im Zeitpunkt der Umfrage die Hälfte der Landesregierungen von der CDU bzw. CSU, ein Drittel von der SPD und ein Drittel von der SPD und FDP getragen wurde.

Auch bei den Mitgliedern der gesellschaftlichen Führungsgruppen, die Kontakte zu Parteien genannt haben, ist der Anteil derer mit Kontakten zu allen drei Parteien höher als bei den Parteien selbst. Die bei der Analyse der Einstellungen gefundenen Differenzen kommen nur relativ geringfügig im Kommunikationsgrad zum Tragen: die Mitglieder der Führungsgruppen von Industrieunternehmen, Banken/Versicherungen, Wirtschaftsverbänden und Landwirtschaft kommunizieren in etwas stärkerem Maße mit der CDU/CSU, die Gewerkschaften mit der SPD. Alle gesellschaftlichen Gruppen mit Ausnahme der Wirtschaftsverbände interagieren jedoch weniger mit der FDP als mit der SPD und der CDU/CSU.

Die Ergebnisse bestätigen die Annahme der Pluralismustheorie, daß gesellschaftliche Gruppen mit allen politisch relevanten Parteien zusammenarbeiten und durch diese "cross-pressures" eine einseitige Beeinflussung vermieden wird. Sie unterstreichen jedoch auch die Determinierung der Interaktionsmuster durch die politische Struktur: Der föderalistische Aufbau eines Staates fördert die Kooperation mit mehreren Parteien, da in den Ländern die Regierungen teilweise von anderen Parteien getragen werden als im Bund.

Daß die politische Realität ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Interaktion ist, wird durch die Aufschlüsselung der Kontakte zu den Bundestagsfraktionen bestätigt (Tabelle 24, S. 90). Abweichungen von dem Muster der Kommunikation mit den Parteien sind vor allem darauf zurückzuführen, daß auf Bundesebene FDP und SPD die Regierung bilden. Die FDP-Führungsgruppen kommunizieren stärker mit der SPD-Fraktion als mit der CDU/CSU; die Mitglieder der Führungsgruppen der Wissenschaft interagieren überwiegend mit den Parteien der Regierungskoalition: die Forschungsförderung wird in der

1) Vgl. BEYNE, Interessengruppen, op. cit., S. 125 f.

Bundesrepublik auch vorwiegend von der Bundesregierung getragen. Lag bei der Kommunikation der militärischen Führungsgruppen mit den Parteien der Anteil derer, die mit der CDU/CSU Kontakte pflegen geringfügig über dem Anteil derer mit Kontakten zur SPD und FDP, so ist hier das Bild umgekehrt.¹⁾

Die Analyse der Kommunikationsmuster hat gezeigt, daß das politisch-administrative System im Mittelpunkt des Konfliktregulierungs- und Konsensbildungsprozesses in der Bundesrepublik steht. Bereits bei der sozialen und beruflichen Rekrutierung hatte sich die Integrationsfähigkeit dieses Bereiches angedeutet. Die allgemeine Akzeptierung der zentralen politischen Institutionen bedeutet, daß diese Funktion auch de facto ausgeübt werden kann. Die Konfliktpotentiale, die derzeit in der Bundesrepublik vorhanden sind, werden von den Parteien aufgegriffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, und über diese in das politisch-administrative System transformiert. In Verbindung mit der breiten Anerkennung des pluralistischen Kräftespiels und der Interaktionsdichte gewährleistet dies die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Systems. Allerdings stellt sich angesichts der Kommunikationsmuster und der Interaktionspotentiale, die das System den Eliten für die gesamtgesellschaftliche Konfliktregulierung zur Verfügung stellt, die Frage, ob für die Erklärung dieses Prozesses noch die Pluralismustheorie herangezogen werden kann oder ob die bundesrepublikanischen Gegebenheiten nicht vielmehr dem neo-korporatistischen Modell²⁾ entsprechen.

1) Zur direkten Kommunikation ausführlich NEUMANN, op. cit., S. 57 ff.

2) Vgl. dazu: Corporatism and Policy-Making in Contemporary Western Europe, Comparative Political Studies, Vol. 10, Nr. 1, 1977.

Fragebogenauszug

Nr.	Frage	Antwort																																										
	<p>Bei der hier durchgeführten Studie handelt es sich um eine wissenschaftliche Untersuchung im internationalen Rahmen. Die Untersuchung erstreckt sich auf etwa 2.000 Führungskräfte. Aus auswertungstechnischen Gründen muß mit einem weitgehend strukturierten Fragebogen gearbeitet werden. Sollten Sie jedoch die vorgesehenen Antwortmöglichkeiten bei einzelnen Fragen für nicht ausreichend oder nicht zutreffend halten, bitte ich Sie um ergänzende Hinweise und Kommentare, damit diese in der Auswertung berücksichtigt werden können.</p> <p>Das Interview bleibt selbstverständlich anonym.</p>																																											
9.	<p> <u>INT</u>: Liste B vorlegen und bis Frage 12 einschließlich liegenlassen! </p> <p>Könnten Sie mir bitte sagen, mit welchen der auf dieser Liste aufgeführten Institutionen, Organisationen und/oder Gruppen Sie Kontakte pflegen bzw. zusammenarbeiten, und um welche es sich dabei im einzelnen handelt?</p> <p> <u>INT</u>: Institutionen möglichst genau spezifizieren lassen, z. B. Namen des entsprechenden Ministeriums, Partei etc. erfragen! Mehrere Nennungen erwünscht! </p>	<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Karte IV 9 4 (X)</div>																																										
		<table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 70%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center;">Kontakt</th> <th style="width: 20%; text-align: center;">Kein Kontakt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. Bundeskanzleramt _____</td> <td style="text-align: center;">1 ()</td> <td style="text-align: center;">2 () 11</td> </tr> <tr> <td>2. Bundesministerien: _____</td> <td style="text-align: center;">1 ()</td> <td style="text-align: center;">2 () 12</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">13/14</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">15/16</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">17/18</td> </tr> <tr> <td>3. Bundestagsausschüsse: _____</td> <td style="text-align: center;">1 ()</td> <td style="text-align: center;">2 () 19</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">20/21</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">22/23</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">24/25</td> </tr> <tr> <td>4. Bundestagsfraktionen: _____</td> <td style="text-align: center;">1 ()</td> <td style="text-align: center;">2 () 26</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">27/28</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">29/30</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td></td> <td style="text-align: center;">31/32</td> </tr> </tbody> </table>		Kontakt	Kein Kontakt	1. Bundeskanzleramt _____	1 ()	2 () 11	2. Bundesministerien: _____	1 ()	2 () 12	_____		13/14	_____		15/16	_____		17/18	3. Bundestagsausschüsse: _____	1 ()	2 () 19	_____		20/21	_____		22/23	_____		24/25	4. Bundestagsfraktionen: _____	1 ()	2 () 26	_____		27/28	_____		29/30	_____		31/32
	Kontakt	Kein Kontakt																																										
1. Bundeskanzleramt _____	1 ()	2 () 11																																										
2. Bundesministerien: _____	1 ()	2 () 12																																										
_____		13/14																																										
_____		15/16																																										
_____		17/18																																										
3. Bundestagsausschüsse: _____	1 ()	2 () 19																																										
_____		20/21																																										
_____		22/23																																										
_____		24/25																																										
4. Bundestagsfraktionen: _____	1 ()	2 () 26																																										
_____		27/28																																										
_____		29/30																																										
_____		31/32																																										
		Fortsetzung nächste Seite!																																										

Nr.	Frage	Antwort	Kontakt	Kein Kontakt
	<u>Fortsetzung Frage 9 !</u>			
	5. Vertretungen der Länder beim Bund: _____		1 ()	2 () 33
	_____	34/35		
	_____	36/37		
	_____	38/39		

	6. Staatskanzleien, Senatskanzleien: _____		1 ()	2 () 40
	_____	41/42		
	_____	43/44		
	_____	45/46		

	7. Länderministerien: _____		1 ()	2 () 47
	_____	48/49		
	_____	50/51		
	_____	52/53		

	8. Landtagsausschüsse: _____		1 ()	2 () 54
	_____	55/56		
	_____	57/58		
	_____	59/60		

	9. Landtagsfraktionen: _____		1 ()	2 () 61
	_____	62/63		
	_____	64/65		
	_____	66/67		

	10. Parteien: _____		1 ()	2 () 68
	_____	69		
	_____	70		
	_____	71		

Fortsetzung nächste Seite!

Nr.

Frage

Antwort

Fortsetzung von Frage 9 1

Kontakt

Kein Kontakt

11. Verwaltung, Ministerialbürokratie: _____ 1 () 2 () 72

_____ 73/74
 _____ 75/76
 _____ 77/78

Karte V 9 5 (X)

12. Massenmedien: _____ 1 () 2 () 11

_____ 12/13
 _____ 14/15
 _____ 16/17

13. Arbeitgeber- und Industrieverbände: _____ 1 () 2 () 18

_____ 19/20
 _____ 21/22
 _____ 23/24

14. Gewerkschaften: _____ 1 () 2 () 25

_____ 26/27
 _____ 28/29
 _____ 30/31

15. Sonstige Verbände und Interessengruppen: _____ 1 () 2 () 32

_____ 33/34
 _____ 35/36
 _____ 37/38

Fortsetzung nächste Seite!

Nr.	Frage	Antwort		
Fortsetzung von Frage 9 !			Kontakt	Kein Kontakt
16.	Großunternehmen, Banken: _____	1 ()	2 ()	39
	_____ 40/41			
	_____ 42/43			
	_____ 44/45			
17.	Kirchen: _____	1 ()	2 ()	46
	_____ 47			
	_____ 48			
	_____ 49			
18.	Sonstige, und zwar: _____	1 ()	2	50
	_____ 51/52			
	_____ 53/54			
	_____ 55/56			
	Ganze Frage weiß nicht		7 ()	
	Ganze Frage verweigert		8 ()	
			9	
14.	INT: Liste C vorlegen!	Ja	32	1 () → 14 A
	Sind Sie zur Zeit Mitglied in einer oder mehreren dieser Vereinigungen oder Organisationen?	Nein	2 ()	
		Weiß nicht	7 ()	→ 15
		Verweigert	8 ()	
			9	
14.	In welcher bzw. welchen? A. Nennen Sie mir bitte die <u>Kategorien</u> anhand der Liste C!	A	Private gesellschaftliche Vereinigung wie kulturelle oder gesellige Clubs und Verbindungen	33/1 ()
		B	Berufsständische Organisationen	34/1 ()
		C	Gewerkschaften	35/1 ()
		D	Wirtschaftsverbände	36/1 ()
		E	Politische Partei, und zwar: _____	37
		F	Sonstige politische und staatsbürgerl. Vereinigungen	38/1 ()
		G	Religiöse Laienorganisationen	39/1 ()
		H	Heimkehrer-, Flüchtlings-, Geschädigtenverbände	40/1 ()
		J	Bäuerliche Organisationen	41/1 ()
		K	Internationale Vereinigungen	42/1 ()
		L	Wissenschaftliche Vereinigungen	43/1 ()
		M	Sonstige, und zwar:	
			_____ 44/45	

		Ganze Frage weiß nicht	7 ()	
		Ganze Frage verweigert	8 ()	

5. Würden Sie bitte von den Stationen Ihres beruflichen Lebensweges Ihre jetzige Position, Ihre letzte und vorletzte Position vor der jetzigen sowie Ihre Anfangsposition in dieses Schema eintragen, indem Sie jeweils den entsprechenden Sektor ankreuzen und zur näheren Charakterisierung Ihre jeweilige Tätigkeit sowie die Dauer angeben?

Position	Sektor	Rang und Tätigkeit	Dauer
Jetzige Position	1. Politik () 2. Verwaltung () 3. Justiz () 4. Wirtschaft () 5. Arbeitgeber- und Industrieverbände () 6. Gewerkschaften () 7. Massenmedien () 8. Bildungswesen () 9. Wissenschaft () 10. Militär () 11. Kirche () 12. Sonstige, und zwar: _____	_____ _____ _____ _____ _____ _____	seit _____
Letzte Position vor der jetzigen	1. Politik () 2. Verwaltung () 3. Justiz () 4. Wirtschaft () 5. Arbeitgeber- und Industrieverbände () 6. Gewerkschaften () 7. Massenmedien () 8. Bildungswesen () 9. Wissenschaft () 10. Militär () 11. Kirche () 12. Sonstige, und zwar: _____	_____ _____ _____ _____ _____ _____	von _____ bis _____
Vorletzte Position vor der jetzigen	1. Politik () 2. Verwaltung () 3. Justiz () 4. Wirtschaft () 5. Arbeitgeber- und Industrieverbände () 6. Gewerkschaften () 7. Massenmedien () 8. Bildungswesen () 9. Wissenschaft () 10. Militär () 11. Kirche () 12. Sonstige, und zwar: _____	_____ _____ _____ _____ _____ _____	von _____ bis _____
Anfangsposition (1. Position nach Abschluß der Ausbildung)	1. Politik () 2. Verwaltung () 3. Justiz () 4. Wirtschaft () 5. Arbeitgeber- und Industrieverbände () 6. Gewerkschaften () 7. Massenmedien () 8. Bildungswesen () 9. Wissenschaft () 10. Militär () 11. Kirche () 12. Sonstige, und zwar: _____	_____ _____ _____ _____ _____ _____	von _____ bis _____

Nr.	Frage	Antwort		
16.	<p>INT: Liste D vorlegen!</p> <p>Waren Sie früher außerdem noch in einem der <u>übrigen</u> Bereiche tätig? Wenn ja, in welchem Sektor und in welcher Position jeweils?</p>	<p>Tätig</p> <p>Position</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Politik () _____ 2. Verwaltung () _____ 3. Justiz () _____ 4. Wirtschaft () _____ 5. Arbeitgeber- und Industrieverbände () _____ 6. Gewerkschaften () _____ 7. Massenmedien () _____ 8. Bildungswesen () _____ 9. Wissenschaft () _____ 10. Militär () _____ 11. Kirche () _____ 12. Sonstige, und zwar: _____ _____ _____ 	<p>Karte VII 9 7 (X)</p>	<p>12/13 Ja 11 1 ()</p> <p>14/15 Nein 2 ()</p> <p>16/17</p>

17.	<p>Haben Sie neben Ihrer jetzigen Position noch weitere Positionen oder Ämter inne? Wenn ja, welche?</p> <p>INT: Ausführlich notieren!</p> <p>und zwar: _____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>	<p>Ja 18 1 ()</p> <p>19/20</p> <p>21/22</p> <p>23/24</p> <p>25/26</p> <p>27/28</p> <p>29/30</p> <p>31/32</p> <p>Nein 18 2 ()</p> <p>Weiß nicht 7 ()</p> <p>Verweigert 8 ()</p>
-----	--	--

Nr.	Frage	Antwort			
-----	-------	---------	--	--	--

24. **INT: Chamois Kartensatz mischen und vorlegen! Skala II vorlegen!**

Wir haben hier eine Reihe von möglichen Zielen der deutschen Innen- und Außenpolitik zusammengestellt, die zur Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Sagen Sie mir bitte wiederum mit Hilfe dieser Skala zu jedem dieser Ziele, inwieweit Sie ihm zustimmen oder es ablehnen.

		Skalenwert	Weiß nicht	Verweigert	Kommentar
A	Liberalisierung des Strafrechts	52 ___	7 ()	8 () 9	_____
B	Erweiterung der Mitbestimmung	53 ___	7 ()	8 () 9	_____
C	Erweiterung der Sozialversicherung	54 ___	7 ()	8 () 9	_____
D	Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden	55 ___	7 ()	8 () 9	_____
E	Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes auf Kosten des Individualverkehrs	56 ___	7 ()	8 () 9	_____
F	Einführung der Gesamtschule	57 ___	7 ()	8 () 9	_____
G	Vermögensumverteilung	58 ___	7 ()	8 () 9	_____
H	Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen nach dem Verursachungsprinzip	59 ___	7 ()	8 () 9	_____
J	Stärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses	60 ___	7 ()	8 () 9	_____
K	Völkerrechtliche Anerkennung der DDR	61 ___	7 ()	8 () 9	_____
L	Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten der Einheit Westeuropas	62 ___	7 ()	8 () 9	_____

Fortsetzung nächste Seite!

Nr.	Frage	Antwort			
	<u>Fortsetzung von Frage 24 !</u>	Skalenwert	Weiß nicht	Verweigert	Kommentar
M	Mehr Mittel für die Entwicklungs- politik	63 _____	7()	8 () 9	_____
N	Erhaltung der deutschen Landwirt- schaft	64 _____	7()	8 () 9	_____
O	Sicherung des selbständigen Mittel- standes	65 _____	7()	8 () 9	_____
P	Erziehung der Jugend zur Einfügung in die bestehende Ordnung	66 _____	7()	8 () 9	_____
Q	Erhaltung der Sozialen Marktwirtschaft	67 _____	7()	8 () 9	_____
R	Überrahme einer Vermittlerrolle der Bundesrepublik zwischen Ost und West	68 _____	7()	8 () 9	_____
				Weiß nicht (ganze Frage)	7 ()
				Verweigert (ganze Frage)	8 () 9

25.	INT: Liste E vorlegen!	Alleinregierung der SPD	69/70	01 ()
	Welche der auf dieser Liste genannten möglichen Regierungen bzw. Regierungs- koalitionen auf Bundesebene scheint Ihnen am besten geeignet, die anstehen- den Probleme zu lösen?	Alleinregierung der CDU/CSU		02 ()
		Koalition aus SPD und FDP		03 ()
		Koalition aus CDU/CSU und FDP		04 ()
		Koalition aus CDU/CSU und SPD		05 ()
		Koalition aus CDU/CSU, SPD und FDP		06 ()
	INT: Nur eine Nennung!	Keine von diesen, sondern:		
		Alle gleich gut		95 ()
		Alle gleich schlecht		96 ()
		Weiß nicht		97 ()
		Verweigert		98 ()
				99

Nr.	Frage	Antwort	
38.	<p>Ich habe hier ein Kartenspiel, das die Namen von gegenwärtig in der Bundesrepublik existierenden Parteien enthält.</p> <p> INT: Orangen Kartensatz mischen und vorlegen! </p> <p>Würden Sie diese Karten bitte in eine Reihenfolge bringen, so daß an erster Stelle die Partei steht, mit der Sie noch am ehesten übereinstimmen und an letzter Stelle die Partei, die Sie am entschiedensten ablehnen?</p> <p> INT: Rangreihe legen und alle Karten einstufen lassen! </p>	<p>Rangplatz</p> <p>SPD 30 _____</p> <p>CDU 31 _____</p> <p>CSU 32 _____</p> <p>FDP 33 _____</p> <p>DKP 34 _____</p> <p>NPD 35 _____</p>	<p>39</p>
39.	<p> INT: Für die Partei, die lt. Frage 38 Rangplatz 1 hat, fragen:</p> <p>Sie haben an erster Stelle die . . . genannt!</p> <p> INT: Skala VI vorlegen! </p> <p>Wie nahe stehen Sie dieser Partei?</p>	<p>Weiß nicht 7 ()</p> <p>Verweigert 8 ()</p> <p>9</p>	<p>40</p>
40.	<p>Welche Veränderungen kommen Ihrer Ansicht nach kurzfristig und welche langfristig auf unsere Gesellschaft zu?</p> <p><u>Kurzfristige Veränderungen:</u></p> <p>_____ 37/38</p> <p>_____ 39/40</p> <p>_____ 41/42</p> <p>_____ Keine 96 ()</p> <p>_____ Weiß nicht 97 ()</p> <p>_____ Verweigert 98 ()</p> <p>99</p> <p><u>Langfristige Veränderungen:</u></p> <p>_____ 43/44</p> <p>_____ 45/46</p> <p>_____ 47/48</p> <p>_____ Keine 96 ()</p> <p>_____ Weiß nicht 97 ()</p> <p>_____ Verweigert 98 ()</p>	<p>36 _____</p> <p>Weiß nicht 7 ()</p> <p>Verweigert 8 ()</p> <p>9</p>	<p>99</p>

**INT: Grauen Kartensatz mischen und vorlegen!
Skala II vorlegen!**

Wir haben hier eine Reihe von Ansichten, die häufig geäußert werden.
Sagen Sie mir bitte, für jede Aussage anhand dieser Skala, inwieweit Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen.

		<u>Skalenwert</u>	<u>Verweigert</u>
A	In der Bundesrepublik kommt es weniger auf eine wirksame öffentliche Kontrolle der Regierung an, als vielmehr darauf, daß es überhaupt eine starke, zielbewußte und handlungsfähige Regierung gibt.	41 _____	8 () 9
B	Meinungs- und Diskussionsfreiheit müssen dort ihre Grenze haben, wo elementare moralische Überzeugungen und sittliche Grundwerte berührt werden.	42 _____	8 () 9
C	Demokratie ist auf die Dauer in Deutschland nur möglich, wenn sich eine starke politische Führung über alle Gruppeninteressen hinwegsetzt.	43 _____	8 () 9
D	Stabilität und Kontinuität der politischen Führung sind für die Bundesrepublik wichtiger als eine möglichst hohe Chance der Ablösung einer Regierungspartei durch die Opposition.	44 _____	8 () 9
E	Vieles spricht dafür, für bestimmte Verbrechen die Todesstrafe auch in der Bundesrepublik einzuführen.	45 _____	8 () 9
F	Das Gemeinwohl in der Bundesrepublik und die Interessen des ganzen Volkes werden grundsätzlich durch die ständigen Forderungen und Auseinandersetzungen der Interessengruppen gefährdet.	46 _____	8 () 9
G	Um sozial gerechte Lösungen zu finden, ist es nicht notwendig, Konflikte offen auszutragen.	47 _____	8 () 9
H	Auch wer in einer Auseinandersetzung Recht hat, sollte einen Kompromiß suchen.	48 _____	8 () 9
J	Die größte Gefahr für die westlichen Demokratien ist nach wie vor der aggressive Weltkommunismus, dem nur mit Härte begegnet werden kann.	49 _____	8 () 9
K	In der Demokratie muß die Bevölkerung durch die Abstimmung in allgemeinen Wahlen einen möglichst großen Einfluß auf die personelle Zusammensetzung und das Programm der Regierung haben.	50 _____	8 () 9
L	Es kann keine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft geben, weil es eine ganze Reihe nicht-politischer Bereiche gibt, in denen andere Entscheidungskriterien gelten.	51 _____	8 () 9
M	Demokratie kann nur verwirklicht werden, wenn der Einzelne die Chance hat, sich nicht nur an den allgemeinen Wahlen zu beteiligen, sondern auch am Arbeitsplatz weitgehend mitzubestimmen.	52 _____	8 () 9
		Weiß nicht	7 ()
		Verweigert	8 ()
			9

Nr.	Frage	Antwort
-----	-------	---------

49. Welche Ausbildung hatte Ihr Vater?

|| INT: Wenn Hochschule/Universität, zusätzlich
Fachrichtung erfragen! ||

55/56

50. Sagen Sie mir doch bitte anhand dieser Liste, welchen Beruf oder welche Tätigkeit Ihr Vater gegen Ende Ihrer Schulzeit ausübte.

<u>Angestellter</u>	Öffentlicher Dienst:	
	Einfacher Angestellter	57/58 01 ()
	Mittlerer Angestellter	02 ()
	Leitender Angestellter	03 ()
	Wirtschaft / Industrie:	
	Einfacher Angestellter	11 ()
	Mittlerer Angestellter	12 ()
	Leitender Angestellter	13 ()
<u>Beamter</u>	Einfacher Dienst	21 ()
	Mittlerer Dienst	22 ()
	Gehobener Dienst	23 ()
	Höherer Dienst	24 ()
<u>Landwirt</u>	Bis 10 ha	31 ()
	Über 10 ha	32 ()
Untermehrer, Fabrikant (mit mehr als 20 Beschäftigten)		41 ()
Selbständig Gewerbetreibender, gewerblicher Mittelstand		42 ()
Handwerker		51 ()
Facharbeiter		52 ()
Arbeiter		53 ()
Freie akademische Berufe		61 ()
Berufssoldat, Rang _____		71-79 ()
Journalist		82 ()
Pensionär, Rentner		91 ()
Sonstige, und zwar: _____		81-89 ()

Gestorben 96 ()

Weiß nicht 97 ()

Verweigert 98 ()

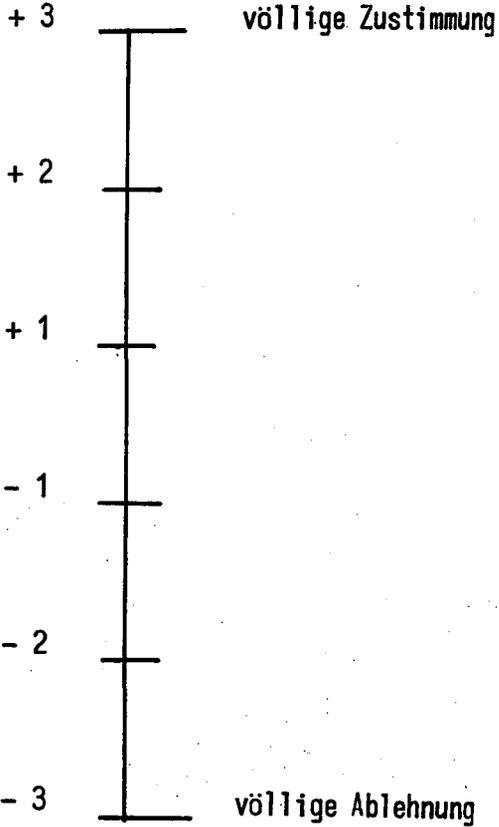
Nr.	Frage	Antwort
56.	Hat man in Ihrem Elternhaus viel über Politik gesprochen? <u>Kommentar:</u> _____ _____ _____ _____	Ja 65 1 () Nein 2 () Weiß nicht 7 () Verweigert 8 () 9
57.	Standen Ihre Eltern einer Partei oder politischen Gruppierung nahe? und zwar: _____ 67/68 _____ _____	Ja 66 1 () Nein 66 2 () Weiß nicht 7 () Verweigert 8 () 9
58.	Gab es in Ihrem Elternhaus politische Meinungsverschiedenheiten?	Ja 69 1 () → 58A Nein 2 () Weiß nicht 7 () → 59 Verweigert 8 () 9
58. A	In welcher Beziehung? _____ 70/71 _____ _____ _____	Weiß nicht 97 () Verweigert 98 () 99
59.	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>INT: Schema IV vorliegen und vom Befragten selbst ausfüllen lassen!</p> </div> <p>Würden Sie bitte in diesem Schema ankreuzen, welche Ausbildung Sie haben?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>INT: Listen- und lfd. Nr. auf Rückseite von Schema IV eintr.</p> </div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> <p>Karte XII</p> <p>Sp. 11 - 25</p> </div>

59. Ausbildungsweg

Schema IV

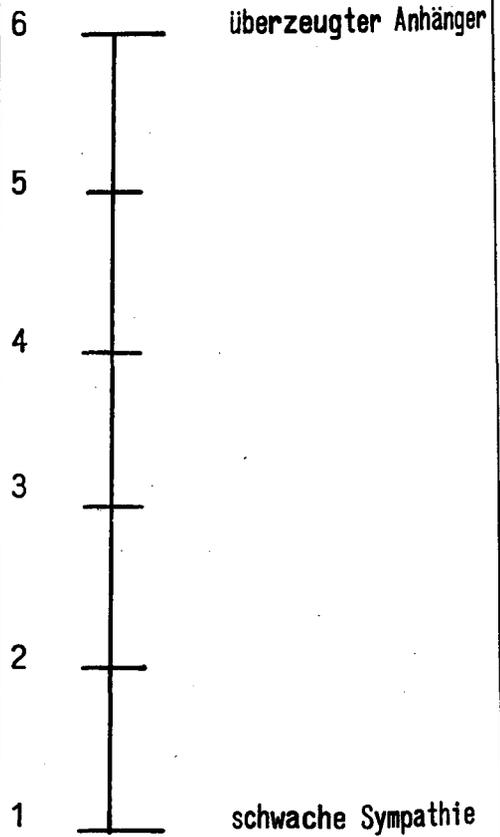
2. Bildungsweg	Ja () Nein ()	
Vollschule	Einfacher Abgang () Abschluß ()	
Mittelschule, Realschule	Einfacher Abgang () Mittlere Reife ()	
Realgymnasium	Einfacher Abgang () Mittlere Reife () Abitur ()	
Humanistisches Gymnasium	Einfacher Abgang () Mittlere Reife () Abitur ()	
Sonstige höhere Anstalten, und zwar: _____ _____	Einfacher Abgang () Mittlere Reife () Abitur ()	
Handwerks- und Industrie- lehre	Kein Abschluß () Gesellenprüfung () Meisterprüfung ()	
Kaufmännische Lehre	Kein Abschluß () Abschluß ()	
Fachschule	Kein Abschluß () Abschluß ()	Hauptfach: _____
Universität, Hochschule	Einige Semester () Diplom () Staatsexamen () Promotion () Habilitation () Sonstiges, und zwar: _____	Hauptfächer: _____ _____ _____ _____
Sonstige spätere Ausbildung oder Fortbildung	_____ _____	

Skala II



Skala II

Skala VI



Skala VI

Literaturverzeichnis

Albers, Willi

Ursachen, Wirkungen und Begrenzungsmöglichkeiten einer wachsenden Staatsquote - Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans Rühle, Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Wachsende Staatshaushalte, Stuttgart: Bonn Aktuell 1979

Almond, Gabriel A., Verba, Sidney

The Civic Culture, Boston: Little, Brown & Co. 1963

Bachrach, Peter

Elite Consensus and Democracy, Journal of Politics 24 (1962)

Bachrach, Peter

Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M.: Deutsche Verlagsanstalt 1970

Balbus, Isaac

Elitentheorie oder marxistische Klassenanalyse? Eine Kritik, in: Wolf-Dieter Narr, Klaus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975

Barton, Allen H.

Determinants of Leadership Attitudes in a Socialist Society, in: Allen H. Barton, Bogdan Denitch, Charles Kadushin (Hrsg.), Opinion-Making Elites in Yugoslavia, New York: Praeger Publ. 1973

Bendix, Reinhard, Lipset, Seymour M., Malm, F. Theodore

Social Origins and Occupational Career Patterns, Industrial and Labor Relations Review 7 (1954)

Bentley, Arthur F.

The Process of Government, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press 1967

Beyme, Klaus von

Interessengruppen in der Demokratie, München: Piper 1969

Beyme, Klaus von

Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München: Piper 1971

Bolte, Karl M., Kappe, Dieter, Neidhardt, Friedhelm

Soziale Schichtung, Opladen: Leske 1966

- Bühl, Walter L.
Entwicklungslinien der Konfliktsoziologie, in: ders. (Hrsg.), Konflikt und Konfliktstrategie, München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung 1971
- Conradi, Brigitte
Die Mitwirkung außerstaatlicher Stellen beim Erlaß von Rechtsverordnungen, in: Heinz J. Varain (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973
- Converse, Philip E.
The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964
- Corporatism and Policy-Making in Contemporary Western Europe, in: Comparative Political Studies 10 (1977)
- Coser, Lewis A.
Theorie sozialer Konflikte, Neuwied: Luchterhand 1972
- Dahl, Robert A.
Pluralist Democracy in the United States, Chicago: Rand McNally 1967
- Dahl, Robert A.
Who Governs? Democracy and Power in an American City, New Haven: Yale Univ. Press 1969
- Dahl, Robert A.
Polyarchy, New Haven: Yale Univ. Press 1971
- Dahrendorf, Ralf
Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München: Piper 2. Aufl., 1968
- Dahrendorf, Ralf
Konflikt und Freiheit, München: Piper 1972
- Deutsch, Karl W., Edinger, Lewis J.
Germany Rejoins the Powers, Stanford: Stanford Univ. Press 1959
- Duncan, Otis D., Featherman, David L.
Psychological and Cultural Factors in the Process of Occupational Achievement, Social Science Research 1 (1972)
- Eckland, Bruce K.
Academic Ability, Higher Education, and Occupational Mobility, ASR 30 (1965)
- Eckstein, Harry
A Theory of Stable Democracy, Princeton, N. J.: Princeton Univ. Press 1961

- Edinger, Lewis J.
Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic,
APSR 54 (1960)
- Edinger, Lewis J., Searing, Donald D.
Social Background in Elite Analysis: A Methodological Inquiry,
APSR 61 (1967)
- Eisenstadt, S. N.
Social Change, Differentiation, and Evolution, in: N. J. Demerath III,
Richard A. Peterson (Hrsg.), System, Change, and Conflict, New York:
The Free Press 1967
- Eldersveld, Samuel
Political Parties. A Behavioral Analysis, Chicago: Rand McNally 1964
- Enke, Edo
Oberschicht und politisches System der Bundesrepublik Deutschland,
Frankfurt/M.: Lang 1974
- Etzioni, Amitai
The Functional Differentiation of Elites in the Kibbutz,
AJS 64 (1959)
- ForsthoFF, Ernst
Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt:
Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1968
- Fraenkel, Ernst
Strukturanalyse der modernen Demokratie, Aus Politik und Zeitgeschichte
(Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament'), Bonn B 49/69
- Guggenberger, Bernd u. Ingeborg
Die Legitimitätskrise des modernen Staates - ist die Massengesellschaft
noch freiheitlich regierbar? in: Material zum Problem der Legitimität
im modernen Staat, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische
Akademie Eichholz, Heft 31, Bonn 1975
- Hennis, Wilhelm
Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, PVS 1 (1960)
- Hensel, Rainer
Der Einfluß wirtschaftspolitischer Verbände auf die parlamentarische
Arbeit, Diss., Göttingen 1973
- Higley, John, Field, G. Lowell, Grøholt, Knut
Elite Structure and Ideology. A Theory with Applications to Norway,
New York: Columbia Univ. Press 1976

- Hirche, Kurt
Gewerkschafter im Siebten Deutschen Bundestag, Gewerkschaftliche Monatshefte 24 (1973)
- Hoffmann-Lange, Ursula
Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht, Diss., Mannheim 1977
- Hondrich, Karl Otto
Theorie der Herrschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1973
- Horowitz, Irving L.
Consensus, Conflict, and Cooperation, in: H. J. Demerath III, Richard A. Peterson (Hrsg.), System, Change, and Conflict, New York: The Free Press 1967
- Hyman, Herbert H.
Political Socialization. A Study in the Psychology of Political Behavior, New York: The Free Press 1959
- Jühe, Reinhard, Niedenhoff, Horst-Udo, Pege, Wolfgang
Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Daten, Fakten, Struktur, Köln: Deutscher Institutsverlag 1977
- Kaiser, Joseph H.
Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin: Duncker & Humblot 1956
- Kaltefleiter, Werner
Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln: Heymanns 1973
- Kaltefleiter, Werner
The Recruitment Market of the German Political Elite, in: Heinz Eulau, Moshe M. Czudnowski (Hrsg.), Elite Recruitment in Democratic Polities. Comparative Studies across Nations, New York: J. Wiley & Sons 1976
- Keller, Suzanne
Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society, New York: Random House 1968
- Kohler, Werner
Wie macht man in der Gewerkschaft Karriere? Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Dezember 1979
- Köser, Helmut
Demokratie und Elitenherrschaft, in: Dieter Oberndörfer, Wolfgang Jäger (Hrsg.), Die neue Elite, Freiburg: Rombach 1975

- Kornhauser, William
The Politics of Mass Society, London: Routledge & Kegan Paul 1959
- Kremendahl, Hans
Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen: Heggen 1977
- Kruk, Max
Die großen Unternehmer, Frankfurt/M.: Societäts-Verlag 1972
- Lane, Robert E.
Political Ideology, New York: The Free Press 1962
- Latham, Earl
The Group Basis of Politics, Ithaca: Ithaca Univ. Press 1952
- Lehmbruch, Gerhard
Strukturen ideologischer Konflikte bei Parteienwettbewerb, PVS 10 (1969)
- Lepsius, Rainer M.
Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen, PVS 14 (1973)
- Lepsius, Rainer M.
Sozialstruktur und Soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland,
in: Richard Löwenthal, Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die 2. Republik,
Stuttgart: Seewald 1974
- Lipset, Seymour M., Trow, Martin A., Coleman, James S.
Union Democracy, New York: The Free Press 1956
- Lipset, Seymour M.
Soziologie der Demokratie, Neuwied: Luchterhand 1962
- Lowi, Theodore J.
Ein neuer Bezugsrahmen für die Analyse von Machtstrukturen, in: Wolf-
Dieter Narr, Claus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität,
Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975
- Massing, Otwin
Politische Soziologie. Paradigmata einer kritischen Politikwissenschaft,
Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974
- McClosky, Herbert
Consensus and Ideology in American Politics, APSR 58 (1964)
- McClosky, Herbert, Hoffmann, Paul J., O'Hara, Rosemary
Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers, APSR 54
(1960)
- McKenzie, Robert T.
Oligarchy and Intraparty Democracy, hekt. Manuskript, 1965

- Meinefeld, Werner
Einstellung und soziales Handeln, Reinbek: Rowohlt 1977
- Milbrath, Lester W.
The Washington Lobbyists, Chicago: Rand McNally 1963
- Milbrath, Lester W.
Political Participation, Chicago: Rand McNally 1969
- Mills, C. Wright
The Power Elite, New York: Oxford Univ. Press 1959
- Morton, Henry W., Deutsch, Karl W.
Conflicts: Productive and Destructive, Journal of Social Issues 25 (1969)
- Narr, Wolf-Dieter, Naschold, Frieder
Theorie der Demokratie, Stuttgart: Kohlhammer 1971
- Naschold, Frieder
Organisation und Demokratie, Stuttgart: Kohlhammer 1969
- Neidhardt, Friedhelm
Schichtspezifische Elterneinflüsse im Sozialisationsprozeß, in:
Gerhard Wurzbacher (Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor,
Stuttgart: Enke 1968
- Neumann, Helga
Zur Machtstruktur in der Bundesrepublik Deutschland - Eine empirische
Untersuchung über Artikulationschancen gesellschaftlicher Interessen
im politischen Entscheidungsprozeß, Diss., Kiel 1978 (erscheint dem-
nächst in überarbeiteter Fassung im Verlag Ernst Knoth, Melle)
- Offe, Claus
Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapita-
listischer Gesellschaftssysteme, in: Gisela Kress, Dieter Senghaas
(Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme,
Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch 1972
- Olson, Mancur
Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen: Mohr 1968
- Palme, Helmut
Empirische Erforschung von Eliten in repräsentativen Demokratien,
Diplomarbeit, Köln 1974
- Parry, Geraint
Political Elites, London: Allen & Unwin 1971
- Parry, Geraint
Trust, Distrust and Consensus, in: B. J. Pol. S. 6 (1976)

- Parsons, Talcott
Das System moderner Gesellschaften, München: Juventa 1972
- Pausch, Rainer
Möglichkeiten einer Privatisierung öffentlicher Unternehmen,
Göttingen: Schwarz 1976
- Peisert, Hansgert
Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München: Piper 1967
- Pipke, Wolfgang
Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden:
Nomos 1975
- Polsby, Nelson W.
Community Power and Political Theory, New Haven: Yale Univ. Press 1963
- Popitz, Heinrich
Prozesse der Machtbildung, Tübingen: Mohr 1968
- Porter, John
The Vertical Mosaic. An Analysis of Social Class and Power in Canada,
Toronto: Univ. of Toronto Press 1966
- Prewitt, Kenneth, Stone, Alan
The Ruling Elites - Elite Theory, Power, and American Democracy,
New York: Harper & Row 1973
- Pross, Helge, Boetticher, Karl W.
Manager des Kapitalismus, Frankfurt/M.:Suhrkamp 1971
- Prothro, James W., Grigg, Charles M.
Fundamental Principles of Democracy. Bases of Agreement and Disagreement,
in: Charles F. Cnudde, Deane E. Neubauer (Hrsg.), Empirical Democratic
Theory, Chicago: Markham 1969
- Rakoff, Stuart H., Schaefer, Günter F.
Das politische System und seine Umwelt: Alternativen in der Strategie
der Politikforschung, in: Wolf-Dieter Marr, Claus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1975
- Riesman, David
Die einsame Masse, Neuwied: Luchterhand 1956
- Rokkan, Stein
Approaches to the Study of Political Participation, Bergen:
Chr. Michelsen Institute 1962
- Rose, Arnold M.
The Power Structure, New York: Oxford Univ. Press 1967

- Roth, Dieter
Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M.: Lang 1976
- Rustow, Dankwart A.
The Study of Elites. Who's Who, When, and How, World Politics 18 (1966)
- Sahner, Heinz
Führungsgruppen und technischer Fortschritt, Meisenheim/Glan: Anton Hain 1975
- Scharpf, Fritz
Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz: Universitätsverlag GmbH 1970
- Scheuch, Erwin K.
Führungsgruppen und Demokratie in Deutschland, Die Neue Gesellschaft 13 (1966)
- Schleth, Uwe
Once again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis? in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München: Olzog 1971
- Schmitter, Philippe C. (Hrsg.)
Corporatism and Policy-Making in Contemporary Western Europe, Comparative Political Studies 10 (1977)
- Schmollinger, Horst W.
Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, ZParl. 5 (1974)
- Schneider, Herbert
Die Interessenverbände, München: Olzog 1965
- Searing, Donald D.
Two Theories of Elite Consensus. Tests with West German Data. Paper for the 66. Conference of the American Political Science Association, Los Angeles 1970
- Searing, Donald D.
The Comparative Study of Elite Socialization, Comparative Political Studies 1 (1968/69)
- Seligman, Lester G.
Elite Recruitment and Political Development, The Journal of Politics 26 (1964)
- Stammer, Otto, Weingart, Peter
Politische Soziologie, München: Juventa 1972

- Steinkemper, Bärbel
Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der
Bundesrepublik Deutschland, Köln: Heymanns 1974
- Steinkemper, Hans Günter
Amtsträger im Grenzbereich zwischen Regierung und Verwaltung. Ein Bei-
trag zur Problematik der Institution des politischen Beamten, Frank-
furt/M.: Lang 1980
- Truman, David B.
The Governmental Process, New York: Knopf 1951
- Truman, David B.
The American System in Crisis, PSQ 74 (1959)
- Tyrell, Hartmann
Konflikt als Interaktion, KZfSS 28 (1976)
- Ule, Carl H.
Beamtenrecht, Köln: Heymanns 1970
- Varain, Heinz J.
Einleitung, in: Heinz J. Varain (Hrsg.), Interessenverbände in Deutsch-
land, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973
- Walker, Jack L.
A Critique of the Elitist Theory of Democracy, APSR 60 (1966)
- Werle, Raymond
Justizorganisation und Selbstverständnis der Richter. Eine empirische
Untersuchung, Kronberg: Athenäum 1978
- Wildenmann, Rudolf
Eliten in der Bundesrepublik. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung
über Einstellungen führender Positionsträger zur Politik und Demokratie,
Tabellenband, Mannheim 1968
- Wurzbacher, Gerhard, Kipp, Hilde
Das Verhältnis von Familie und öffentlichem Raum unter besonderer Be-
rücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, in: Gerhard Wurzbacher
(Hrsg.), Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart: Enke 1968
- Zapf, Wolfgang
Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher
Führungsgruppen 1919-1961, München: Piper 1966
- Zoll, Ralf
Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde,
München: Juventa 1972